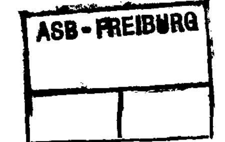
Nr. 192 Oktober 1993



DM 6,00 M 3477 F



informationszentrum dritte welt

Friedensengel im Einsatz

außerdem:

Kongo: Zwischen Wahlen und Barrikaden
Bangladesch: Flood Action Plan
Debatte Entwicklungskritik - Mythos kulturelle Identität

Inhaltsverzeichnis:

Impressum

Hrsg.: Aktion Dritte Welt e.V. - Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, Kronenstr. 16 (Hinterhaus) D-7800 (79020) Freiburg i. Brsg., Tel.: 0761/74003, Bürozeiten: Mo.-Fr. 10-16 Uhr
NEU: Fax: 0761/709866

Zusammengestellt von: Isabel Armbrust, Uwe Göde, Stephan Günther, Daniela Heuberger, Hilmar Höhn, Uwe Jungfer, Michael Knüfer, Georg Lutz, Mechtild Maurer, Bernhard Merk, Christian Neven-du Mont, Christine Parsdorfer, Gerhard Rieger, Bernd Riegraf, Nivien Saleh, Klaus Schreiner, Ute Sikora, Jörg Später, Ulrike Steckkönig, Frank Sträter, Regine Wlassitschau, Udo Wolter.

Druck und Satz:
SOAK Hannover, Tel.: (0511) 1318621/22

Vertrieb für Buchhandel:
Prolit Verlagsauslieferung GmbH, Siemensstraße 16, Postfach 9, 35463 Fernwald (Annerod) Telefon: (06 41) 4 30 71

Redaktionsschluß für Nr. 193:
1.10.1993

Anzeigenschluß für Nr. 193:
(Druckfertige Vorlagen) 13.10.1993

Titlbild:
„Je mehr die herrschende Klasse und ihre Handlanger vom Frieden reden, umso näher steht der Krieg vor der Tür." (Aus einem Flugblatt der KPD von August 1935)

Montage: Andreas Neumann (Arbeiterfotografie e.V.)

Jahresabonnement (8 Ausgaben) im Inland: DM 48,- (für Rentner, Arbeitslose, Schüler, Studenten, Wehr- und Zivildienstleistende 38,- DM).
Konten (Aktion Dritte Welt e. V.):
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 148 239-755
Postscheckkonto Basel Nr. 40-35 899
Hypo-Bank Bregenz Nr. 10 157 108 110

Schwerpunkt 194
Südafrika im Wandel

Fast täglich werden wir bei der Zeitungslektüre mit gewalttätigen Auseinandersetzungen in Südafrika konfrontiert. Ein friedlicher Übergang zur Demokratie scheint in weite Ferne gerückt. In unserem Themenschwerpunkt werden wir die Entwicklungen seit dem Februar 1990 (Freilassung Nelson Mandelas) bis heute analysieren, außerdem werden wir uns mit den Ursachen der politischen Gewalt in Südafrika beschäftigen. Ein weiterer Beitrag wird den Perspektiven für eine wirtschaftliche Kooperation Südafrikas mit seinen Nachbarstaaten nachgehen. Zudem wenden wir uns den Diskussionen zwischen ANC, PAC und der AZAPO zu. Gerne hätten wir eine Analyse zu folgenden Fragen: Woher rührt der rasche Zerfall der Anti-Apartheid-Bewegung? Welche Perspektiven hat die Südafrika-Solidarität?
Anregungen und Skripte an 'blätter des iz3w', Postfach 5328, 79020 Freiburg

Allianz zwischen Kapital und Indianerbewegung

Kein Land in Südamerika hat in diesen Wochen ein so hoffnungsvolles, optimistisches Ambiente wie Bolivien. Das mag auf längere Sicht trügerisch sein, dennoch ist es ansteckend, und vielleicht ist ja Optimismus schon für sich genommen eine politische Kraft. Eine neue Regierung, der allgemein einiges zugetraut wird, ein indianischer Vizepräsident, eine seit 11 Jahren anhaltende politische Stabilität und seit einigen Jahren auch nicht mehr jenes Chaos in der Wirtschaft, das das Land in der Vergangenheit immer wieder durchgeschüttelt hat. Keine bürgerkriegsähnlichen Zustände, keine überbordende Gewalt, kein drohender Putsch. Ist das Grund genug, die Lage rosig zu sehen? Vergessen wir die Armut, das Elend, die Probleme?

Wer in den vergangenen Jahren häufiger in Südamerika war, kennt das Wechselbad der Gefühle zwischen Hoffnung und Verzweiflung, das die meisten Staaten dort in der letzten Dekade durchgemacht haben. Brasilien, Argentinien, Venezuela, Peru, Kolumbien - all diese Länder stecken heute in tiefen politischen, wirtschaftlichen und/oder sozialen Krisen. In einem Land wie Peru etwa, vor Jahren noch eine Art Hoffnungsträger in Lateinamerika, ist die Verzweiflung fast allgegenwärtig.

Was ist anders in Bolivien? Wagen wir eine These. Es scheint, daß gerade das, was die meisten engagierten europäischen Beobachter so verwundert (und teilweise auch erregt), die Tatsache nämlich, daß in diesem Land jeder mit jedem koaliert und sich arrangiert, zu einer Befriedung des Landes geführt hat, die ihresgleichen sucht. Ideologische Grenzen scheinen nicht mehr zu existieren. Ehemalige Todfeinde wie (der letzte Präsident und Ex-Revolutionär) Jaime Paz Zamorra und (der ehemalige Diktator) Hugo Banzer schließen ihre Parteien MIR und ADN zu einem "patriotischen Abkommen" zusammen und regieren brüderlich 4 Jahre gemeinsam. Merkwürdige und undurchsichtige Populisten wie der Fernsehstar "compadre" Carlos Palenque und der Bierbrauer Max Fernandez sind nach ein paar Jahren geachtete Politiker - Palenques CONDEPA stellt den Bürgermeister von La Paz, Fernandez' UCS ist in der neuen Regierungskoalition. Und die alte Revolutionspartei MNR, die 1952 die Minen verstaatlicht hat, stellt (nach zugegeben vielen ideologischen Wandlungen) 36 und 40 Jahre später den reichsten Präsidentschaftskandidaten auf. Auch die MNR hat im übrigen schon (1985 - 1989) mit Banzer paktiert. Alles ist möglich. "Goni", schon durch seinen Yankee-Akzent eine besondere Erscheinung in der bolivianischen Politik, hat durch die Koalition mit dem Führer der indianischen Partei MRTKL, Victor Hugo Cardenas, noch einen weitaus interessanteren Akzent gesetzt. Erstmals hat die große Mehrheit des 7-Millionen Volkes, die Aymara-, Quetschua- und Guaraní-Indianer einen der ihren in der Regierung - als Vize- und als Parlamentspräsident. Cardenas, ein Aymara-Intellektueller vom Titicacasee, prägte bereits in seiner Antrittsrede, die er neben Spanisch auch in drei indianischen Sprachen hielt, einen neuen Stil. Als seine Hauptaufgabe sieht er den Kampf um multikulturelle und multi-ethnische Demokratie und gegen die Marginalisierung großer Teile der Bevölkerung. Als Linguist und Lehrer ist für ihn dabei die (mehrsprachige) Erziehung und Ausbildung -insbesondere auf dem Lande - ein entscheidender Bestandteil des neuen Pachakuti - des fundamentalen Wandels. Ob es ihm gelingt, Ansätze zur Überwindung der jahrhundertelangen Ausgrenzung der Indios zu finden, wird davon abhängen, ob die Vertreter der anderen Regierungsparteien (zu der auch noch die linke MBL gehört) in ihm mehr als ein folkloristisches Aushängeschild sehen. Und wenn, ob er sich das gefallen läßt.

Kungelei und politisch befremdliche Allianzen sind in Bolivien im übrigen nichts neues. Bei der geringen Größe der politischen Klasse - insbesondere der Oberschicht - spielen seit altersher Familienbande oft eine wichtigere Rolle als politische Überzeugungen. Fast jede der großen und einflußreichen Familien hatte in den vergangenen Jahrzehnten ihre Mitglieder über das gesamte politische Spektrum verteilt. Und wenn sie schon nicht verwandt sind, so haben die meisten führenden Politiker auch heute noch zumindest dieselben guten Schulen besucht; z.B. die deutsche Schule. Solche Verbindungen mögen zu Vetternwirtschaft führen, aber sie federn auch Brutalitäten ab. Und sie ermöglichen eben immer wieder Überraschungen.

Mit Cárdenas - und auch mit den Vertretern der "Cholos" (Mestizen) wie Palenque und Fernández, ist der politische "Familienbetrieb" Bolivien größer geworden. Auch das stimmt hoffnungsvoll. Die alten revolutionären Träume der "Machtübernahme durch das Volk" sind zerstoben oder durch Terrorguerillas - wie etwa den blutrünstigen sendero luminoso im benachbarten Peru - diskreditiert. Wenn es der neuen Regierung gelingt, die politische Beteiligung bisher ausgegrenzter Bevölkerungsgruppen zu fördern, ist - auf friedlichem Wege - vielleicht mehr zu erreichen als durch einen Bürgerkrieg. Die Armut und das Elend sind damit noch nicht überwunden. Vielleicht aber ist damit die Aussicht größer geworden, endlich unter breiter demokratischer Teilhabe daran zu arbeiten. Sollten Goni und die seinen es ernst meinen, könnte Bolivien dann vielleicht wirklich jenes "kleine Land, das ein großes Beispiel gibt" werden.

Thomas Pampuch

Zwischen Wahlen und Barrikaden

Aus dem Innern einer noch jungen Demokratie

Seit der Nationalkonferenz von Februar bis Juni 1991, dem Ende der Einparteienherrschaft in Kongo, sind zwei Jahre vergangen (iz3w 176, Sept./Okt. 1991). Inzwischen haben viele der Wahlberechtigten neun Urnengänge hinter sich gebracht. Langsam verläßt sie die Lust zu wählen, denn das Ergebnis ist immer das gleiche: nichts geht voran. Die staatlichen Leistungen wie Gesundheitssystem und Schule werden immer schlechter, derweil die Politiker ihre Machtspielchen spielen und sich gegenseitig am Handeln hindern. Die Grundfrage ist ungelöst: wie die Macht demokratisch teilen und kontrollieren, wenn das zu Verteilende nicht für alle reicht und die bisherigen Nutznießer krampfhaft an ihren Pfründen festhalten? Wenn zwei Elefanten kämpfen, leidet das Gras: die politische Klasse, erweitert um die ehemalige Opposition, streitet sich, das Gros der Bevölkerung ist der Leidtragende.



Im Wahlkampf 1993 tauchten allerorten Parteitafeln mit Bildern der Spitzenpolitiker auf. (Diese Tafel stammt allerdings aus dem Präsidentschaftswahlkampf Juli 1992.)

Mai 1993. Alltag in Brazzaville. Die ersten Eindrücke: es läuft nicht schlechter und nicht besser als vor zwei Jahren oder vor einem..Einige Straßenlöcher sind repariert, ein paar Häuser neu gestrichen, ein paar Verkaufsstände und -buden ausgebaut oder neu errichtet. Doch die Leute klagen: inzwischen schon sieben Monate Rückstand bei den staatlichen Gehaltszahlungen, von denen hier viele Menschen abhängen. Zuviele: 80.000 Staatsangestellte, andere sprechen von 100.000, für ein Land mit 2,4 Mio. Einwohnern. Zum Vergleich: das 10 Mio. Einwohner zählende, weit größere Kamerun kommt mit 20.000 Beamten aus. Dies Übermaß ist Folge einer Planpolitik und Wirtschaftsstruktur, die sich nicht an Arbeitsaufkommen und Budget, sondern an der Abgängerzahl der Bildungseinrichtungen orientierte: In den fetten Jahren des Ölbooms bis 1984, als das Land fast zehnmal (!) soviel einnahm wie heute, war dies auch finanzierbar. Mit dem sinkenden Ölpreis wuchsen dann die Schwierigkeiten, Bürokraten, Soldaten, StudentInnen und RentnerInnen zu bezahlen und jobsuchende Generationen einzustellen. Schon Ende der 80er verpfändete deshalb Sassou Nguesso die zukünftigen Erdöleinnahmen bis 1997. Heute ist der Staat Kongo bankrott: die monatlichen Gehaltskosten von 13 Mrd. Francs CFA (78 Mio. DM) sind weit höher als die sieben bis acht Mrd. Francs CFA Einnahmen aus Erdöl (90% der Staatseinnahmen), Steuern und Holzexporten im gleichen Zeitraum. Stellenabbau ist unvermeidbar. Doch: von jedem Gehalt hängen schätzungsweise zehn Personen ab, macht ein Drittel der Bevölkerung. Neue Arbeitsplätze, in privater Initiative, entstehen nur vereinzelt: meist Kleinstunternehmen im Dienstleistungssektor, wie Schneiderateliers, Kurierdienste, Kopierkioske. Internationale Investoren sind keine in Sicht. Eine Wirtschaftspolitik findet nicht statt, noch nicht einmal ein Krisenmanagement.

Die Politebene ist blockiert bis zu dem Tag klarer machtpolitischer Verhältnisse. Die wird es aber bei den Mehrheiten im Land so schnell nicht geben.

Parteien

Aus den anfangs über 120 Parteien haben sich inzwischen zwei Blöcke herauskristallisiert. Einerseits die Mouvance présidentielle ('Präsidentenbewegung'), die den am 16.8.92 mit 61% der Stimmen gewählten Staatspräsidenten Pascal Lissouba unterstützt. Auf der anderen Seite eine von vielen als 'unnatürlich' empfundene Allianz URD-PCT et apparenté ('Union für Sammlung der Demokratie - Kongolesische Partei der Arbeit sowie Anverwandte'), zu der sich mit Bernard Kolelas und Ex-Präsident Sassou Nguesso der energischste Oppositionspolitiker und der ehemalige Machthaber und reichste Mann des Landes zusammengeschlossen haben. Alle Parteien kennzeichnet, daß sie eher Wahlvereine ihres Vorsitzenden denn Volks- bzw. Mitgliederparteien sind: sie sind streng hierarchisch organisiert und sehr stark auf ihren jeweiligen Vorsitzenden ausgerichtet. Zweites Charakteristikum: sie sind jeweils in einer Region dominant, in den beiden größten Städten Brazzaville und Pointe Noire jeweils in bestimmten Stadtteilen. Auf ihrer ethnischen Prägung insistieren die Parteileitungen, denn dies ist bequem: sie verfügen über eine sichere Basis, wo sie konkurrenzlos sind, und müssen keinerlei inhaltliche Auseinandersetzung mittels Programm und besserer Argumente führen. Zwar gibt es Parteiprogramme, doch spielen sie keine Rolle, sind nicht bekannt.

Rückblende auf die bisher zwei Jahre währende parlamentarische Demokratie: Von der Nationalkonferenz wird General Sassou Nguesso für ein Übergangsjahr im Amt belassen. Die Regierungsgewalt wird bis auf die Außenvertretungsrechte an einen Übergangspremierminister übertragen. Bei dessen Wahl im Juni 1991 setzt sich der Kandidat der Opposition, André Milongo, knapp gegen den Kandidaten des Ancien régime, Pascal Lissouba, durch. Die Übergangsregierung kann kaum neue Akzente setzen: argwöhnisch beäugt von den Parteien und den anfangs mehr als 60 Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen Mitte 1992, von ausländischen Kreditgebern im Stich gelassen. Trotz gegenteiliger Ankündigungen auf dem französisch-afrikanischen Gipfeltreffen in La Baule 1990 erteilt ihr auch Frankreich eine Abfuhr: Milongo hatte auf der Suche nach Liquidität auch bei amerikanischen Ölfirmen angeklopft und so das Quasi-Monopol der staatlichen französischen Erdölfirma Elf-Aquitaine umgangen, die drei Viertel des kongolesischen Öls fördert und vermarktet. Auch sein Versuch im Januar 92, das Militär umzubauen, scheitert an der Rebellion einiger Gardeeinheiten. Um endlich etwas bewegen zu können, entschließt überraschend auch er sich zu einer Präsidentschaftskandidatur. Dies spaltet die Oppositionsbewegung.

Bei den ersten freien Präsidentschaftswahlen Kongos im August 1992 wird Milongo vierter. Ex-Präsident Sassou ist mit 18% der Stimmen nur dritter. Beide verfehlen den zweiten Wahlgang, in dem sich analog zum französischen Wahlrecht die beiden Bestplazierten des ersten Durchgangs gegenüberstehen. Es kommt zur Stichwahl zwischen Pascal Lissouba und Bernard Kolelas. Lissouba gewinnt, unterstützt von Sassou Nguesso, am 16.8.92 mit 61% der abgegebenen Stimmen gegen Kolelas, der 38% erhält. Im einen Monat zuvor gewählten Parlament verfügen Lissoubas UPADS (39 Abgeordnete) und Sassous PCT (20) zusammen mit anderen kleineren Parteien und Einzelkandidaten über eine Mehrheit von 14 Abgeordneten unter den 125 Parlamentariern.

Bei seiner Regierungsbildung versucht Lissouba, die alten Kaziken der ehemaligen Einheitspartei PCT zu umgehen: Er bietet ihnen nur drei der weniger wichtigen Ministerposten an. Brüskiert und ihres Einflusses gewiß, beschließt die PCT am 3. September 92 den Bruch der Koalition.

Nichts ging mehr ohne die Opposition. Und zur allergrößten Verblüffung vieler Kongolesen kam es am 30.9.92 zu einer Allianz des Parteienbündnisses um Kolelas MCDDI mit der PCT. Die Ideologen beider Parteien verkaufen sie als normales demokratisches Prozedere und vorbildliche Versöhnung von Nord und Süd des Landes und verweisen auf eine gefährliche Machtgier Lissoubas. Trotzdem haben die neuen Koalitionäre durch diesen Schritt viel Sympathie bei den eigenen Anhängern verspielt. Nun standen sich Präsident und Parlamentsmehrheit gegenüber. Eine Kohabitation nach französischem Muster schien sich anzubahnen.



Lissouba (linkes Bild) präsentiert sich als 'le professeur'. Sassou spielt auf die Gefahr von Konfrontationen an.

Wahlrecht und Verfassung

Das Wahlrecht ist französischer Natur (Mehrheitswahlrecht). Ein ungleicher Zuschnitt der Wahlkreise führt dazu, daß in manchen ländlichen Wahlkreisen schon 1.500 Stimmen für eines der 125 Mandate ausreichen, in den beiden Großstädten Brazzaville und Pointe Noire hingegen bis zu 30.000 Stimmen erforderlich sind. Parteien mit Basis in ländlichen, dünn besiedelten Regionen sind dadurch im Vorteil, was derzeit vor allem der Präsidentenmehrheit zugute kommt.

Die neue kongolesische Verfassung wurde am 15. März 1992 in einer Volksabstimmung mit über 90% angenommen. Nach Ansicht des kongolesischen Soziologen Guy-Eric Olokilikoko ist sie auf halbem Wege zwischen französischem Präsidialregime und englisch-deutsch-italienischer Kanzlerdemokratie angesiedelt. Z. B. Artikel 75, Satz 1: "Der Präsident der Republik ernennt den Premierminister aus der parlamentarischen Mehrheit der Nationalversammlung." Als sich die aus dem Wahlmarathon zwischen April und August 1992 (sieben Wahlgänge: zweimal Kommunalvertretungen, einmal für Senat, zweimal für nationales Parlament, und zweimal für Präsidenten. Kostenpunkt insgesamt: 30 Mio. DM) hervorgegangene Parlamentsmehrheit aufspaltete und nun gegen den Präsidenten stand, wurde diese doppelte Rechenschafts-

pflicht des Premierministers (und der Regierung) brisant: 'Der Präsident ernennt' - darauf beruft sich Präsident Lissouba; 'aus der Parlamentsmehrheit', also einen von ihnen, das verlangte die Opposition. Wer entschied nun die Patt-Situation? Theoretisch die Judikative doch wurde sie von der Opposition nicht angerufen, da sie sich mit ihrer parlamentarischen Mehrheit ausreichend stark fühlte. Kurzerhand löste Präsident Lissouba am 17. November das Parlament auf und schrieb Neuwahlen aus. Die Auflösung begründete er sehr väterlich: Da die beiden Kinder sich stritten, wer den Pagne (=Rock) bekomme, nehme ihn der Vater so lange an sich, bis das Volk entschieden habe.

Die neue Oppositionsmehrheit fühlte sich ausgetrickst und rief ihre Anhänger zu Massenprotesten auf. Den Marsch auf den Kongreßpalast, Sitz des Parlaments, am 30. November 92 stoppt das Militär. Drei Demonstranten werden durch Schüsse getötet. Das Militär streitet die Verantwortung dafür ab. Hartnäckig hält sich das Gerücht, bewaffnete Anhänger Lissoubas stünden dahinter; er habe Waffen an Sympathisanten verteilen und Milizen bilden lassen. Der Generalstab unter General Jean-Michel Mokoko zwingt die zerstrittenen Parteilager an den Verhandlungstisch. Nach 24 Stunden einigen sie sich auf Neuwahlen und eine gemeinsame Regierung unter Premierminister Claude Da Costa, bisher FAO-Funktionär. Die Opposition aus MCDDI, PCT und RDPS stellt 60% der Minister, die Präsidentenbewegung von UPADS, RDD und UFD 40%. Nach mehrmaliger Verschiebung findet der erste Wahlgang schließlich am 2.5.93 statt.

1,2 Mio. Wahlberechtigte. Zur Wahl sind Personalausweis und Wählerkarte mitzubringen. Die staatliche Verwaltung kommt jedoch mit dem Ausstellen der Papiere nicht nach. Auch die Verteilung der Wählerkarten erfolgt erst wenige Tage vor dem Urnengang. Oft sind die Wählerkarten fehlerhaft: sie werden von Hand geschrieben gegen Entlohnung pro Stück, Namen sind falsch oder unleserlich, was beim Abgleichen mit den Wählerverzeichnissen zum Wahlausschluß führt. Die Wählerverzeichnisse sind auf dem Stand vom Vorjahr: Umzüge wurden nicht berücksichtigt, vor allem fällt der neue Jahrgang der 18-jährigen unter den Tisch, da sie weder Personalausweis noch Wählerkarte besitzen. Ein paar Tage vor dem Wahltermin ist fraglich, ob die Wahl wirklich stattfindet.

Wahlkampf Mai '93

Vor ihren Häusern haben einige wieder Parteitafeln mit Parolen und Bildern der Spitzenpolitiker aufgestellt: Lissouba, der große Wissenschaftler; Sassou, der reiche und erfahrene 'Papa Bonheur' - Anspielung auf den Vorjahreshit des Zairers Koffi Olomidé; Kolelas, Reinkarnation des Widerstandskämpfers der 30er Jahre André Matswa; Milongo, 'Licht' der Hoffnung. Doch hängen weniger handgemalte Banderolen und Plakate in den Straßen als letztes Jahr. Beide Lager geben sich sehr siegessicher. Diese Strategie birgt die Gefahr, daß eine eventuelle Niederlage von den jeweiligen Anhängern nur noch als Betrug aufgefaßt werden kann.

Im Radio ab und an einige Spots und Aufrufe zu lokalen Meetings. Das Fernsehen, durch einen Kurzschluß in der Sendezentrale zwei Wochen lahmgelegt, funktioniert nur ein paar Stunden täglich am Nachmittag. Wer es sich finanziell leisten kann, läßt sich über Tele Zaire ausstrahlen: also Sassou und Lissouba. Dabei reichen die elektronischen Medien gar nicht ins ganze Land, selbst für das Radio wird es 200 km außerhalb von Brazzaville schwierig, mit nur noch zwei wechselnden Frequenzen im Kurzwellenbereich.

In der heißen Phase durchstreifen nachmittags gemietete Taxikolonnen hupend die Hauptstraßen der Stadt, mit jugendlichen Anhängern der Parteien besetzt, die Parolen rufen und Parteiembleme schwenken. Taxikosten zahlen die Parteileitungen, oft springt auch ein Handgeld und Bier für die jugendlichen Akteure dabei heraus. Einzelne Lautsprecherwagen verbreiten Aufrufe oder spielen Kassetten mit Redemitschnitten der Parteigrößen, auch um umlaufende Gerüchte zu korrigieren. In den Abendstunden ziehen einzelne mit Megaphonen zu Fuß durch die Viertel.

Die Parteikandidaten entsenden Familienmitglieder zu den Verwandten aufs Land, um sie zu unterrichten und auf die städtische Politik einzuschwören - was jedoch nicht immer gelingt. Die lokalen Chefs werden zu gewinnen versucht, angeblich auch mittels Geldgeschenken und Versprechungen.

Marché Bourreau im Brazzaviller Stadtteil Makelekele, Hochburg der oppositionellen MCDDI, für die hier der Schriftsteller Sony Labou Tansi kandidiert. Andere Parteien trauen sich dort keine solche Veranstaltung zu, sondern schicken einen Lautsprecherwagen oder eine Gruppe mit Megaphon durch. Auf dem Platz stimmen schon Stunden zuvor jugendliche WahlkampfhelferInnen mit Liedern und Parolen das Publikum ein, zum Großteil Kinder. Die Älteren kommen erst, als es wirklich losgeht: Absingen der Parteihymne, mit ausgestreckt schwingendem rechten Arm, der auf die Sonne, das Symbol der Partei, zeigt. Dann eine Gedenkminute für die kongolesischen Märtyrer - die Opfer der politischen Verfolgungen in den 60er und 70er Jahren. Anschließend diverse



Gratis verteilte T-Shirts Sassous.

Ansprachen auf Kikongo: erst das Wahlkampfkomitee, dann der Stadtteilbürgermeister, schließlich der Kandidat und sein Stellvertreter. Sie liefern ihre Interpretation der Ereignisse. Überzeugen müssen sie durch ihre rhetorischen Fähigkeiten, z.B. die Kunst, bekannte Sprichwörter anzuwenden: Erst müsse man(n) Maniok besitzen, bevor man eine Familie gründe - was auf den Brautpreis anspielt, unterstreicht hier die Forderung, keine neuen Kredite mehr aufzunehmen, bevor nicht die 1.500 Mrd. Francs CFA Staatsschulden getilgt seien. Die Älteren nicken zustimmend. Die Jüngeren auf dem Platz hingegen verstehen nach eigenem Eingeständnis gar nicht mehr alle diese Ausdrucksweisen. Nach gut drei Stunden, bei Einbruch der Dunkelheit, singen alle noch einmal die Hymne, dann steigt der Kandidat ins einzige, geliehene Auto und wird nach Hause chauffiert. Vier Tage später ist er mit 60% der Stimmen im ersten Durchgang gewählt.

Kurz vor Ende des Wahlkampfs gelingt Präsident Lissouba ein Coup: am 28.4. wird

bekannt, daß er am Vortag die 50% ausmachenden Anteile Kongos an den vor kurzem entdeckten Erdölvorkommen Nkosso (55 Mio. t Öl), Kitina (13 Mio. t) und Yanga-Sendja bis zum Jahr 2000 verkauft hat, was eine Steigerung der bisherigen Jahresfördermenge von 8 Mio. t um die Hälfte bedeutet. Käuferin für 1 Mrd. US-$ ist die amerikanische Firma Oxy (Occidental Oil and Gas Company). Die Opposition schreit Wahlmanipulation, die Präsidentenmehrheit bestreitet die Höhe des Verkaufspreises: am 30.4. nennt der Rundfunk einen Verkaufspreis von 150 Mio. US-$. Am gleichen Tag, zwei Tage vor dem ersten Wahlgang, beginnt Lissouba mit der Auszahlung eines Monatsgehalts und verspricht, in den zwei Wochen vor dem zweiten Durchgang ein weiteres zu bezahlen.

Am Vortag der Wahl gibt Präsident Lissouba im Radio eine Erklärung ab. Vier Monate lang hatte er sich zu der verfahrenen Situation nicht öffentlich geäußert. Obwohl der Generalstabschef Jean-Michel Mokoko, Vorsitzender der Vermittlungskommission, den Wahlkampf in der Schlußphase seit dem Vorabend untersagt hatte, ist es eine Wahlrede, sehr himmelblau.

Am Wahltag selbst, Sonntag, 2.5.93, gilt 'ville morte', tote Stadt - der Verkehr ruht bis auf Sondergenehmigungen, Märkte und Geschäfte haben geschlossen. Die Leute mußten schon in den Tagen zuvor sehen, daß sie in ihre Wahlbezirke gelangten. Manche Wahlbüros sind seit halb sechs morgens offen. In einigen herrscht Chaos, weil keiner genau weiß, wie mit fehlerhaften Namen, Wählerkarten vom Vorjahr usw. umzugehen ist.

WahlbeobachterInnen von UNO und OAU konstatieren kleinere Unregelmäßigkeiten: in Owando z.B. hätten Schlösser an den Urnen gefehlt, und einige Stimmenbehälter seien nicht rechtzeitig aufgestellt worden. Insgesamt jedoch geben sie der Wahlvorbereitung und dem Abstimmungsverlauf am Wahltag gute Noten.

Die Publikation der Ergebnisse wird angesichts der schwierigen Kommunikationsverhältnisse im Land nicht vor Donnerstag erwartet. Doch schon zwei Tage nach dem Urnengang, am 4.5., streut die Präsidentenseite Ergebnisse, die sie als Siegerin ausweisen. Die Opposition kann Fehler nachweisen. Außerdem seien in zwölf der 114 im ersten Wahlgang entschiedenen Wahlkreise gravierende Unregelmäßigkeiten bei Stimmabgabe, Auszählung und Ergebnisübermittlung unterlaufen. Dort fordert sie eine Wiederholung. Nur elf Wahlkreise sind unentschieden und müssen in den zweiten Wahlgang.

Massenvertreibung

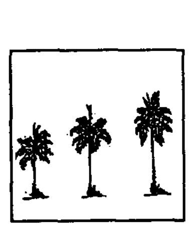
Schlimmer als zuvor eskaliert der Streit. Die Oberste Wahlbehörde, zusammengesetzt aus VertreterInnen beider Lager, bricht auseinander. Präsident Lissouba ordnet dennoch den zweiten Wahlgang für die elf Wahlkreise an. Der findet schließlich am 6.6.93 statt, von der Opposition boykottiert. So fallen die verbliebenen Mandate an die Präsidentenmehrheit bzw. verbündete Parteien. Am 10.6. verkündet der Innenminister (UPADS) ein Endergebnis: 69 Sitze für die Präsidentenbewegung plus 7 Sitze für verbündete Parteien, 6 davon für die neue Partei des Übergangspremierministers Milongo. Die Opposition bekommt 49 Sitze zugesprochen. Am gleichen Tag noch geht die Opposition vor den Obersten Gerichtshof und ruft zum zivilen Ungehorsam auf. Jugendliche Anhänger der Opposition beginnen, in den von ihnen dominierten Stadtvierteln Straßensperren aus Autokarosserien, Reifen und Gräben zu errichten. Waffen tauchen auf. Zwischen Mitte Juni und Mitte Juli sterben 100 Menschen. Familien in Brazzaville, die aus dem Nibolek, den drei Regionen Niari, Bouenza und Lekoumou im Südwesten des Landes stammen, in denen die UPADS dominiert, fliehen aus Angst oder werden gewaltsam vertrieben. Ebenso ergeht es larisprechenden Kongolesen aus der Brazzaviller Gegend in den Nibolek-Regionen. Bis zu 50.000 Familien verlieren ihr Zuhause. Ob Parteianhänger oder nicht, danach wird nicht gefragt. Zuflucht bieten Verwandte, Kirchengemeinden, in Brazzaville das Gelände des in Renovierung befindlichen Präsidentenpalasts. Am 19.6. fordert Oppositionsführer Kolelas ein Eingreifen des Militärs. Unbeirrt ernennt Präsident Lissouba am 23.6. Joachim Yhombi-Opango zum Premierminister - der General a.D. und jetzige Parteichef (des RDD) war Vorgänger Sassou Nguessos

Elections Législatives — 1er tour
POTO-POTO 3è Circonscription
113-33




BONGOU Léon
DJENDO Ange
Rassemblement pour la Démocratie et le Développement **R.D.D.**

Elections Législatives — 1er tour
POTO-POTO
3e CIRCONSCRIPTION
113 - 33





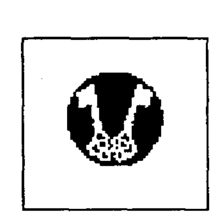
BOUTANDOU Hilaire
BITSI-MBOUMBA Noël
Union Panafricaine pour la Démocratie Sociale **U.P.A.D.S.**

Elections Législatives — 1er tour
POTO-POTO
1è Circonscription
113-31




GAWONO Alphonse
TCHICOUNDZI
R.D.P.S.

Elections Législatives — 1er tour
POTO-POTO
3e CIRCONSCRIPTION
113 - 33




DEFOUNDOUX Claude
KIFOUANI Marie
Union pour le Progrès **U.P.**

Einige Stimmzettel der Parlamentswahlen von 1992. (Bei den diesjährigen Wahlen wurden die vom Wähler nicht benutzten Zettel einbehalten.)

im Präsidentenamt von 1977 bis 1979. In Yhombis Regierung haben Lissouba-Gefolgsleute die Schlüsselministerien inne. Die Opposition ernennt ein Gegenkabinett unter Jean-Pierre Thystère-Tchicaya (RDPS).

Was nun? Eigentlich müßte die dritte Gewalt den Streit entscheiden. Der Oberste Gerichtshof, erst spät von der Opposition angerufen, erklärt am 28.6. die Bekanntgabe der Ergebnisse des ersten Wahlgangs für nicht gesetzeskonform, da nicht durch die Oberste Wahlbehörde erfolgt. Und den zweiten Wahlgang für gänzlich irregulär, da die OppositionsvertreterInnen gefehlt hätten. Zum Ausgangsproblem der umstrittenen zwölf Wahlkreise jedoch äußerte er sich nicht. Das Parlament dürfe dennoch vorläufig zusammentreten. Weder Präsident noch Opposition sehen sich zur Änderung ihrer Position veranlaßt.

Die einflußreichen Schiedsrichter im Land waren bisher die katholische Kirche, das Militär und der Präsident des Nachbarlandes Gabun wegen seiner verwandtschaftlichen Beziehungen zu Lissouba und Sassou Nguesso. Anders als bei der Nationalkonferenz kann die Kirche diesmal nichts erreichen - ihrem 'Politspezialisten' Bischof Ernest Nkombo wird Parteilichkeit (zugunsten der Opposition) unterstellt. Dem Gewaltpotential auf beiden Seiten schien nur das Militär gewachsen. Schon während der Nationalkonferenz 1991 und wieder während der Krise Ende November 1992 hatte dessen Chef, General Mokoko, Kongos Armee als 'republikanisch' definiert und sich auch so verhalten: die Spielregeln überwacht und die Verfassung garantiert. Seiner Linie konsequent folgend, weigerte er sich, die neue Regierung anzuerkennen. Dies stieß bei Teilen der Armee auf Widerstand. Präsident Lissouba nutzte die Patt-Situation und setzte Mokoko Anfang Juli ab. Statt seiner ernannte er den ihm nahestehenden Claude Emmanuel Eta Onka zum Generalstabschef.

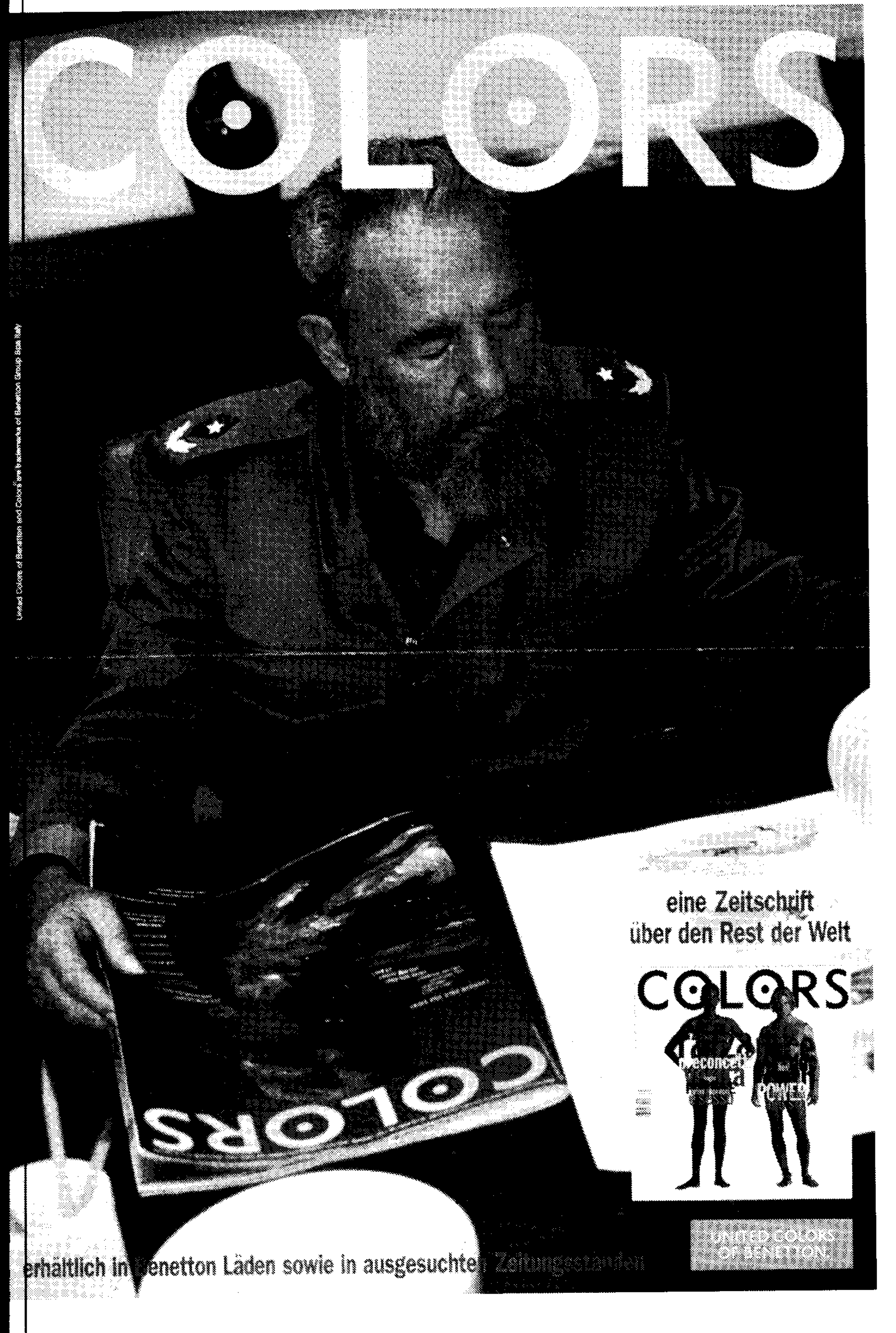
Am 4. August, nach über einer Woche Gesprächen im Nachbarland Gabun, auf Vermittlung Omar Bongos und des algerischen OAU-Beauftragten Mohammed Sahnoun, trafen beide Parteiblöcke endlich ein Abkommen: Darin einigten sie sich darauf, daß ein internationales Gremium, bestehend aus je zwei Vertretern der OAU, der EG und Frankreichs sowie einem Gabuner, innerhalb von drei Monaten eine Lösung für den Konflikt erarbeiten soll. Der zweite Wahlgang für die 11 Wahlbezirke soll auf jeden Fall wiederholt werden, und die Resultate sollen bis zum 15. Oktober vorliegen. Daraufhin zog die Opposition ihre Forderung nach Auflösung der derzeitigen Regierung zurück. Zwar sorgte das Abkommen für Entspannung in Brazzaville, doch sind derzeit noch keine Vorbereitungen zu seiner Umsetzung zu bemerken.

Erste Stimmen in der Bevölkerung fordern eine Rückkehr zum Einparteiensystem, humaner allerdings und auf breiterer ethnischer Basis. Ein Demokratierabatt oder Finanzierungshilfen für den Aufbau eines demokratischen Staatswesens sind nirgendwo in Sicht. Der Westen reduziert eher noch. Auch die Nachbarstaaten sind weder Ermutigung noch Hilfe: in der Region bieten sich keinerlei Aussichten auf wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit.

Kongo muß es allein schaffen. Es gibt keine Alternative, da zuviele Menschen dort Demokratie und Frieden wollen. Bisher funktioniert es nicht. Immer mehr Wahlvolk wendet sich ab: bei den diesjährigen Parlamentswahlen lag die Wahlbeteiligung deutlich niedriger als vor einem Jahr. Neue Formen und neue Leute für die politische Spitze braucht das Land. Es gibt sie in der Generation der Dreißig- und Vierzigjährigen. Sie haben bisher Wirtschafts- und Kulturinitiativen gegründet, halten sich aber aus dem Machtspiel der Parteien raus. Auch einige der jüngeren Köpfe in den Parteien sind nicht betriebsblind. Bevor sie jedoch zum Zug kommen, müssen erst die alten Polithirsche in Pension: die müßten so an den politischen und wirtschaftlichen Machtstrukturen (was ja identisch ist) beteiligt werden, daß sie keinen Schaden mehr anrichten können. Wie sie zur Einsicht zwingen?

Norbert Stamm

Mit Castro in den Kapitalismus?



„Castros Revolution meldet Konkurs an", urteilen hämische Kommentare. Just zur Vierzigjahrfeier des Beginns des bewaffneten Kampfes gegen die Batista-Diktatur kündigte Fidel Castro am 26. Juli u.a. die Aufhebung des Verbotes von Devisenbesitz, Erleicherungen für Auslandsüberweisungen und Besuche von Exilkubanern, sowie Maßnahmen zur Steigerung der Arbeitsproduktivität an. Carlos Lage, Wirtschaftslenker und No. 2 der Hierarchie, hatte jüngst ausländischen Geschäftsleuten neben der Dollarisierung auch die Zulassung paralleler Märkte und selbständiger Kleinbetriebe in Aussicht gestellt. Wie immer das im einzelnen aussehen soll: Es handelt sich um marktwirtschaftliche Elemente, die es in sich haben. Weitgehend unbemerkt ist in Kuba der Zug in Richtung „gemischte Wirtschaft" abgefahren.

Motor dieser Rückkehr ins „Reich der Notwendigkeiten" ist die zunehmend katastrophale Versorgungslage: Die offizielle Grundversorgung per Rationierungskarte ist spartanisch und reicht kaum für die ersten beiden Wochen des Monats. Darüber hinaus sind die Kubaner auf einen expandierenden Schwarzmarkt angewiesen, der erstaunlich gut versorgt und exorbitant teuer ist. Bei einem Schwarzmarktkurs von zuletzt 1:60 (offiziell 1:1) waren Dollar-Besitzer König. Insofern hat eine Dollarisierung geradezu egalitäre Züge. Freilich wird der Zugang zu Devisen in nennenswertem Umfang de facto wohl auch in Zukunft einer privilegierten Minderheit vorbehalten sein. Parallelmärkte werden die Produktion an sich ziehen, zu Lasten der staatlichen Grundversorgung. Dies zu verhindern war man schon bisher nicht in der Lage.

Vom Regime werden externe Faktoren für die Krise verantwortlich gemacht. Mit dem Zusammenbruch der Staaten des Rates für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW oder COMECON) brach über Nacht auch 85% des kubanischen Außenhandels zusammen. Das Importvolumen sank von ca. 8 Mrd. US Dollar ($) im letzten Jahr vor der Krise (1989) auf 1,7 Mrd. $ (1992) ab. Die ärgsten Engpässe gibt es im Bereich der Kraftstoffe, aber auch bei Lebensmitteln, Düngemitteln, Maschinen und Ersatzteilen. Kuba hatte sich auf die Stabilität der Beziehungen zu den „sozialistischen Bruderstaaten" verlassen, ohne sich ausreichend um die Selbstversorgung und eine außenwirtschaftliche Diversifizierung zu kümmern. Ein „Nahrungsmittelplan", mit dem nun die Selbstversorgung erreicht werden soll, brachte bisher nicht die erhofften Resultate. Energiekrise und Ersatzteilmangel drücken auf die Produktivität, Maschinen stehen still, Menschen kommen nicht zur Arbeit, weil keine Busse

fahren. In der Landwirtschaft werden statt Traktoren wieder Ochsengespanne eingesetzt. Die vormals weitgehend mechanisierte Zuckerrohrernte verschlechtert sich Jahr um Jahr: Als wichtigster Devisenbringer erlebte der Zucker eine Talfahrt von 3,9 Mrd. $ (1989) über 1,2 Mrd. $ (1992) auf nunmehr 765 Mio. $. Das heißt in diesem Jahr: noch weniger Öl, Düngemittel, Ersatzteile etc. mit schweren Konsequenzen für die Produktion - und damit auch für die Leistungsfähigkeit des egalitären Gesellschaftsmodells.

Die kubanische Regierung reagierte auf diese Situation mit einer Politik der wirtschaftlichen Öffnung bei strikter politischer Stabilität. (Perestroika ohne Glasnost). Eine zentrale Funktion kommt hierbei der Förderung von „joint ventures" zu. Man erwartet sich davon eine rasche Expansion des Tourismus als Devisenbringer, die Erschließung neuer Erdölvorkommen und die (Re-) Mobilisierung brachliegender Kapazitäten, denen es an Rohstoffen, Ersatzteilen, Kapital oder Absatzmärkten fehlt. Zu diesem Zweck wurde ein „joint venture" - Gesetz aus dem Jahre 1982 mit Leben erfüllt, das ausländischen Investoren beachtliche Vorzüge bei Geschäftsbedingungen und Gewinnmitnahme, sowie arbeitsrechtliche Sonderbedingungen einräumt. Genehmigungen werden jeweils auf allerhöchster Ebene und in Abhängigkeit von den wirtschaftspolitischen Prioritäten erteilt, weshalb im Einzelfall auch sehr flexible Lösungen möglich sind, wo dies politisch opportun erscheint. So ist eine gesetzliche vorgeschriebene 51%ige kubanische Mindestbeteiligung bereits weggefallen und selbst die Möglichkeit von Direktinvestitionen wird nicht mehr ausgeschlossen. Nicht zuletzt enthält die neue Verfassung vom Sommer 1992 in Art. 23 eine ausdrückliche Garantie für „Mischeigentum".

Kein Wunder, daß ausländische Partner von „joint ventures" - wo sie denn zustandekommen - sich meist hochzufrieden äußern. Dies gilt insbesondere für den Tourismusbereich, auf den sich bisher die Investitionen konzentrieren, die sich dort z.T. bereits nach drei bis vier Jahren amortisieren. Daneben gibt es ausländische Investitionen in der Prospektion neuer Erdölvorkommen und in der Nickelverhütung. Die größte Zahl von „joint ventures" sind in Handwerk und Kleinindustrie angesiedelt, wo es in den letzten beiden Jahre einen regelrechten Boom gegeben hat.

Gleichzeitig gewährt der kubanische Staat in Prioritätssektoren mehr Autonomie für seine Betriebe. Mehr als 500 Unternehmen des Tourismus- und Exportsektors verwenden ihre Devisengewinne heute im Rahmen des sog. „autofinanciamento" weitgehend autonom. Das Monopol des Außenhandelsministeriums ist aufgeweicht. Es gibt mehr als 400 sogenannter Privatgesellschaften, darunter die knapp 100 „joint ventures". At last but not at least gibt es umfangreiche Schulungsprogramme für Managementpersonal durch Consultants aus dem kapitalistischen Ausland.

Joint Ventures bzw. empresas mixtas

Im Unterschied zu Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen dient die nationale Beteiligung bei Joint Ventures der Schaffung von staatlichen Kontrollmöglichkeiten über Produktion, Absatz und Gewinn. Nach dem Zusammenbruch des RGW- Wirtschaftsraumes versuchten Vietnam und Kuba den Verlust von Handelspartnern mit Joint Ventures bzw. empresas mixtas aufzufangen. Nach kubanischem Verständnis werden zwei Kooperationsformen unterschieden: die producción cooperada (Produktionszusammenarbeit) und die cuentas en participación (gemeinsame Konten).
Bei der ersten Form der Zusammenarbeit stellt die kubanische Seite beispielsweise Grundstücke, Produktionseinrichtungen und Arbeitskräfte zur Verfügung, während der Partner Maschinen, Rohstoffe, Know-how und Absatzmöglichkeiten bietet. Beispiel hierfür ist die Herstellung von Schmierölen in kubanischen Raffinerien für den multinationalen Konzern 'Castrol'.
Bei der zweiten Kooperationsform handelt es sich um Importwarenlager beispielsweise für den Tourismussektor, wobei Besitz und Risiko bis zum Verkauf durch den kubanischen Partner beim ausländischen Importeur verbleiben. In beiden Fällen wird der Erlös anteilig unter den Partnern aufgeteilt, wobei der ausländische Partner beim Gewinntransfer keinen Beschränkungen unterliegt. (Stand und Perspektiven der Joint Ventures in Kuba, siehe Studie von R.Lessmann im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, April 1993.)

Parallel dazu versucht Kuba eine vorsichtige außenpolitische Öffnung. Dem steht zwar ein „Kuba-Demokratisierungsgesetz" der USA vom letzten Oktober im Wege, das nun auch Drittländer mit Sanktionen bedroht, die mit Kuba Handel treiben, doch wird gerade hier ein Aufweichen der Positionen des Kalten Krieges deutlich: Das Gesetz wurde u.a. von Kanada, einer Reihe von EG-Ländern und der EG selbst scharf zurückgewiesen, was dazu beigetragen haben dürfte, daß die Generalversammlung der UN im letzten November das US-Embargo gegen Kuba mit nur drei Gegenstimmen verurteilt hat. Neben diesem diplomatischen Punktsieg konnten, ungeachtet der nordamerikanischen Sanktionsdrohung, mit einer Reihe westeuropäischer und lateinamerikanischer Unternehmen „joint ventures" abgeschlossen werden. Mit der VR China wurde ein umfangreiches Handelsabkommen unterzeichnet; mit Rußland, der Ukraine, Kasachstan, Kirgisien und Tadschikistan wurden Zuckerabkommen abgeschlossen; mit einem litauischen Unternehmen besteht ein „joint venture".

Notorische Zahlungsschwierigkeiten und die unsichere politische Lage sind die von (potentiellen) ausländischen Investoren am häufigsten genannten Hinderungsgründe für Investitionen in Kuba. Staatliche Kredite, Investitions- oder Handelsgarantien könnten den kubanischen Öffnungsprozeß entscheidend beflügeln. Während die Vereinigten Staaten de facto die Abdankung des Regimes als Voraussetzung für eine Normalisierung der Beziehungen fordern, wären einige westeuropäische Regierungen wohl mit einem kubanischen Entgegenkommen in der Menschrechtsfrage zufrieden, um solche Unterstützungen zu gewähren. Hier stellt sich freilich die kubanische Führung taub, die hinter jeder Kritik interventionistische Verschwörungen wittert. Das Festhalten an Nullsummenszenarien aus der Zeit des Kalten Krieges diesseits und jenseits der „Straßen von Florida" lähmt so den Versuch der ökonomischen Konsolidierung.

Fidel Castro sprach in seiner Rede von sozialen Opfern, die mit der wirtschaftlichen Liberalisierung verbunden seien und die man zur „Rettung der Revolution" erbringen müsse. Damit hat er wohl recht, auch wenn es in der aktuellen Krise darum geht, von egalitären Prinzipien abzurücken, die ihre materielle Basis ohnedies bereits verloren haben. Zur Debatte steht die Einführung eines gemischten Wirtschaftssystems mit dem Ziel sie wiederzugewinnen, nicht die Einführung des Kapitalismus. Das Endergebnis dieser Entwicklung ist freilich nicht abzusehen.

Die Häme, mit der Fidel Castros Ankündigungen aufgenommen wurden, ist unangebracht. Eine „Konkurserklärung" mag einen Neubeginn einleiten, aber sie ist per se keine Lösung. Die vielzitierten „Kräfte des Marktes" zur Geltung zu bringen, ist leichter gesagt als getan (siehe Rußland) und auch kein Allheilmittel, wie der lateinamerikanische Neoliberalismus zeigt. Mit dem Einwand, diese wären halt zu lange unterdrückt worden, mögen die Apologenten des freien Marktes recht haben. Für die politische Praxis ist er zunächst bedeutungslos. In Kuba selbst gibt es aus bekannten Gründen weder freies Unternehmertum, noch eine organisierte politische Opposition. Die tonangebenden Exilkreise in Miami sind auf ein putschistisches Programm („Castro weg") beschränkt, ihre business-Fraktion ist längst in den USA verankert und denkt an Investitionen auf der Insel eher zurückhaltend. Das Castro-Regime ist gegenwärtig die einzige politische Kraft, die überhaupt ein Konzept zur Krisenbewältigung hat. Ob sich in seinen Reihen ein kubanischer „Jelzin" verbirgt, darüber mag man spekulieren. Die Kubaner haben andere Sorgen.

Robert Lessmann

Ausländisches Kapital als Trojanisches Pferd ?

Interview mit Carlos Tablada

Carlos Tablada Pérez reist bis Ende September durch die Bundesrepublik. Der Wirtschaftswissenschaftler aus Havanna ist Mitglied des kubanischen Zentrums für Amerikaforschung und Mitbegründer des Zentrums Felix Varela, einer der ersten nichtstaatlichen Forschungseinrichtungen Kubas. Zu den Problemfeldern Dollarisierung und Öffnung Kubas für ausländisches Kapital führten Anno Fricke und Gerhard Rieger das folgende Interview.

Was bietet Kuba dem ausländischen Kapital?
Das wirkliche Kapital, über das Kuba in der gegenwärtigen Situation verfügt, ist der Mensch. Die größte Investition, die die Revolution in den vergangenen 34 Jahren vornahm, war die in die Menschen. In dem Moment, in dem die Revolution triumphierte, war es sehr schwierig, gut ausgebildete Leute zu finden. Heute gibt es mehr Facharbeiter als die kubanische Wirtschaft aufnehmen kann. Und so ist es nicht schwierig für eine Firma, hochqualifiziertes Personal zu finden.

Wie reagieren die Beschäftigten auf die Anforderungen in den Joint-Venture-Betrieben?
Durch die Übernahme des sowjetischen Wirtschaftsmodells war die Arbeitsproduktivität gering. Wenn man es daran mißt, ist das Niveau der Produktivität in den Joint Ventures um einiges höher. Aber immer noch liegt sie unter der der entwickelten Länder, in Kuba gibt es noch keine Superausbeutung. Die soziale Sicherheit ist hoch. Der Arbeiter hat aber eine höhere Motivation, eine zweifache, das unterstreiche ich: Erstens, weil er Zugang zu materiellen Gütern hat, die in einem staatlichen Unternehmen nicht vorhanden sind. Zweitens, weil er überhaupt einen Arbeitsplatz hat. Hunderttausende sind derzeit ohne Arbeit. Sie sind deshalb nicht unversorgt, aber ihre Fabriken sind aus Energie- und Rohstoffmangel geschlossen.

Welchen Vorteil haben Joint Ventures darüberhinaus für die kubanische Wirtschaft?
Der erste Vorteil ist, daß stillstehende Fabriken wieder arbeiten können. Dadurch werden sowohl die Binnen- als auch die Exportwirtschaft mit Gütern versorgt, was wiederum Devisen einbringt. Zweitens erwerben wir darüber Technologie. Die Kapitalisten investieren in die Modernisierung des Produktionsprozesses und in die Qualitätskontrolle. Wegen des hohen Ausbildungsstandes passen sich Arbeiter und Ingenieure schnell daran an. Und drittens erhalten wir Zugang zum Weltmarkt. Für Kuba ist es aufgrund der Blockade und der protektionistischen Politik der drei großen kapitalistischen Blöcke, Nordamerika, Westeuropa und Ostasien, äußerst schwierig, eigene Produkte auf dem Weltmarkt zu plazieren. Nur ein Beispiel: Die kubanische Biotechnologie und die pharmazeutischen Fabriken bräuchten eigentlich kein ausländisches Kapital, weil sie nach wie vor produzieren. Aber was geschieht? Obwohl einige kubanische Produkte Novitäten darstellen, es gibt Impfstoffe, die nur Kuba herstellt, lassen uns die großen Konzerne nicht auf den Markt. Deshalb gibt es ein Joint Venture mit einem großen transnationalen Pharmaziekonzern.

Bietet das ausländische Kapital nicht auch Schutz vor nordamerikanischem Druck?
Zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht. Mehr Touristen, mehr ausländische Firmen schaffen Interessen, die so weit gehen könnten, daß die Regierungen der Länder, aus denen die Investoren kommen, sich nicht mehr so direkt der amerikanischen Politik anschließen können.

Was unterscheidet Kubas Joint-Venture-Strategie von der Joint- Venture-Politik anderer lateinamerikanischer Länder?
Ich habe das sogenannte argentinische Wunder studiert. Dieses Wunder basiert vor allem auf Spekulationskapital und Korruption. Eines der skandalösesten Beispiele ist der Verkauf der Aerolineas Argentinas, die rentabel arbeitete. Die Staatslinie wurde zu einem Drittel des Wertes verkauft, den allein die Flugzeuge und sonstigen Sachwerte darstellten. Zweitens wurden die argentinischen Unternehmen von Multis gekauft, um sie zu schließen und als Konkurrenten aus dem Weg zu schaffen. Komplette Industriezweige wurden geschlossen, um dann in Brasilien oder Paraguay oder Chile hergestellte Produkte einzuführen, die jetzt diese Marktsegmente besetzen. Fremdkapital in Kuba dagegen soll Märkte öffnen und die Industrie technisch auf den neuesten Stand bringen.

Und wie unterscheidet sich das kubanische Modell von dem Chinas?
Die Chinesen sind sehr viel weiter auf einem neoliberalen Weg fortgeschritten. Es gibt Privatisierungen sogar im Erziehungswesen und im Gesundheitssystem. So weitgehende Überlegungen gibt es in Kuba nicht. Der wesentliche Unterschied ist, daß wir keine Sonderwirtschaftszonen einrichten, in denen die sozialen Strukturen den kapitalistischen Interessen angepaßt werden. Bisher waren Hotelzonen wie Varadero zwar für weite Teile der Bevölkerung gesperrt. Mit der Freigabe des Dollars als Zahlungsmittel entfallen die Gründe für eine solche Sperrung.

Uns erscheint ausländisches Kapital trotz alledem wie ein trojanisches Pferd?
Ja, ich glaube, daß es ein trojanisches Pferd ist, aber nicht, weil es politische Veränderungen einfordern wird. Ich glaube, daß die Entwicklung des Wertgesetzes und aller kapitalistischen Beziehungen sowohl in der Praxis als auch im Bewußtsein der Menschen das Problem sind. Der Schaden ist nicht der Prozentsatz des ausländischen Kapitals in der Wirtschaft des Landes, sondern der Widerhall des Bildes vom Kapitalismus im Bewußtsein der Menschen. Da die staatlichen Unternehmen derzeit aus Geldmangel in Konkurs sind, geben die Joint Ventures ein Bild von attraktiver Effektivität und Effizienz ab. Außerdem arbeiten die Joint Ventures in einem System regulierender Gesetze, die keine Ausbeutung zulassen und auch nicht die Ungleichheiten, die in den kapitalistischen Ländern zum Beispiel in der Dritten Welt vorkommen. All dies könnte bewirken, daß das kubanische Volk denken könnte, der Kapitalismus sei nicht schlecht.

Ist die Bevölkerung nicht über die angesprochenen Entwicklungen informiert?
Das kubanische Volk versteht, welches die Gründe für die wirtschaftliche und soziale Krise sind. Bei den Neuerungen handelt es sich ja nicht um ein Paket unpopulärer Maßnahmen, die auch nicht von einem auf den anderen Tag durchgesetzt werden. Ich glaube sogar an eine gewisse Erleichterung in der Bevölkerung, obwohl die Maßnahmen schmerzliche Ungleichheiten in der Bevölkerung schaffen werden.

Nach uns die Sintflut

Flood Action Plan der Weltbank droht unterzugehen

Die Weltbank hat kein Glück mehr mit ihren Projekten. Kaum hat sie sich nach langjährigen Protesten von der Finanzierung des Narmada-Staudammprojektes in Indien zurückgezogen, schon gerät ein weiteres ihrer Megaprojekte in die öffentliche Kritik. Der Flood Action Plan (FAP) der Weltbank für Bangladesch wird zum Thema einer internationalen Kampagne.[1]



Den vorläufigen Höhepunkt der wachsenden internationalen Kritik am FAP bildete eine Konferenz im Europaparlament in Straßburg im Mai dieses Jahres. Die Konferenz, die von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen und Wilfried Telkämper (Die GRÜNEN) einberufen worden war, faßte die bisherige FAP-Kritik zusammen. Für NGOs aus verschiedenen EG-Ländern und den USA war sie gleichzeitig der Auftakt einer internationalen Kampagne gegen den FAP. In einer gemeinsamen Deklaration fordern sie die Einsetzung einer unabhängigen Kommission nach dem Vorbild der Narmada-Kampagne. Zudem wird ein Stopp aller Baumaßnahmen gefordert, bis die Kommission ihre Untersuchungen abgeschlossen hat.

Unter dem Eindruck der Konferenz hat das EG-Parlament am 24.6.93 mit den Stimmen der konservativen Parteien eine Resolution über den FAP verabschiedet, die die Befürworter großer Eindeichungsprogramme in die Defensive drängt. Die Parlamentarier fordern die EG-Länder auf, angesichts der massiven Kritik ihr Engagement im FAP zu überdenken. Außerdem sollten solange keine strukturellen Baumaßnahmen vorgenommen werden, bis ausreichende Daten über die sozio-ökonomischen, sozialen und ökologischen Gesamtfolgen des Projektes vorliegen. Die weitere Teilnahme der EG am FAP soll danach an Bedingungen geknüpft werden. Beispielsweise soll die vollständige Einbeziehung der betroffenen Bevölkerung in die Projektplanung und Implementierung gewährleistet sein und ein verbesserter institutioneller Rahmen geschaffen werden, der die sozialen und ökonomischen Rechte der Bevölkerung, insbesondere der von den Umsiedlungen Betroffenen, garantiert.

Wachsende Kritik in Bangladesch

Nach wie vor betreibt die Regierung von



Wachsende Proteste in der Bevölkerung.

Bangladesch eine miserable Informationspolitik gegenüber der betroffenen Bevölkerung. NROs wollen den FAP, der längst zu einem brisanten innenpolitischen Thema geworden ist, endlich öffentlich diskutiert sehen. Sie wollen die lokale Bevölkerung mobilisieren und die Verantwortlichen zu dem längst überfälligen Dialog zwingen. Ein Bündnis von FAP-Gegnern veranstaltete deshalb Mitte August eine zweitägige öffentliche Diskussion in Jamalpur, dem Projektgebiet der französischen Projektkomponente 3.1 (siehe unten), an der über 700 Personen aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Gruppen teilnahmen. Untersuchungen und Befragungen, die von den NROs im Projektgebiet durchgeführt wurden, bestätigen, daß die Mehrheit der Bevölkerung weiteren Deichen gegenüber sehr skeptisch eingestellt ist bzw. sie ablehnt, da ihre bisherigen Erfahrungen mit ähnlichen Wasserprojekten häufig sehr negativ waren.

Der Streit über die Möglichkeiten, große Flüsse zu bändigen und über die ökologischen und sozialen Folgen von Damm- und Deichbauprojekten ist dabei nicht nur ein akademischer. Er spielt sich ab im Zentrum des Verteilungskampfes um eine lebenswichtige Ressource. Dies zeigt auch folgender Vorfall, der sich in ähnlicher Form Jahr für Jahr in Bangladesch ereignet: am 26.7.93, auf dem Höhepunkt der letzten großen Überflutungen in Bangladesch, starben im Distrikt Sylhet drei Bauern bei bewaffneten Auseindersetzungen. Eine Gruppe von 2.000 Bauern, die angeführt wurde von Abdul Lalif, dem Vorsitzenden des lokalen Gemeinderates, hatte versucht, einen Deich zu durchbrechen. Sie wollten dadurch Flutwasser und Sedimente, die ihre Ernte bedrohten, in eine Senke abfließen lassen. Einheiten der Armee griffen die Bauern an und töteten dabei mindestens drei Menschen. Zehn Personen, darunter der Gemeinderatsvorsitzende, wurden verhaftet.

Weltbank - offen für einen Rückzug ohne Gesichtsverlust?

Die Geberländer zeigen sich inzwischen durch die heftige Kritik verunsichert. Zwischen der Weltbank und der Regierung von Bangladesch zeichnen sich zunehmende Spannungen ab. Dies wird deutlich in einem internen Memorandum des stellvertretenden Direktors der Umweltabteilung der Weltbank, Andrew Steer. Darin empfiehlt er ein offensiveres Auftreten der Weltbank, da diese ungerechtfertigterweise wieder einmal Zielscheibe der Kritik sei und für Dinge herhalten müsse, die sie nicht zu verantworten habe. Gerade durch das Engagement der Weltbank habe der FAP inzwischen eine sehr moderate Form, die mit dem ursprünglichen Plan von 1990 nichts mehr gemein habe. Demgegenüber seien die bilateralen Interessen wesentlich stärker und die einzelnen Geberländer massiv an großangelegten strukturellen Maßnahmen interessiert: "...wieder einmal wird die Bank als Ursache des Problems angesehen, als Befürworterin einer gewaltigen kapitalintensiven Lösung...Unterdessen drücken sich die Geberländer vor dieser Kritik, obwohl sie viel eher als die Bank die treibenden Kräfte für großangelegte Investitionen waren..."

Die Bank scheint sich nach dem Narmada-Desaster auch hier einen Weg freihalten zu wollen, ohne großen Imageverlust aus dem Projekt auszusteigen.

Doch ganz so einfach wird sich die Weltbank nicht aus der Affäre stehlen können. Zu viele Antworten ist sie schuldig geblieben. Beispielsweise ist bis heute nicht klar, welche Rolle die Weltbank tatsächlich spielt.

Flußregulierung im alten Stil

In einem Brief an Präsident Clinton drückte die Premierministerin Bangladeschs, Begum Khaleda Zia, vor einigen Wochen ihr tiefes Bedauern über die durch Überschwemmungen des Mississippi ausgelösten Zerstörungen aus. Sie verwies auf die Notwendigkeit verstärkter Anstrengungen zum Schutz der betroffenen Bevölkerung und schickte auch gleich noch einige tausend Jutesäcke in das Katastrophengebiet. Damit sollten provisorische Schutzdeiche gebaut werden. Ironischerweise ist die Regierung Bangladeschs zur selben Zeit damit beschäftigt, dieselben Fehler bei der Flußregulierung zu wiederholen, wie sie am Mississippi begangen worden sind.

Jahrelange Manipulationen an den Flußläufen, wie Begradigungen, Kanalisation, Trockenlegung von Feuchtgebieten, etc. haben die natürlichen Überschwemmungsgebiete des Mississippi zerstört. Dort, wo früher ausgedehnte Feuchtgebiete einen natürlichen Hochwasserschutz boten, wurden Deiche gebaut und das Land dahinter besiedelt. Was jahrelange Warnungen von Umweltschützern nicht bewirkten, wurde nun durch Tatsachen erzwungen: das Nachdenken über bessere und vernünftige Alternativen des Hochwasserschutzes.

Wasserbauingenieure der Bundesrepublik beispielsweise erwägen beim Rhein sogar die Einrichtung großer neuer Überschwemmungsflächen, sog. Fließpolder und die Renaturierung ehemaliger Rheinauen.

In Bangladesch wurden die ersten großen Eindeichungsmaßnahmen in den 60er und 70er Jahren parallel zu den "Flußregulierungen" des Mississippis umgesetzt. Die amerikanische International Engineering Cooperation (IECO) entwickelte 1964 den "Masterplan for Flood Control" für Bangladesch (damals Ostpakistan). Bei dessen Umsetzung sind in den letzten dreißig Jahren annähernd 7000 km Dämme gebaut worden. Viele Projektgebiete sind infolge der fehlerhaften Planung und Wartung inzwischen ökologische Wüsten. Fehlerhafte Entwässerung, Versumpfung und Versalzung haben große Gebiete für die Landwirtschaft unbrauchbar gemacht. Annähernd 1.000 km Deiche sind allein in den letzten Wochen in Bangladesch zerstört worden. Die Folge: viele Bauern haben ihr Land verlassen müssen. Eine Entschädigung durch die Verantwortlichen gab es für die Bauernfamilien nicht.

Welches sind im einzelnen ihre Aufgaben und vor allem: wo liegen ihre Verantwortlichkeiten als Koordinator des FAP? Welche und wieviele Personen in der Weltbank sind mit der Koordinierung beschäftigt? Wer garantiert oder ist verantwortlich für die Qualität der Projekte? Völlig unklar ist auch, ob und in welcher Weise die Richtlinien der Weltbank (operational directives) innerhalb des FAP zum Tragen kommen. Offen bleibt weiterhin, wie die nun offensichtlich angestrebte "moderate" Form des FAP aussehen soll. Wenn der FAP nun tatsächlich in moderaterer Form durchgeführt werden soll, stellt sich die Frage: hat es denn jemals eine formale Entscheidung über eine solche Transformation gegeben? Offensichtlich nicht.

Die Regierung von Bangladesch, die eine Teilnahme an der Straßburger Konferenz abgelehnt hatte, zeigt sich über derartige Unstimmigkeiten zunehmend verärgert und zweifelt an der Standhaftigkeit der Weltbank. Nach der herben Kritik aus Straßburg plant sie nun eine eigene Konferenz über den FAP im März nächsten Jahres, um der "Anti-FAP-Propaganda" etwas entgegenzusetzen.

Zwiespältige Haltung der Geberländer

Mit Unterstützung wird sie von französischer Seite rechnen können. Die französische Regierung, die von Anfang an zu den "hardlinern" im FAP zählte, hält die Kritik für völlig absurd. Jean Michel Lacombe, der französische Botschafter in Dhaka, machte deshalb auf einem Treffen in Bangladesch deutlich, daß sein Land weiterhin nicht nur an der Implementierung festhalten werde, sondern diese sogar noch beschleunigen wolle.

Gerade die von Frankreich finanzierte Komponente 3.1 des Projektes hat jedoch die schärfste Kritik hervorgerufen. Durch die darin vorgesehenen Deichbauten am linken Brahmaputra-Ufer sind 1 bis 2 Millionen Menschen auf den Flußinseln von Umsiedlung bedroht. Selbst die Weltbank hält deren Umsiedlung für nicht machbar. Trotzdem halten die Franzosen an ihrem Projekt fest. Einen Umsiedlungsplan haben aber auch sie nicht.

Andere Geberländer scheinen die Kritik ernster zu nehmen. Die Schweiz beispielsweise hat sich schon gleich zu Beginn aus dem Projekt verabschiedet. Die niederländische Regierung schickte Anfang des Jahres eine Expertenkommission nach Bangladesch, um der Kritik nachzugehen. Der von ihr vorgelegte Bericht räumt offen ein, daß ökologische Aspekte in den Basisdokumenten der Weltbank nur ungenügend angesprochen wurden. Die ökologischen Folgen und die Komplexität des gesamten Projektes seien offensichtlich unterschätzt worden. Zur Ausarbeitung wirklich aussagekräftiger Untersuchungen sei deshalb viel mehr Zeit nötig. Keine Zweifel haben die Autoren an den dramatischen Auswirkungen der Eindeichungsmaßnahmen auf den Fischfang. Außerdem sei mit der Umwandlung von Feuchtgebieten in Trockengebiete, der Unterbrechung der Fischwanderungswege und durch die zunehmende Wasserverschmutzung das ökologische Gleichgewicht in einigen Gebieten Bangladeschs zunehmend gefährdet. Trotz der erfreulicherweise unmißverständlichen Ergebnisse kommt der Bericht nicht zu eindeutigen Schlußfolgerungen. Bis zum Abschluß der ersten Phase 1995 wollen sich die Niederlande deshalb mit der Entscheidung über die Zukunft des Projektes Zeit lassen.

Schwere Zeiten für das BMZ

Auch der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im deutschen Bundestag (AWZ) hat sich inzwischen mit dem Projekt beschäftigt. Im Mai dieses Jahres haben VertreterInnen der Anti-FAP-Bewegung in Bangladesch bei einigen Abgeordneten vorgesprochen. In den Diskussionen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) zeigten sich Ausschußmitglieder aller Fraktionen äußerst besorgt über die Folgen des Projektes und befürchten nun ein zweites Narmada-Debakel. Anfang August hielt sich eine dreiköpfige Delegation - Dieter Schanz (SPD), Ulrike Mehl (SPD) und Michael Wonneberger (CDU) - in Bangladesch auf, um sich intensiv mit dem Projekt zu beschäftigen. Auf einem Treffen, das vom Dachverband der NROs in Bangladesch (ADAB) organisiert worden war, konnten sich die Delegationsmitglieder von der Stichhaltigkeit der Kritik überzeugen. Eine Kritik, die inzwischen von einem weit gefächerten Spektrum der bangladeschischen Gesellschaft getragen wird. Der Bericht, den die Delegation bald vorlegen wird, dürfte für das weitere Engagement der Bundesregierung von großer Bedeutung sein.

Im Moment finanziert die Bundesrepublik in Zusammenarbeit mit den Niederlanden und Frankreich zwei Pilotprojekte zur Einrichtung von Überschwemmungsflächen (sog. Einpolderung), in deren Einzugsgebiet eine Viertelmillion Menschen leben. Die Einpolderungsprojekte haben für den FAP eine besondere "strategische" Bedeutung und Modellcharakter für nachfolgende Komponenten: zum einen hinsichtlich der Lösbarkeit technischer Probleme und zum zweiten in Bezug auf Möglichkeiten der "Partizipation" der lokalen Bevölkerung.

ADAB hat eine Untersuchung in den beiden Projektregionen durchgeführt. Ihre Ergebnisse haben die Befürchtungen der NGOs bestätigt: von einer Partizipation der Bevölkerung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, die überwiegende Mehrheit der Bauern und Fischer ist gegen teure Dammbauten, deren Instandhaltung kaum zu gewährleisten ist. Sie sehen das Hauptproblem in dem nur langsam erfolgenden Abfluß von Monsunwasser und befürworten deshalb u.a. den Bau von Entwässerungskanälen. Doch dafür brauchen sie weder ausländische Experten noch einen milliardenschweren Plan.

Der finanzielle Anteil der deutschen Komponenten beträgt bis 1995 ca. 60 Millionen DM. Das BMZ hat sich bislang mit dem Argument, es handele sich nur um Studien, vor einer Auseinandersetzung gedrückt und die Kritik heruntergespielt. Äußerst oberflächlich wurde von ihr eine kleine Anfrage über den FAP, die von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen eingereicht worden war, Anfang August beantwortet. Selbst das inzwischen sogar von der Weltbank erkannte Problem der Zwangsumsiedlung der Flußinselbewohner ist für Bonn weiterhin kein Thema.

Unabhängig vom Bericht der Delegation wird sich das BMZ auf eine schwierige Diskussion einstellen müssen. Im Oktober dieses Jahres trifft sich die internationale Anti-FAP-Kampagne, an der VertreterInnen von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen aus Bangladesch, aus verschiedenen EG-Ländern und den USA teilnehmen, zu einer dreitägigen Diskussion in Berlin. Dann sollen die Weichen für die nächste Runde der Auseinandersetzung im Frühjahr '94 gestellt werden. Kushi Kabir, die Vorsitzende von ADAB, spricht von einer "einmütigen Kritik am Flood Action Plan. Nie zuvor gab es eine solche Gemeinsamkeit zwischen den NGOs wie in diesem Fall."

Pamela Metschar/Dieter Reinhardt

Anmerkung:
1) Einen guten Überblick über den FAP und die Kritik an ihm geben die beiden Artikel von Dieter Reinhardt in den "blättern des iz3w" Nr.177 und 182.

Eine Dokumentation der Internationalen Konferenz über den FAP im Europa-Parlament ist derzeit in Bearbeitung. Diese und weitere Informationsmaterialien können bezogen werden bei: IAO Network International, Unter den Linden 36-38, 10117 Berlin, Tel: 030/20340344, Fax: 030/29340639

Editorial

Die Debatte über'humanitäre Interventionen' tritt auf der Stelle. Statt Argumenten werden allenthalben moralische Rigorismen ausgetauscht, die bestenfalls eigene Weltbilder bestätigen und oft mehr mit der Befindlichkeit hiesiger linker Politik zu tun haben als mit der Situation der Menschen, in deren Namen gesprochen wird. Gegen die Forderung nach prinzipieller Gewaltfreiheit bei der Lösung von Konflikten tritt die Gegenseite eine Flucht nach vorne an und meint, daß 'wir' nicht tatenlos zusehen können und das Leiden der Menschen beenden müssen. Je weniger ein absoluter Pazifismus auf barbarische Regime und diktatorische Unterdrückung eine Antwort weiß, desto mehr plädiert man auf der anderen Seite für Interventionen, die Menschenrechte mit aller Gewalt durchsetzen sollen.

Wenig besser allerdings argumentieren die Vertreter eines konsequent deutschen Antiimperialismus á la 'konkret', die eine Intervention z. B. in Ex-Jugoslawien nur deshalb ablehnen, weil es ein Projekt des deutschen Kapitals zur militärischen Unterwerfung des Ostens sei. Einer Intervention durch die UNO wie im Golfkrieg stehe demgegenüber wenig im Wege, gesetzt den Fall, die Deutschen haben nicht ihre Finger im Spiel. Auch das in der hiesigen Debatte vergessene Fallbeispiel Liberia, wo westafrikanische Truppen unter der Führung von Nigeria für "Ordnung sorgen", verdeutlicht die eurozentristische Debatte, die hierzulande innerhalb der Restlinken geführt wird.

Eine Lösung aber für die aktuellen Konflikte und Kriege liefert niemand und kann auch niemand liefern, wenn man sich deren Ursachen vergegenwärtigt. Mit dem Ende des fordistischen Entwicklungsmodells verschärfen sich die unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus. Die Widersprüche verlaufen aber nicht mehr an den Grenzen des Nationalstaats, sondern manifestieren sich im regionalen Raum: die Konkurrenz zwischen einzelnen Kollektiven, zwischen denjenigen, die noch den Anschluß an den Weltmarkt schaffen können, und denjenigen, die endgültig aus dem Verwertungszusammenhang herauskatapultiert werden. Alle wollen noch ein Stück vom Kuchen und greifen deshalb auf nationalistische bzw. rassistische Argumentationen zurück, um ihre Ansprüche zu begründen. Gerade wenn die ökonomischen und politischen Mechanismen für einen 'friedlichen Interessenausgleich' fehlen, nimmt der Kampf um die wenigen vorhandenen Güter kriminelle, ja mafiöse Züge an.

Die Schwierigkeit in den aktuellen Konflikten, die einige militärisch 'lösen' wollen, liegt in der Tatsache, daß realpolitische 'Befriedungsversuche' an den aktuellen Kräfteverhältnissen scheitern müssen. So hat die UNO zwar eine immer größer werdende Fan-Gemeinde, die mit dieser Institution ein weltweites Gewaltmonopol durchsetzen und damit die Welt befrieden will. Die Fiktion einer über allen Konflikten und Auseinandersetzungen neutral stehenden Instanz, einer Art Weltpolizei, bricht an der Tatsache, daß die einzelnen Nationen nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus den Kampf um Hegemonie und um die Funktionalisierung der UNO für die eigenen, partikularen nationalen Interessen gerade erst austragen. Anders als zu Zeiten, in denen weltweit 'die Freiheit' gegen den Kommunismus maßgeblich unter der Ägide der USA verteidigt wurde, herrscht heute ein reger Wettstreit der maßgeblichen Nationen um die Mitgestaltung der neuen Kräfteverhältnisse. Der Eintritt für "friedensschaffende Maßnahmen" hängt von denjenigen Staaten ab, die kraft ihrer ökonomischen und politischen Stärke Handlungsbedarf erst definieren. Ob das neue, dicke Deutschland dabei wieder nach einer politisch-militärischen Vormachtstellung strebt, oder ob es seine neue Rolle im Rahmen der bestehenden Institutionen findet, ist auch in unserem Themenblock umstritten.

Kann man auf keine internationale Instanz setzen, die Streitigkeiten schlichtet und nicht im eigenen Interesse - und sei es nur aus Prestigegründen wie die USA in Somalia - umfunktioniert, bleibt im Prinzip nur die Hoffnung auf 'Selbstverteidigung'. Die einzelnen bedrohten Menschengruppen müssen ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen, wenn die staatliche Durchsetzung des Gewaltmonopols dahingeschwunden ist. Daß dieses sich verallgemeinernde Faustrecht, in dem sich letztlich wieder nur der militärisch Stärkere durchsetzt, keine gemütliche Perspektive ist, zeigen die Verhältnisse in Somalia und in Jugoslawien. Trotzdem gilt es, sich nicht von den falschen Versprechungen und schnellen 'Lösungen' blind machen zu lassen: nicht weil Gewalt kein Mittel der Politik sein soll, sondern weil - wie wir in unserem Themenblock zeigen wollen - die 'Weltgemeinschaft' ihr Süppchen wieder mal auf dem Rücken ihrer weniger mächtigen Mitglieder auskocht und nicht in der Lage ist, Verhältnisse zu etablieren, die einen wirklichen Frieden garantieren.

Die Redaktion

Ausgeträumt

Das böse Erwachen der UNO

Die Party ist vorbei. Die allgemeine Euphorie über eine neue, aktive Rolle der UNO als zentrales Element einer Neuen Weltordnung hat einer ebenso breiten Ernüchterung Platz gemacht. Die UNO ist an ihrer neuen Rolle gescheitert und scheitert fast jeden Tag neu. Ihre Hilflosigkeit wird immer wieder drastisch demonstriert. Aber ihr Scheitern liegt nur in geringerem Maße an den eigenen Fehlern. Es resultiert vor allem daraus, daß die UNO mit der Lösung zunehmend komplexer Probleme betraut wird, ohne daß die Bedingungen eines Erfolges bestünden und ohne daß man ihr die nötigen Instrumente überließe. Außerdem scheitert sie an überdehnten und unrealistischen Erwartungen. In letzter Instanz haben aber beide Ursachen des Versagens ihren Hintergrund in der Tatsache, daß die UNO heute kaum mehr als ein Instrument einiger Großmächte ist, und ihr Spielraum sich im wesentlichen an deren nationalen Eigeninteressen orientiert.



Blauhelme von den Fidschi-Inseln im Libanon **Photo: Jay Ullal.**

Ein Kritikpunkt der UNO gegenüber ist die Tatsache, daß sie in einer Reihe von Konflikten eine beträchtliche Hilflosigkeit demonstriert. Dabei geht es teilweise um Länder, in denen sie von vornherein nur eine begrenzte Rolle spielt (etwa in Angola), aber auch um besonders wichtige Fälle (etwa Kambodscha). Die positiven Beiträge von UNO-Vermittlungs- oder Blauhelmaktionen dürfen nicht dazu führen, diesen Punkt auf die leichte Schulter zu nehmen. In Angola etwa - wo die Vereinten Nationen trotz ihrer 440 Soldaten und Polizisten (Kosten: 128 Mill. Dollar in den ersten 15 Monaten) nur eine begrenzte Rolle spielten und sich auf Beobachtung und Beratung beschränkten - konnte der lange Bürgerkrieg zwar kurzzeitig unterbrochen werden. Es kam zu Wahlen, die eigentlich eine politische Grundlage für dauerhaften Frieden bringen sollten. Obwohl diese Wahlen den internationalen Beobachtern zufolge korrekt durchgeführt wurden, wollte die UNITA - sie hatte verloren - die Ergebnisse nicht anerkennen und nahm den Krieg wieder auf.

In Afghanistan trugen die Aktivitäten der UNO 1991 und 1992 dazu bei, die Position des damaligen Präsidenten Nadschibullah im eigenen Lager zu untergraben, er wurde im April 1992 gestürzt - seitdem ist der Bürgerkrieg zumindest in der afghanischen Hauptstadt in eine neue, noch blutigere Phase getreten. In Kabul gibt es inzwischen nicht nur massiv verstärkten Raketenbeschuß von außen, sondern auch Miliz- und Bandenkriege im Stadtgebiet nach dem Muster Beiruts. In beiden Fällen haben sich die Hoffnungen, daß nach dem Ende des Kalten Krieges die jeweiligen Bürgerkriege beendet werden könnten (und Angola und Afghanistan wurden als klassische Stellvertreterkriege der Supermächte aufgefaßt) nicht erfüllt.

Blauhelme und Friedensmissionen

Die weitreichendste UNO-Operation gibt es in Kambodscha. Dort geht man über den klassischen Fall eines Einsatzes von UNO-Blauhelmen weit hinaus. Die dortige UNTAC ist nicht weniger als eine provisorische Über-Regierung mit der höchsten poli-

tischen Autorität im Land. Durch sie hat die UNO im Prinzip die wichtigsten Verwaltungsfunktionen selbst übernommen und wollte zugleich die Regierungsstreitkräfte und die bewaffnete Opposition entwaffnen, um Wahlen vorzubereiten.

Die 22.000 UN-Blauhelme konnten bis zu den Wahlen im Mai 1993 kaum mehr als ein Zehntel der Soldaten aller Konfliktparteien entwaffnen. Vor allem die Roten Khmer entzogen sich jeder Kontrolle, verweigerten den Blauhelmen oft sogar Zugang in von ihnen kontrollierte Gebiete. Gleichzeitig warf eine kirchlich geführte Organisation der UNO vor, die "für die Einhaltung der Menschenrechte zuständigen UN-Beamten" benähmen sich "wie in einem eroberten Land." Tatsächlich sind die Spannungen zwischen der Bevölkerung und UNO-Kräften deutlich gestiegen. Die FAZ faßt noch einmal die Stimmung zusammen: "Die UN-Soldaten werden als 'Söldner' beschimpft, die nur viel Geld verdienen wollten, sich aufführten wie eine Besatzungsmacht und immer wieder durch brutale sexuelle Belästigungen und Trunkenheit auffielen."

Ein Erfolg des Friedensprozesses in Kambodscha aufgrund des Abkommens von 1991 ist heute sehr unwahrscheinlich. Nach einem Abzug der UNO-Einheiten - die Wahlen sollen im Mai stattfinden - steht eher eine neue Runde des Bürgerkrieges zu befürchten. Eine dauerhafte Präsenz der UNO in der gegenwärtigen Stärke ist aber weder vorgesehen noch wäre sie auf Dauer ausreichend noch von der finanziell ausgebluteten Weltorganisation finanzierbar. Die größte Pleite der UNO seit dem Großeinsatz im Kongo in den sechziger Jahren scheint damit programmiert.

Sind alle Konflikte lösbar? Und wie?

Zuerst stellt sich die Frage, ob alle Konflikte, die an die UNO herangetragen werden, überhaupt lösbar sind und welches Instrumentarium zu einer Lösung nötig wäre. Es wäre schließlich denkbar, daß das offensichtliche Scheitern der UNO in vielen Situationen etwas damit zu tun hat, daß sie überfordert wird. Es gibt ja eine Tendenz, sofort nach der UNO zu rufen, wenn in irgendeiner Region der Welt ein Krieg oder Bürgerkrieg ausbricht. Ist diese Erwartung realistisch?

In der Vergangenheit war das Engagement der UNO oft stark eingeschränkt. Die berühmten Blauhelme beispielsweise wurden nur dann eingesetzt, wenn alle Konfliktparteien zustimmten und wenn im UN-Sicherheitsrat ein solider und dauerhafter Konsens in dieser Frage bestand. Während des Kalten Krieges waren diese Bedingungen nicht einfach zu erfüllen. Es ist kein Zufall, daß von 1978-1988 keine neue Friedensmission durch Blauhelme unternommen wurde. Die positive Seite dieser Beschränkung bestand darin, daß UN-Friedensmissionen damit automatisch in einer relativ günstigen Umgebung stattfanden - weder die Supermächte noch die regionalen Konfliktparteien erhoben Einsprüche. Das eröffnete politische Möglichkeiten. Außerdem war das Risiko eines Scheiterns eher gering: die Erwartungen waren niedrig, die Rolle der UN begrenzt. Selbst wenn nur wenig erreicht wurde, wurde das kaum als Niederlage der UNO wahrgenommen.

Heute ist die Situation anders. Die Erwartungen sind geradezu explodiert. Die UNO soll heute Konfliktparteien zum Frieden zwingen, sie soll Wahlen beaufsichtigen oder sogar durchführen, Militär und Guerillas entwaffnen, unter bewaffnetem Schutz humanitäre Hilfe leisten oder Massenvernichtungswaffen zerstören helfen. Auf nichts davon ist sie vorbereitet. Was aber viel wichtiger ist: manche dieser Aufgaben sind nicht oder kaum von irgendeiner Institution erfüllbar. Nehmen wir die Entwaffnung von Guerillaverbänden. Eine Voraussetzung dafür ist in der Regel, daß diese ihrer Entwaffnung zustimmen. Wenn aber - beispielsweise - die Roten Khmer im kambodschanischen Dschungel ihrer Entwaffnung ausweichen oder sich ihr widersetzen - was soll die UNO tun? Wenn sie sich auf politische Appelle, Aufrufe und Gespräche beschränkt, dann demonstriert sie nur ihre Impotenz. Die Alternative wäre ein gewaltsames Vorgehen, die Zwangsentwaffnung. Genau das ist aber leichter gefordert als realisiert. Die USA in Indochina, Frankreich in Algerien, die Sowjetunion in Afghanistan, Indien in Sri Lanka - es könnten beliebig viele weitere Beispiele dafür angeführt werden, wie hilflos große Mächte mit überwältigender Feuerkraft dabei gewesen sind, militärisch weit unterlegene Guerillakräfte zu schlagen oder zu entwaffnen.

Aber es geht ja nicht allein um Guerillakriege. Auch eine Versöhnung zwischen Konfliktparteien erzwingen zu sollen, die sich gar nicht versöhnen wollen - keine Seltenheit in Regionalkonflikten - ist eine reichlich aussichtslose Unternehmung. Mit etwas Glück bleibt es bei der Blamage des bloßen Scheiterns, im ungünstigeren Fall gerät man politisch und militärisch zwischen die Fronten. Welche Machtmittel könnten die Vereinten Nationen denn einsetzen, um eine Verständigung zu erzwingen (statt zu vermitteln)? Wirtschaftssanktionen, die in aller Regel von den eigenen Mitgliedsstaaten gebrochen werden und die Gefahr mit sich bringen, die Zivilbevölkerung stärker als die politisch Verantwortlichen zu treffen? Militärische Einsätze gegen beide (oder noch mehr) Konfliktparteien oder besser mit einer Seite gegen eine andere?

Die Lage wird dadurch kompliziert, daß ein Ruf nach militärischer Intervention in Mode gekommen ist. Natürlich nur zu friedlichen Zwecken, aus humanitären Gründen oder sonstwie lobenswerten Motiven. Aber die Propagandisten solcher Vorschläge wissen selbst meist am wenigsten zu sagen, was genau ein militärisches Eingreifen eigentlich praktisch und konkret bewirken und noch weniger, wie seine allgemeinen Ziele realisiert werden sollen. Oft ist es nur ein Ruf der Hilflosigkeit, so als rufe man in der Innenpolitik nach dem "Starken Mann". Dieses Argument ist nicht pazifistisch gemeint. Natürlich können militärische Einsätze etwas bewirken, positiv oder negativ. Aber die neue interventionistische Mode ist nur ein Symptom für bankrotte Politik, eine Ersatzhandlung für Politik nach deren Scheitern.

In den letzten Jahren zeichnet sich eine Tendenz ab, daß die real existierenden Großmächte die UNO genau dann mit einer wichtigen Rolle betrauen, wenn zwei Bedingungen erfüllt sind: entweder fehlt ihnen selbst das Interesse oder der Konflikt ist zu heikel für ein eigenes Engagement, die Verantwortung soll auf andere Schultern verteilt werden. Im zweiten Fall schickt man dann mit wohlklingenden Worten die UNO ins Feuer, um sich nicht selbst die Finger zu ver-

UNO-Peacekeeping -Operationen seit 1988

UNIGOMAP	UN Good Offices Mission in Afghanistan and Pakistan (1988-1990)
UNIIMOG	UN Iran-Iraq Military Observer Group (1988-1991)
UNTAG	UN Transition Assistance Group (für Namibia, 1989-1990)
UNAVEM I	UN Angola Verification Mission (1989-1991)
ONUCA	UN Observer Group in Central America (1989-1992)
UNIKOM	UN Iraq-Kuwait Observation Mission (seit April 1991)
UNAVEM II	UN Angola Verification Mission (seit Juni 1991)
ONUSAL	UN Observer Mission in El Salvador (seit Juli 1991)
MINURSO	UN Mission for the Referendum in Western Sahara (seit September 1991)
UNTAC	UN Transitional Authority in Cambodia (seit März 1992)
UNPROFOR	UN Protection Force (ehemal. Jugoslawien, seit März 1992)
UNOSOM	UN Operation in Somalia (seit Juni 1992)
UNOSOM II	erweiterte UN-Operation in Somalia (seit Mai 1993)
ONUMOZ	UN-Einsatz in Mosambik (seit 1992)

Zusätzlich gibt es bereits seit langem Einsätze im Nahen Osten (UNTSO, seit 1948; UNIDOF, seit 1974; UNIFIL, seit 1978), in Indien/Pakistan (UNMOGIP, seit 1949) und in Zypern (UNFICYP, seit 1964).

brennen. Unter solchen Voraussetzungen einen Erfolg zu erwarten wäre naiv.

Die UNO als Machtinstrument

Die Realität der UNO heute wird auf der einen Seite von den wachsenden Ansprüchen an ihre Arbeit und den zahlreichen Regionalkonflikten bestimmt. Auf der anderen Seite hängt sie von sehr wenigen großen Mächten im UNO-Sicherheitsrat ab. Dort ist seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion (eigentlich schon etwas länger) die Machtfrage geklärt: die USA dominieren unter Assistenz Großbritanniens und Frankreichs, Rußland ist wirtschaftlich und - zum Teil - politisch so stark vom Westen abhängig, daß es keine grundsätzlich abweichende Politik betreiben kann, und die VR China läßt sich ihre Zustimmung oder Enthaltung von Fall zu Fall politisch honorieren - etwa durch Aufgabe seiner Isolierung nach dem Massaker in Peking. Der UNO-Sicherheitsrat entscheidet über die konkreten Aktivitäten der UNO, und er selbst wird gegenwärtig von den USA und ihren Verbündeten dominiert.

Das Ergebnis besteht natürlich und bedauerlicherweise darin, daß die UNO zum Instrument weniger Mächte geworden ist. Zuerst einmal sollte man nicht vergessen, daß die Vereinten Nationen ohnehin keine unabhängige, selbständige Organisation sind oder sein können: es handelt sich schließlich um den Zusammenschluß von Regierungen. Die UNO war nie mehr als das, was ihr die wichtigsten Mitgliedsregierungen zu sein gestatteten. Und da sich zwischen den Schlüsselregierungen aufgrund des sowjetischen Zusammenbruchs die Gewichte drastisch verschoben haben, gilt das auch für die Machtverhältnisse in der UNO.

Als Beispiele mögen nur Verweise auf die bizarre und völkerrechtlich fragwürdige Politik des Sicherheitsrates gegenüber Libyen oder bestimmte Elemente der Politik gegenüber dem Irak dienen. In diesem Fall trugen die Resolutionen der UNO häufig Ermächtigungscharakter für eine zuvor in Washington und London bereits entschiedene Politik. Oft waren sie so breit formuliert, um praktisch jede Politik der großen Mächte legitimieren zu können ("alle erforderlich scheinenden Maßnahmen"). Und nicht selten gingen die Golfkriegsalliierten sogar noch über diese Ermächtigungen hinaus, beriefen sich aber trotzdem auf die UNO - etwa bei den Luftangriffen im Januar 1993, denen jede völkerrechtliche Basis fehlte. Diese Tendenz ist nicht nur fragwürdig, sie führt mittelfristig zu Entwicklungen, die die UNO als potentielles Schlichtungs- und Vermittlungsorgan schwächen oder entwerten. Nehmen wir ein Beispiel. Selbstverständlich ist die irakische Regierung eine besonders repressive und brutale Diktatur. Wen das interessiert hätte, dem wären auch vor dem August 1990 ausreichende Belege dafür zugänglich gewesen. Auch die Forschung an und Entwicklung von Massenvernichtungswaffen durch den Irak ist weder neu noch vernünftig.

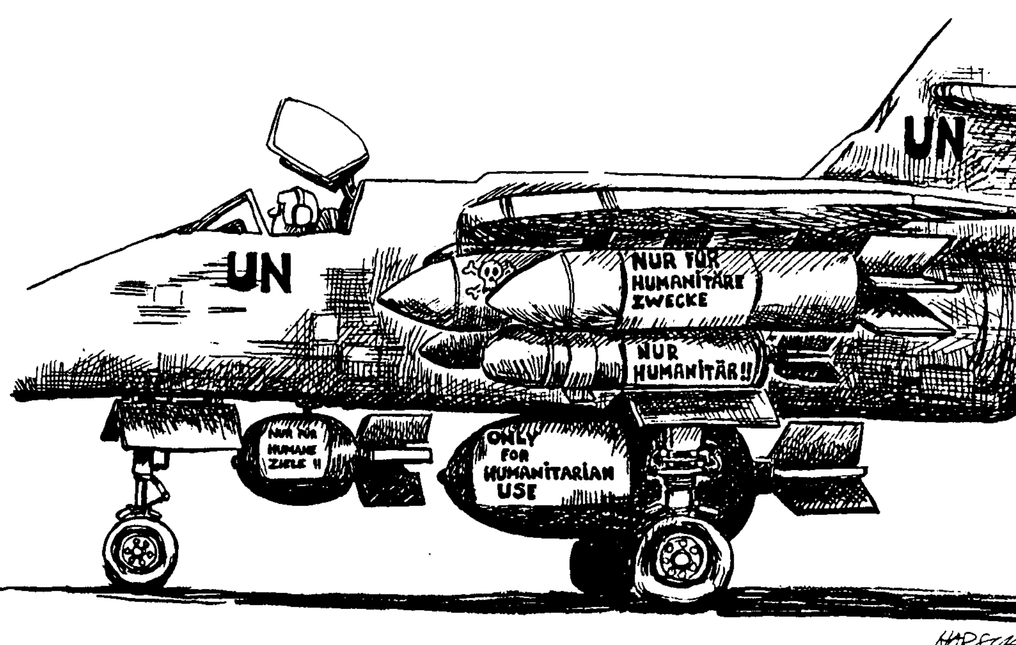
Als Folge des zweiten Golfkrieges steht der Irak faktisch unter einer Vormundschaft der UNO, die u.a. mit dem Schutz seiner Minderheiten und der Beseitigung der Massenvernichtungswaffen begründet wird. Von einer Souveränität der - zweifelsfrei verbrecherischen - irakischen Regierung auf ihrem eigenen Staatsgebiet kann heute keine Rede sein. Nun ist eine Schwächung einer solchen Regierung an sich kein Nachteil. Aber: warum werden die ebenfalls brutalen und diktatorischen Regime in Syrien oder Saudi Arabien, warum die ebenfalls Kurden massakrierende (und Nordzypern gewaltsam besetzt haltende) Türkei, warum zahllose andere Staaten in der gleichen Kategorie nicht ebenso behandelt? Syrien, Ägypten, Libyen, der Iran und Israel verfügen über Massenvernichtungswaffen - warum werden sie dort nicht zwangsweise zerstört? Und: wieso ist es eigentlich legitim, daß Länder, die selbst gigantische Vorräte an Massenvernichtungswaffen vorrätig halten, ähnliche Waffen in anderen Ländern vernichten - und nicht bei sich selbst? Die Antworten sind einfach: es geht eben nicht um Völkerrecht, um Diktatur und Repression. Es geht nicht einmal im engeren Sinne um Massenvernichtungswaffen, sondern es geht um nationale Machtinteressen. Und das Problem der UNO besteht genau darin, daß sie heute - beispielsweise im Fall Irak - gegenüber einem einzelnen Land Prinzipien durchsetzen soll, die prinzipiell auf drei dutzend weitere Länder zuträfen. Praktisch bedeutet das allerdings, daß es eben nicht um diese - richtigen - Prinzipien geht, sondern um die Schwächung eines Landes aus politischen Gründen - weshalb sich ebenso verbrecherische Regime an dieser hochmoralischen Veranstaltung beteiligen dürfen. So wird aus der UNO eine moderne Kolonialbehörde, die ständig das Völkerrecht und andere nützliche Regelungen im Munde führt, während sie den vorherrschenden



Die UNO wird als neutrale und unabhängige Instanz nicht mehr ernstgenommen.

Großmächten machtpolitisch zuarbeitet.

Ein Ergebnis läßt sich heute schon überall in der Dritten Welt beobachten: Die UNO wird als unabhängige und neutrale Instanz nicht mehr ernstgenommen, sondern als bloßes Machtmittel des Westens betrachtet. Diese Einschätzung gilt übrigens nicht allein bei Ländern mit Distanz zum Westen, sondern selbst massiv pro-amerikanische oder pro-franzosische Diplomaten aus der Dritten Welt stimmen diesem Urteil mit großer Selbstverständlichkeit zu. Sogar die meisten Regierungen aus der breiten Golfkriegsallianz gegen Saddam sind dieser Auffassung. Eine zukünftige konstruktive Rolle der UNO in Konflikten der Dritten Welt hängt aber im großen Maße davon ab, ob sie als unabhängig und neutral glaubwürdig ist - und dies auch tatsächlich einlösen kann. Sobald die UNO als bloße Fortsetzung westlicher Politik mit anderen Mitteln erscheint, kann sie einige ihrer notwendigsten Funktionen nicht mehr erfüllen. Heute stehen wir genau an der Schwelle zu dieser Situation.



Der UNO eine Zukunft?

Es stellt sich die Frage, ob aus der UNO tatsächlich ein Instrument werden kann, das zum Gegenpol der imperialen Politik von Nationalstaaten statt zu seinem Instrument würde. Aus zwei Richtungen drohen nach dem Ende des Kalten Krieges Tendenzen, das internationale System zu zersetzen: einmal durch das Aufbrechen zahlreicher neuer und alter ethnisch, nationalistisch oder religiös inspirierter Konflikte; andererseits droht eine Epoche informeller Rekolonialisierung, eine historische Phase, in der wenige Großmächte dem Rest der Welt ihre Regeln diktieren. Die UNO würde erst dann zu einem Faktor tatsächlicher Friedenspolitik (statt zur Agentur des Konfliktmanagements im Auftrag der Großmächte), wenn sie einige praktische Bedingungen erfüllte:

- Erstens müßte es ein Instrumentarium geben, das vor Willkür durch den UNO-Sicherheitsrat selber schützt. Was sollen kleine Länder tun, wenn der Sicherheitsrat aus taktischen oder politischen Gründen Beschlüsse faßt, die entweder selbst völkerrechtswidrig sind oder nur Gefälligkeitscharakter gegenüber den Großmächten tragen? Wie schützt man sich vor Übergriffen oder ungerechtfertigten Interventionen seitens der UNO? Genauso, wie Bürger eines Staates das Recht brauchen, gegen ihre Regierung oder sogar das Parlament klagen zu können, genauso braucht man hier einen Schutzmechanismus.

- Zweitens müßte sichergestellt sein, daß die UNO nicht nur kleine oder schwache Länder diszipliniert (etwa am Bruch des Völkerrechts hindert), sondern alle und im gleichen Maße. Das gebietet erstens der Gleichheitsgrundsatz, zweitens aber auch die praktische Vernunft: Übergriffe von starken Mächten sind sowohl wahrscheinlicher als auch gefährlicher als die von schwachen. Deshalb muß die Diskussion gerade darum geführt werden, wie die dominierenden Mächte kontrolliert und eingedämmt werden können.

Diese beiden Fragen sind ebenso leicht gestellt wie schwer beantwortet. Daß die "Realpolitik" - also die realen Kräfteverhältnisse - schnelle Lösungen unwahrscheinlich macht, trifft zu, zeigt aber nur ihre Wichtigkeit. Sie sind eng mit dem Problem einer Demokratisierung der UNO verknüpft, einem Konzept, über das viel geredet wird, aber für das es noch keine brauchbaren Konzepte gibt. Wie soll man eine Organisation aus - häufig diktatorischen - Regierungen demokratisieren? Das wird kaum nach dem Motto "Ein Land, eine Stimme" gehen, sonst hätten Indien und Kiribati das gleiche Gewicht, die USA ebensoviel wie Vanatu. Außerdem könnten die zahlreichen Diktaturen eine Mehrheit gegen demokratische Reformen bilden - kaum ein Ausdruck der Demokratisierung der UNO. Aber auch umgekehrt ist es nicht besser: Das Stimmgewicht nach Einwohnerzahl zu berechnen, würde bedeuten, daß die VR China und Indien zusammen so ziemlich den Rest des Globus dominieren könnten. Auch keine erfreulich demokratischen Aussichten.

Es soll hier nicht so getan werden, als ließe sich schnell eine Lösung aus dem Hut zaubern. Aber es ist doch interessant und beleuchtet den eigenartigen Charakter der bundesdeutschen Debatte, daß genau über solche Fragen bei uns nicht diskutiert wird. Wenn in der BRD das Wort UNO fällt, dann gibt es eine Blauhelmdebatte. Dann geht es darum, Soldaten schicken zu wollen. Die Rolle der UNO wird kaum thematisiert, nur die Beteiligung an einem bestimmten, militärischen Instrument, das vom amerikanischen Nachrichtenmagazin Newsweek über den britischen Economist bis zum Spiegel und zur FAZ inzwischen für wenig wirksam oder sogar zweifelhaft gehalten wird. Es wird Zeit, gegen diese Konjunktur eine Debatte darüber zu eröffnen, welche Spielräume es dafür gibt, die UNO vom Großmachtinstrument zu einer die Großmächte einschränkenden Organisation zu machen, die das Völkerrecht gegen alle gleichmäßig durchsetzt. Es wird Zeit, ernsthaft über Möglichkeiten der Demokratisierung der UNO - und nicht über eine Vergrößerung der Oligarchie des Sicherheitsrates - nachzudenken. Und es ist dringend nötig, über realistische Wege für die Lösung gewaltsamer Konflikte - von Bosnien bis Zaire, von Kambodscha bis Angola, von Afghanistan bis zur Westsahara - und vor allem über Konfliktvorbeugung zu sprechen, anstatt immer reflexartig nach dem Militär zu rufen. Schließlich sollten wir auch über die höchst unerfreuliche Möglichkeit nachdenken, ob es nicht sogar Konflikte geben mag, die durch externe Einflußnahme überhaupt nicht lösbar sind, nicht mit politischen, nicht mit wirtschaftlichen und auch nicht mit militärischen Mitteln. Unser berechtigter Wunsch nach Lösung gewaltsamer Konflikte muß nicht unbedingt die Fähigkeit hervorbringen, diese auch zustande zu bringen. Was machen wir dann? Trotzdem die UNO zur Intervention auffordern, um nachzuweisen, daß wir nicht "untätig" gewesen sind?

Jochen Hippler

Dieser Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem Buch: Volker Matthies (Hg.): „Frieden durch Einmischung?", das im Oktober im Dietz Verlag erscheint.

Kriege nach Schema F?

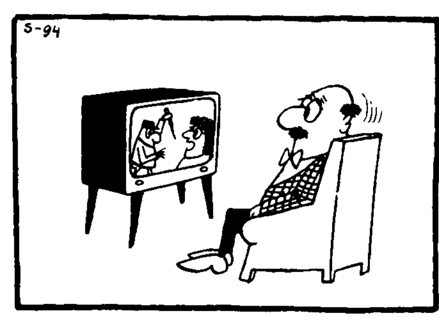
Neue Konfliktformen in der Dritten Welt

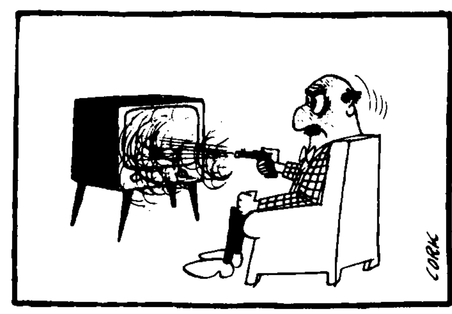
"Aber wir müssen doch etwas tun!" ist ein häufig vorgetragenes 'Argument' in der Debatte um das Für und Wider von Militärinterventionen. Daß dieser moralische Appell viel mit der Befindlichkeit der hiesigen Politik zu tun hat, wenig aber mit den Problemen, die gelöst werden sollen, zeigt Jochen Hippler in seinem Beitrag. 'Klassische' Militärstrategien, aber auch Blauhelmeinsätze, so seine These, tragen herzlich wenig zur 'Befriedung' der neuen Dritte-Welt-Konflikte bei.

Heute werden in der Welt - meist in der Dritten Welt - mehr als 50 Kriege geführt. In Europa besteht die Hauptreaktion darin, die meisten dieser Konflikte zu ignorieren und den Rest mißzuverstehen. Eigene Lösungsvorschläge beschränken sich oft auf die gerade die Tagesschau dominierenden Auseinandersetzungen (in letzter Zeit vor allem Bosnien) und haben häufig mehr mit der Befindlichkeit von Europäern als mit den Realitäten der tatsächlichen Kriege zu tun. Ein Ergebnis besteht darin, daß die politische Debatte einen stark rituellen oder symbolhaften Charakter annimmt: nicht das Beilegen konkreter Konflikte steht im Vordergrund, sondern künstlich überhöhte Glaubensfragen. Blauhelme, militärische Intervention, Wirtschaftssanktionen, eine Änderung des Grundgesetzes, Kampfeinsätze der Bundeswehr - ja oder nein? Die Wahl oder Ablehnung der Instrumente ist das Primäre - sie dient dem Nachweis der eigenen "Politikfähigkeit" und des eigenen Engagements, nicht der Lösung praktischer Aufgaben, über die nur nebenbei gesprochen wird.

Das Faszinierende an der Pseudodebatte ist eben die Tatsache, daß kaum jemals ernsthaft darüber nachgedacht oder gestritten wird, ob und auf welche Weise genau die Staaten der EG, der NATO oder die UNO "helfen" können. Diese entscheidende Frage wird ausgeblendet, statt dessen die Debatte auf Intervention ja oder nein verkürzt. Oft wird leidenschaftlich für humanitären Interventionismus und "robuste peacekeeping"-Operationen plädiert, ohne sich auf die Frage nach deren Erfolgsbedingungen, politischen, sozialen und militärischen Voraussetzungen näher einzulassen. Auch die Bedingungen, Möglichkeiten und Folgen eines Scheiterns von "gut gemeintem" Interventionsmus werden nicht durchdacht.

In diesem Beitrag soll es darum gehen, das Wesen, den allgemeinen Charakter von bewaffneten Dritte-Welt-Konflikten näher zu beleuchten. Denn erst wenn man das komplexe Zusammenspiel von politischen, sozialen, wirtschaftlichen und militärischen Faktoren verstanden hat, kann man die Wirkungsweise bestimmter Interventionsformen in einem konkreten Konflikt überhaupt abschätzen.





Die Befindlichkeit der hiesigen Politik.

"Kleine Kriege" vs "Kriege niedriger Intensität"

Militärische Planer haben sich oft über den Umgang mit Regionalkonflikten gestritten. Eher traditionelle und konservative Militärs zogen es nicht selten vor, sie vor allem als "Kleine Kriege" zu interpretieren. Das war sehr bequem und verführerisch. Nach dieser Sichtweise wären sie nämlich den großen Kriegen sehr ähnlich, nur halt von geringerem Umfang oder von geringerer Intensität. Militärische Interventionen wären vielversprechende Optionen zur Konfliktlösung: wenn ein Konflikt vor allem in militärischen Kategorien (wie Feuerkraft) interpretiert wird, dann ließe sich durch massives militärisches Eingreifen der Konflikt relativ leicht im eigenen Sinne steuern, beeinflussen oder beenden.

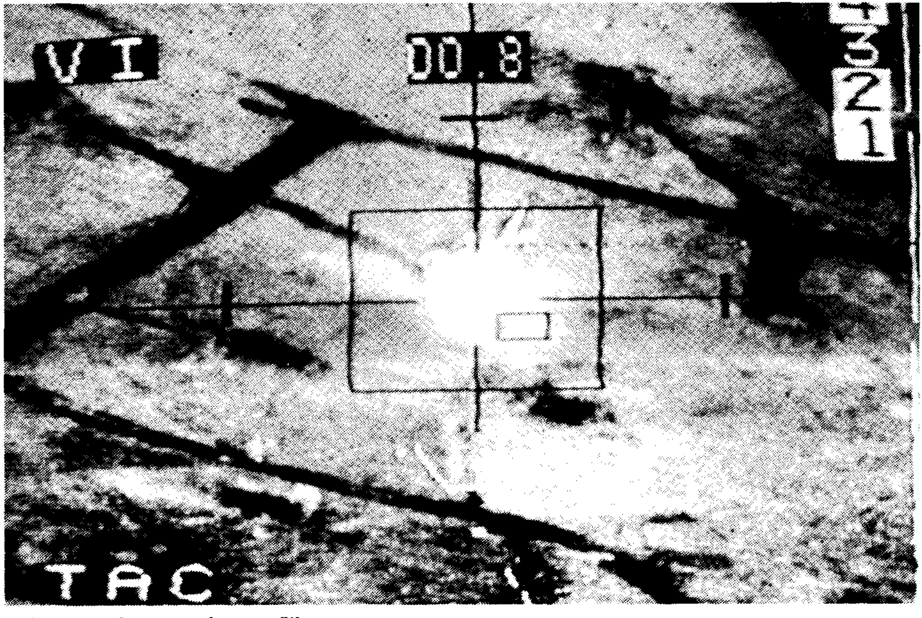
Kriege in der Dritten Welt - oder einigen anderen Regionalkonflikten (wie im ehemaligen Jugoslawien) - sind ziemlich blutige Angelegenheiten, aber oft keine Kriege im klassischen militärischen Sinne. "Richtige" Kriege, in denen sich traditionelle und konventionell ausgebildete NATO-Offiziere heimisch fühlen würden, sind eher die Ausnahme. Der Korea-Krieg der frühen fünfziger Jahre, Teilbereiche des Vietnam-Krieges, der erste (Iran-Irak) und der zweite Golfkrieg (Irak gegen USA und deren Verbündete) waren solche Ausnahmefälle. Große Streitkräftekonzentrationen, Panzerdivisionen, Luftkämpfe und Flottenaufmärsche - das sind Aufgaben, zu deren Management Offiziere vor allem ausgebildet und ausgerüstet werden.

Der klassische Fall: Krieg als Aufstandsbekämpfung

Regionalkonflikte in der Dritten Welt und "Kriege niedriger Intensität" tragen in der Regel stark politischen Charakter. Der sprichwörtliche Kampf um hearts and minds einer Zivilbevölkerung im Rahmen von Auf-

standsbekämpfungs-Kampagnen (Counterinsurgency) mag hier als Beispiel stehen. Counterinsurgency ist eine Konfliktform, die primär auf die Vorbeugung oder Verhinderung eines offenen Bürgerkrieges, Aufstandes oder ähnlichen (para)-militärischen Konfliktes zielt. Wären sich entwickelnde Aufstandsbewegungen in Ländern der Dritten Welt rein oder vorwiegend militärisch zu zerschlagen, dann wäre eine Counterinsurgency-Kampagne überflüssig.

Guerillabewegungen können nicht beliebig geschaffen werden, und sie entstehen nicht ohne die notwendigen Voraussetzungen. Ohne die zumindest teilweise Delegitimierung einer Regierung oder eines Regimes und ohne die dazu meist instrumentellen wirtschaftlichen Probleme, einen Verfall des Lebensstandards, ohne diktatorische oder autoritäre Herrschaft, Menschenrechtsverletzungen, Verfolgung von Minderheiten und ähnliche Situationen wäre es kaum denkbar, einer Guerillabewegung die nötige soziale Basis zu verschaffen. Und ohne soziale Basis ist Guerillakampf unmöglich, er sänke sofort auf das Niveau von Räuberbanden und wäre damit polizeilich schlagbar. Eine potentielle soziale Basis erhalten Guerillaverbände nicht durch sich selbst, sondern aufgrund der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Lage in ihrem Land. Sie mögen diese Ausgangslage dann für sich nutzen können oder daran scheitern, aber sie können sie nicht schaffen.



Keine typische Form der Konfliktaustragung: Der High-Tech- Krieg am Golf.

Wer Aufstandsbewegungen, Guerillakrieg oder Aufstandsbekämpfung hauptsächlich in militärischen Kategorien interpretieren möchte, kann den Kern dieser Phänomene nicht wirklich erfassen. Es handelt sich immer um primär politische und sozioökonomische Prozesse, die zusätzlich auch über eine militärische Dimension verfügen. Selbst wenn der Krieg sehr blutig verläuft, so ist der militärische Aspekt doch nur eine Konfliktebene neben anderen - und nur selten die wichtigste. Westliche - und spätestens seit der Afghanistan-Erfahrung auch russische - Militärexperten haben diesen Tatbestand verstanden, auch wenn er ihnen eher unangenehm ist.

Counterinsurgency will vor diesem Erfahrungshintergrund zwei miteinander verbundene Ziele erreichen: einmal die Umformung (und "Modernisierung") einer Gesellschaft der Dritten Welt und ihres Staatsapparates nach Kriterien, die diese "funktionsfähig" werden lassen und zugleich Kontrolle garantieren. Zweitens zielt sie auf eine Trennung von Guerillabewegung (oder anderen Formen von Fundamentalopposition) von der Bevölkerung entweder durch politisch-ökonomische Anreize und/oder durch militärischen Zwang und geographische Trennung. Daß es sich bei diesen Aufgaben nicht um "klassische" Militäreinsätze handelt, ist offensichtlich. Dies ist auch der Grund dafür, daß Counterinsurgency starker Elemente von Wirtschaftshilfe, von Entwicklungshilfe, von psychologischer Flankierung und diplomatischer Initiativen bedarf.

Ein strategisches Problem von Counterinsurgency besteht oft darin, daß sich seine militärisch/repressiven und seine entwicklungsorientierten Elemente gegenseitig behindern. Es sollte also nicht vergessen werden, daß selbst innerhalb primär "politischer" Counterinsurgency-Kampagnen oder anderer Formen von low-intensity conflict (LIC) der militärische Aspekt von hoher und unverzichtbarer Bedeutung ist. LIC bedeutet eben nicht, "militärische Lösungen" durch "politische" zu ersetzen, sondern die Aufhebung der Unterscheidung von "militärisch" und "zivil". So eindeutig "nicht-militärische" Verhaltensweisen, wie Streiks und Demonstrationen, können beispielsweise in LIC-Situationen als "Kriegsakte" begriffen werden, während andererseits das Militär mit medizinischer Versorgung der Dorfbevölkerung oder der Erstellung von Infrastruktur mit "zivilen" Aufgaben (civic action) beschäftigt sein kann. In diesem Sinne sind unter LIC-Bedingungen zivile Praktiken völlig militarisiert, zugleich militärische Aktivitäten ganz politisiert, so daß ein Gegenüberstellen kaum noch sinnvoll ist.

Krieg und Chaos

Krieg in der Dritten Welt ist oft eine gewaltsame Ausdrucksform sozialen Wandels oder des Versuches, diesen aufzuhalten. Jede Form der Intervention, gleichgültig ob durch Truppen, durch Wirtschaftshilfe, Blauhelme, humanitäre Operationen, ist daher immer auch zugleich ein Akt politischer Gestaltung oder Destruktion, ein Akt der Gesellschaftspolitik. Intervention ohne Parteinahme ist unmöglich. Jede Intervention wirkt gestaltend auf die Gesellschaft, in die sie erfolgt. Die Frage ist nur, ob sie zu den erstrebten Ergebnissen oder zu ganz anderen führt.

Aufstandsbekämpfung, Guerillakrieg und die damit verbundenen Interventionsformen sind die "klassischen" Fälle von Regionalkonflikten und Interventionen in der Dritten Welt - wenn man von der Kategorie konventioneller Kriege (Korea, Golf) einmal absieht. Aber es wird zunehmend deutlich, daß eine andere Konfliktform an Bedeutung gewinnt: gewaltsame Auseinandersetzungen, die mit dem Zerfall einer Gesellschaft verknüpft sind. Es geht dabei vor allem um Situationen, in denen die internen Verhältnisse eines Landes oder einer Region sich dem Chaos nähern. Wir haben oben darauf hingewiesen, wie komplex Situationen von Konflikten niedriger Intensität in der Regel sind, selbst wenn im Zuge von Counterinsurgency-Operationen die Lage eigentlich noch übersichtlich erscheint. Was aber, wenn Interventionen in eine Umgebung erfolgen, in der die Gesellschaft zerfallen ist, in der vielleicht keine staatlichen Instanzen mehr funktionieren, in der der Banden- oder Stammeskrieg die höchste soziale Organisationsform darstellt? Was sollen und was können Interventionen - mögen sie imperial oder humanitär intendiert sein - in einem solchen Kontext erreichen? Viele Teilnehmer der gegenwärtige Debatte über humanitären Interventionismus machen sich die Antwort leicht: Interventionen sollen die Lage entspannen und stabilisieren, sie sollen humanitäre Hilfe leisten, und die unkontrollierte Gewalt beenden. Die wohlmeinenden Diskutanten machen sich selten die Mühe zu erklären, wie diese guten Ziele in Situationen des Chaos erreicht werden sollen.

In ethnisch-religiösen Bürgerkriegen, in denen die Massaker "unkontrolliert", spontan begangen werden, in denen das Kämpfen Banden oder Clans überlassen bleibt, in denen ethnische Minderheiten nicht allein oder hauptsächlich von einer brutalen



"Die bewaffneten Konflikte der Dritten Welt sind fast immer politisch und wirtschaftlich motiviert." Peruanisches Militär mit deutschen G3-Gewehren von Heckler und Koch.

Regierung verfolgt, sondern von ihren eigenen Nachbarn umgebracht werden - in solchen Situationen ist es schwierig, die konkreten Aufgaben einer Interventionstruppe präzise anzugeben. Gegen das Unrecht, die Gewalt und das Morden zu sein, ist einfach, aber gegen welche Gruppen, Grüppchen und Personen soll man vorgehen? Und auf welche Art? Eine unbotsmäßige Regierung zu disziplinieren mag noch relativ einfach erscheinen (obwohl nicht einmal der Golfkrieg vermochte, Saddam Hussein auf eine pro-westliche Linie oder zur Abdankung zu zwingen) - aber eine zerfallene Gesellschaft zum Frieden zu zwingen, ist ebenso wünschenswert wie schwierig. Diese Problematik erreicht dann ihren Höhepunkt, wenn das Morden nicht mehr von politischen Instanzen oder Militärkommandanten befohlen, sondern an der sozialen Basis einer Gesellschaft von den Zivilisten selbst besorgt wird. Eine solche "Demokratisierung" des Krieges ist der Endpunkt der gesellschaftlichen Auflösung.

Der Zerfall eines Staates

Der Krieg verselbständigt sich, er kann kaum noch durch Waffenstillstände oder Friedensabkommen beendet werden, weil es immer weniger Autoritäten gibt, die solche Vereinbarungen eingehen oder durchsetzen könnten. Der Krieg ist "demokratisiert", er wird nicht mehr auf der Basis von Befehl und Gehorsam geführt, sondern jede Bande entscheidet selbst über Feuerpause und Massaker. Als Folge bricht dann auch das zivile Leben zusammen: die Nahrungsmittelversorgung wird schwierig, Nahrungsmittel oder Energie und Heizstoffe fehlen oder werden unerschwinglich teuer. Plünderungen nehmen zu. Die Wasserversorgung und sonstige Infrastruktur, selbst die medizinische Versorgung kommen zum erliegen oder werden zum Privileg der Warlords und Kriegsgewinnler.

Der Zerfall eines Staates und seiner Verwaltung, die Schwächung und schließliche Auflösung staatlicher Infrastruktur und das Auseinanderbrechen und die Zersplitterung einer Armee in zuerst Milizen und bald nur noch konkurrierende Banden oder kleine, bewaffnete Gruppen - all das vollzieht sich parallel zur Auflösung der Gesellschaft und als dessen Ausdruck. Politische, soziale und ökonomische Organisationen und Strukturen zerbrechen, werden funktionsunfähig oder verschwinden. Situationen des Chaos entstehen dann, wenn diese gesellschaftlichen und staatlichen Verfallsprozesse nicht zu neuen Organisations- und Vergesellschaftungsformen führen, wenn aus dem Zusammenbruch keine neue Macht- und Ordnungsstruktur entspringt. Dann sind nicht nur konventionelle militärische Lösungen ausgeschlossen, sondern auch die erprobten Konzepte der Counterinsurgency kaum anwendbar: es gibt ja keinen Machtkampf zwischen Guerilla und Regierung, es gibt ja überhaupt keine funktionierende Regierung, selbst wenn sie dem Namen nach noch existieren mag. Counterinsurgency will die Machtstruktur im Staat erhalten und die bewaffnete Opposition von dieser Macht ausschließen. Wenn der Staat sich aufgelöst hat und nicht zwei oder drei, sondern dutzende oder hunderte von bewaffneten Einheiten gegeneinander kämpfen, verliert Counterinsurgency ihren Sinn - und damit verschwindet eine der funktionalen Grundlagen für die meisten Interventionsformen.

UNO-Truppen (gleichgültig ob Blauhelme, "robuste peacekeeping"-Einheiten, oder Truppen mit Kampfauftrag) werden in der gegenwärtigen Debatte allerlei sinnvolle Aufgaben zugedacht. Die Überwachung oder Durchführung von Wahlen, die Entwaffnung von Guerillaverbänden, die Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Nahrung und medizinischer Versorgung, die Organisierung von Verhandlungs- und Vermittlungsprozessen, die Verhinderung von Verbrechen, den Schutz der Menschenrechte - um nur einige Beispiele zu nennen. All dies ist so wünschenswert wie nötig. Aber kaum jemand erklärt, wie in Situationen des Chaos diese Ziele praktisch erreicht werden sollen. Die Erreichung vieler dieser Aufgaben setzt eine existierende Infrastruktur, eine zumindest notdürftig funktionierende

Verwaltung und die Bereitschaft der diversen politischen Autoritäten zur Kooperation voraus. In zerfallenen Gesellschaften ohne Staat können diese Voraussetzungen allesamt oder zum Teil fehlen.

Interventionsvoraussetzungen

Eine erfolgversprechende Intervention braucht eine soziale, politische und administrative Basis im Zielland. Sie muß sich auf funktionierende und stabile Strukturen stützen können - das ist eine der wichtigsten Erfahrungen der Interventionen der letzten fünf Jahrzehnte, insbesondere der Counterinsurgency. Jede Intervention, die nicht nur kurzfristige und oberflächliche Ziele verfolgt - wie etwa die US-amerikanischen Luftangriffe auf Libyen im März und April 1986 - braucht Infrastruktur im Zielland sowie einen politischen und sozialen Sektor, auf den sie sich stützen kann. Interventionen in eine Regionalkrise, gleichgültig ob imperial oder humanitär gemeint, stehen damit vor einem Dilemma. Entweder sie ergreifen Partei für eine (oder mehrere) Konfliktparteien, etwa für eine Regierung oder Oppositionsbewegung im Rahmen von Counterinsurgency. In diesem Fall hängt der Erfolg der Intervention sehr stark davon ab, wie legitim, politisch verankert und effektiv die unterstützte Seite ist. Die Intervention selbst erfüllt eine Hilfsfunktion, aber die Hauptlast zur Erfüllung des Interventionszieles liegt bei der unterstützten politischen Kraft. Diese mag gefördert, finanziert, beschützt und bewaffnet werden - ein Erfolg der Operation setzt den Erfolg des lokalen Klienten voraus. Das ist der klassische Fall von Operationen bzw. Kriegen niedriger Intensität: Counterinsurgency oder Contra-Operationen. Solche Operationen sind schwierig genug, wie nicht nur der Vietnamkrieg und die sowjetische Intervention in Afghanistan belegt haben. Oft existiert überhaupt keine kompetente oder unterstützenswerte Konfliktpartei, so daß sich nur die Wahl zwischen zwei Übeln stellt.

Die noch unangenehmere Alternative besteht darin, sich auf keine Konfliktpartei stützen zu können oder zu wollen, sondern deren Rolle mitübernehmen zu müssen. Das gilt insbesondere in Situationen des Chaos, in Ländern, deren soziale und politische Struktur zerfallen ist oder absehbar zerfällt. Gleichgültig, ob es um die Dominierung eines Landes der Dritten Welt, ob es um die Durchführung von Landreformen, um Aufstandsbekämpfung, um Nahrungsmittellieferungen oder um die Durchführung von Wahlen und die Entwaffnung von Milizen geht - ohne einigermaßen funktionierende Strukturen im Zielland werden konstruktive wie destruktive Maßnahmen schwierig. Um Wahlen zu organisieren, Reformen nicht nur zu dekretieren, sondern auch durchzuführen, verfolgte Menschen vor Kriegsverbrechen zu schützen, Sicherheit vor bewaffneten Banden zu gewähren und diese zu entwaffnen - all das und die anderen sinnvollen Maßnahmen sind leichter verlangt als umgesetzt, wenn man sich nicht auf funktionierende Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen stützen kann. Wer diese Ziele wirklich ernsthaft durch eine externe Interventionstruppe übernehmen lassen möchte, plädiert für eine Kolonialverwaltung - allerdings eine über Nacht zu installierende, und ohne viele der Voraussetzungen, über die eine klassische Kolonialverwaltung normalerweise verfügt. Sprachkenntnisse, Vertrautheit mit der fremden kulturellen Umgebung, die Kenntnis über die Operationsweise, die Motivation und den Aufenthaltsort bewaffneter Banden, Allgegenwart im ganzen Land und bis ins kleinste Dorf, und praktisch grenzenlose Finanzmittel - das sind einige der Voraussetzungen des Erfolges.

Außerdem wäre er nur dann wirklich wahrscheinlich, wenn die allermeisten der Konfliktparteien- und Gruppen zur Kooperation bereit sind. Sollte dies nicht der Fall sein, dann können auch humanitäre Interventionen leicht zu normalen Kriegseinsätzen werden. Die Interventionstruppe würde dann zwischen die "Fronten" geraten und zu einer zusätzlichen Bürgerkriegspartei, allerdings zu einer, die sich im Lande nicht einmal sonderlich gut auskennen würde. Humanitären Absichten diente man so nicht, sondern trüge eher zu einer weiteren Komplizierung und Verschärfung des Krieges bei. Die Katastrophe der "humanitären" Intervention der USA, Großbritanniens, Italiens und Frankreichs im Libanon - und die baldige Flucht aus dem Land 1983/84 - ist ein lehrreiches Beispiel.

All dies ist kein Plädoyer gegen Hilfsmaßnahmen in Krisen- und Kriegssituationen, im Gegenteil. Aber es soll doch zur Vorsicht gemahnt werden, die Aufgaben nicht zu unterschätzen und "humanitäre Interventionen" oder "robuste peacekeeping"-Maßnahmen für einfach, häufig anwendbar oder regelmäßig sinnvoll zu halten. Wer schematisch nach Interventionen ruft, um Konflikte zu lösen und humanitäre Aufgaben zu erfüllen, der hat oft keine politische oder wirtschaftliche Lösungsperspektive. Und darin liegt der entscheidende Haken: wer über solche politischen und wirtschaftlichen Persektiven nicht verfügt, der plädiert für militärische Mittel als Ersatz für Politik. Intervention wird zur Ersatzhandlung angesichts der eigenen Hilf- und Perspektivlosigkeit. Aber genau das führt leicht in die Katastrophe: Die bewaffneten Konflikte der Dritten Welt sind fast immer politisch und wirtschaftlich fundiert und auch nur so zu lösen. Dies zu ignorieren oder trotz dessen auf primär militärische Mittel zu setzen, ist ein Spiel mit dem Feuer.

Jochen Hippler

Dieser Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem Buch: Volker Matthies (Hg.): „Frieden durch Einmischung?", das im Oktober im Dietz Verlag erscheint.

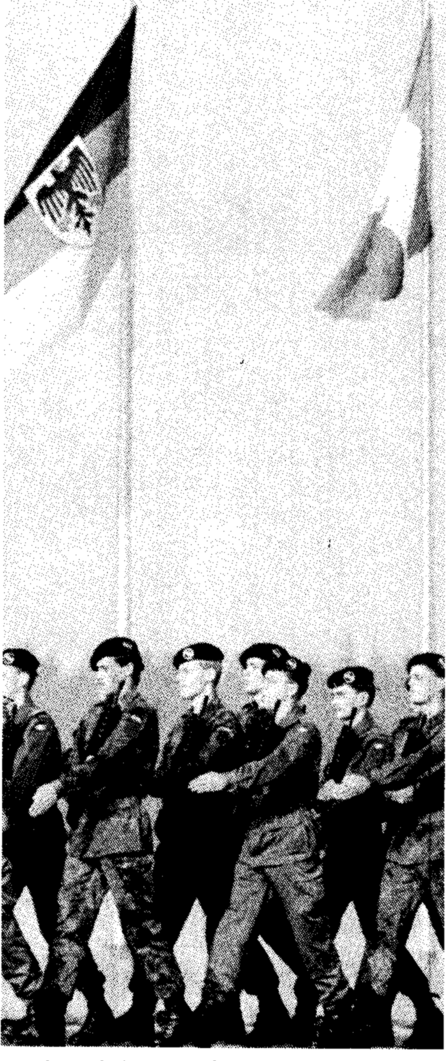
Wandel wohin ?

Militärpolitische Innovationen von Bundeswehr, NATO und WEU

Von der Öffentlichkeit fast unbemerkt hat ein Paradigmenwechsel in der deutschen Sicherheitspolitik stattgefunden. Getarnt als 'Risikovorsorge' verabschiedet sich die Bundeswehr von einer reinen Verteidigungspolitik. Ob diese Entwicklungen nationale Alleingänge der Bundesrepublik möglich machen sollen oder aber weiterhin unter dem Dach der NATO bzw. WEU stattfinden, ist nach den Autoren des folgenden Artikels noch nicht ausgemacht.

Es gibt gute Gründe, die ganze Diskussion über Out-of-Area- Einsätze der Bundeswehr für ein Scheingefecht zu halten. Denn der Grundsatz deutscher Außenpolitik, daß die Bundeswehr nicht außerhalb des NATO-Gebiets (out of area) eingesetzt werden solle, ist nicht erst durch die Politik des Fakten-Schaffens der letzten Jahre aufgegeben worden - wie z.B. durch den AWACS-Einsatz der Bundeswehr zur Übernahme der Feuerleitung für US-Angriffe während des 2. Golfkrieges, die Entsendung von 150 Sanitätssoldaten nach Kambodscha oder die Verlegung von Soldaten nach Somalia.

Bereits zu Zeiten des Kalten Krieges sind ca. 5.000 Bundeswehrsoldaten in über 50 Staaten (überwiegend außerhalb des NATO-Gebiets) präsent gewesen. In großteils internen Dokumenten des Bundesverteidigungsministeriums läßt sich pikanterweise u.a. die Zusammenarbeit der Bundeswehr mit der somalischen Polizei des damaligen Unrechtsregimes von Diktator Siad Barre nachlesen oder die Mitwirkung von Bundeswehrexperten bei der Planung eines Kommunikations- und Führungssytems sowie dem Aufbau einer Marinebasis in Indonesien. Das letztgenannte Beispiel verdeutlicht die enge Verflechtung zwischen den Interessen der Rüstungsindustrie und den Auslandseinsätzen der Bundeswehr. Für die genannten Vorhaben erwartete die Industrie Aufträge von mehreren 100 Mio. DM. Daß Indonesien völkerrechtswidrig Ost Timor besetzt hält, hat die Bundesregierung nicht davon abgehalten, mit dem Land militärisch eng zu kooperieren.



Die deutsch-französische Brigarde - Beitag zur westeuropäischen Verteidigungsidentität.

Dieser Hinweis darf aber nicht über einen grundlegenden militärpolitischen Wandel, der sich durch die Einsätze der jüngeren Zeit abzeichnet, hinweg täuschen. Der Wandel ist bereits deutlich spürbar: Im Gegensatz zu den Zeiten des Kalten Krieges, wird jetzt nicht mehr (ausschließlich) nach einer Bedrohung gefragt, die nach der Zahl von Raketen und Panzern quantifizierbar sei, sondern vielmehr ist von Risiken für deutsche Sicherheitsinteressen die Rede. Worin diese Sicherheitsinteressen und Risiken liegen sollen, steht im sog. "Stoltenberg-Papier"[1]:

- Die "Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten",
- die "Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität",
- die "Erhaltung des nuklearen Schutzes und Einflußnahme auf die Entscheidungen der Nuklearmächte",
- die "Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen."

Nach dem Stoltenberg-Papier müssen "für die militärpolitische Beurteilung solche Risiken in den Mittelpunkt" gestellt werden, "die die Chancen einer friedlichen Fortentwicklung gefährden können". Dabei will man sich zwar "unter anderem (sic!) auf militärische Pontentiale" konzentrieren, die Beurteilung von Risiken soll nun aber "stärker unter einer möglichen Stabilitätsgefährdung", wie sie z.B. durch "globale Krisen" entstehen, erfolgen.[2]

Von der Verteidigung zur Risikovorsorge

"Risiko" ist der Schlüsselbegriff für einen militärpolitischen Paradigmenwechsel der nichts Gutes verheißt, denn die Definition von Sicherheit über den Begriff des Risikos entspringt einer autistischen und monomanen Denkweise.

Autistisch (einzelgängerisch) ist diese Definition, weil hierbei unter „Risiko" eine relativ unkalkulierbare und deshalb angstbe-

setzte Gefährdung verstanden wird, die nicht wie „Bedrohung" kollektiv, sondern individuell wahrgenommen wird. Dieses paßt zu unserer individualistischen Kultur, in der z. B. Umweltrisiken fälschlicherweise primär unter dem Aspekt der Gesundheitsgefährdung betrachtet werden. Die Bestimmung von Risiken ist höchst subjektiv und zufällig. Risiken sind nicht exakt zu kalkulieren, sondern können nur abgeschätzt werden, wobei Interessengruppen oder sogar Einzelpersonen versuchen können, ihre u. U. überängstliche Risikoeinschätzung zur Grundlage der "Verteidigungspolitik" zu machen. Ein gesellschaftlicher Konsens kann so schwerlich hergestellt werden. Dazu paßt es, daß die Regierung ohne Diskussionen Fakten schaffen will.

Monoman (starrsinnig) ist die Bestimmung von Sicherheit über den Begriff des Risikos, weil sie davon ausgeht, daß die eigenen Verhältnisse und die eigene Lebensauffassung nicht mitursächlich für die mögliche Gefahr sind. Bei dieser Bestimmung von Sicherheit wird der Grund eines Risikos immer außerhalb der eigenen Person und des eigenen Bereichs gesucht. Angesichts von innerstaatlichen Kriegen wie in Somalia oder Ex-Jugoslawien, Diktatoren wie Saddam Hussein oder auch einer politisch bedingten Rohstoffknappheit wie bei der Ölkrise 1973, wird nach diesem Paradigma eine kritische Selbstreflexion in den westlichen Industriestaaten, z.B. über die Energieverschwendung oder die wirtschaftliche Knebelung der sog. "3. Welt", noch weiter als bisher aus dem Blickfeld verschwinden.

Stattdessen wird eine Diskussion darüber geführt, was dort, in den "Krisenherden" mit militärischen Mitteln geändert werden muß. So würde eine neue Ölkrise nicht mehr zu autofreien Sonntagen und verstärkten Investitionen in energiesparende Techniken, sondern zu Erwägungen hinsichtlich einer Invasion und Besetzung der erdölproduzierenden Staaten führen. Wer sich von den Risiken bedroht fühlt, will den Risiken begegnen und ihnen vorbeugen. Risikovorbeugung erfordert Risikobereitschaft und Risikobereitschaft Konfliktbereitschaft, was auch ein offensives Vorgehen miteinschließt.

Da die Risiken immer außerhalb des eigenen Machtbereichs geortet werden, kann man auf sie nur einwirken, indem man über den eigenen Machtbereich hinausgreift. Erst die Weltherrschaft bzw. die totale Herrschaft kann das, was manche für Risiken halten, völlig ausschließen. Deshalb ist militärische "Risikovorsorge" die Verabschiedung von einer reinen Verteidigungspolitik. Art. 26 des Grundgesetzes, das Verbot eines Angriffskrieges, wird damit ausgehöhlt.

Neue NATO-Strategie

Auf NATO-Ebene ist die Wende zum Schlechteren, die bei der Bundeswehr noch ein Planspiel ist, schon längst vollzogen. Bereits vor den Umbrüchen von 1989 und 1990 hatte die NATO, durch ihre Konzepte der Vorneverteidigung und des atomaren Erstschlags, aggressive militärstrategische Momente. Politisch verstand sie sich aber als reines Verteidigungsbündnis, das erst bei einem Angriff auf das genau definierte Bündnisgebiet (area) tätig wird. Diese Beschränkung auf den klassischen Verteidigungsauftrag haben die NATO-Regierungschefs bereits auf ihrer Konferenz im November 1991 in Rom ausgehöhlt, indem sie in einem neuen strategischen Konzept festlegten, daß auch Risiken - wie die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen sowie Terror- und Sabotageakte - die Sicherheitsinteressen der NATO-Staaten berühren können. Mit diesem neuen Paradigma verfolgt die NATO eine zunehmend offensivere Strategie. Die Türkei z.B. rechtfertigt ihre Angriffe gegen den Nordirak und die Verfolgung der kurdischen Arbeiterpartei PKK mit diesem neuen strategischen Konzept.



Die neue militärpolitische Doktrin der 'Risikovorsorge' verhindert die Reflexion über 'hausgemachte' Krisen.

Umstrukturierungen der Bundeswehr

Gemäß dem Paradigmenwechsel von der Landesverteidigung zum Krisenmanagment "gewinnen in der Streitkräfteplanung" nach Ansicht der Bundeswehrführung "die Reaktionskräfte Vorrang"[3]. Dementsprechend versucht die Bundeswehr, an möglichst vielen Reaktionsstreitkräften der NATO zu partizipieren. An den Sofortreaktionsstreitkräften (Kampfbereitschaft in ca. 10 Tagen) wird neben der bisherigen Beteiligung insbesondere der Luftwaffenbeitrag qualitativ und quantitativ verstärkt. Beispielsweise kommen sechs Flugabwehrraketenstaffeln (drei Patriot, zwei Hawk und eine Roland) hinzu.

Die Reaktionskräfte (Kampfbereitschaft in ca. drei Monaten) nannte NATO-Generalsekretär Wörner das "Herzstück der neuen NATO-Militärstrategie".[4] Diese schnelle Eingreiftruppe ist im Herbst 1992 in Bielefeld offiziell gegründet worden. Sie soll aus zwei britischen, einer deutschen und einer multinationalen Division bestehen. Die integrierten Bundeswehreinheiten werden voraussichtlich 40.000 Mann betragen. Die Krisenreaktionskräfte sollen laut Verteidigungsminister Rühe nach modernstem Stand ausgerüstet werden.[5] Viele entscheidende Rüstungsvorhaben für die Neugestaltung der Streitkräfte werden überwiegend langfristig geplant. In diesem Jahrzehnt beschränkt sich die Bundeswehr weitgehend auf die Nutzung und Kampfwerterhaltung bzw. -steigerung bereits eingeführter Systeme.[6]

Aber auch Neubeschaffungen sind von der Hardthöhe bekanntgegeben worden bzw. sind in Planung: So werden bisher die fehlenden nationalen Lufttransportmöglichkeiten als Hemmschuh für Auslandseinsätze gesehen. Seit 1991 wird im Verteidigungsministerium an der Beschaffung zusätzlicher Luftransportkapazitäten gearbeitet. Kurzfristig soll eine Leistungssteigerung der vorhandenen Transall Flotte erreicht und vier Boing 707 im Dienst gehalten werden.[7] In das NATO-Konzept mobiler Eingreiftruppen fügt sich auch die bereits zu Zeiten des Kalten Krieges geplante Beschaffung von ca. 270 NATO-Transporthelikoptern (NH 90).[8] Daß mit dem NH 90 allerdings nicht nur

Transportaufgaben übernommen werden können, zeigt die Firmenwerbung von Messerschmitt-Bölkow-Blohm (MBB): In der Kampfversion läßt sich der Hubschrauber auch mit "Lenkwaffen, Kanonen und Raketen" bestücken.

Diese Planungen und Maßnahmen im Rahmen der NATO stellen alle anderen militärischen Bemühungen der Bundeswehr, bei denen sie mit den Armeen anderer Staaten zusammenarbeitet, in den Schatten. Dies entspricht aber nicht unbedingt den Wünschen der politischen und militärischen Führung in Deutschland. Das Stoltenberg-Papier betont die Notwendigkeit, nationale Führungsstrukturen aufzubauen, um notfalls auch alleine, so wie die USA gegen Panama 1989, gegen ein den "deutschen Interessen" zuwiderhandelndes Land vorgehen zu können.

Als erster Schritt in diese Richtung wird die Bundeswehr zu sog. 'humanitären Aktionen' geschickt. Dabei geht es um mehr als bloße Samariterdienste. Bei der gesamten Out-of-Area-Planung sind die Kontingente für die UNO von marginaler Bedeutung. Für die UNO werden zunächst zwei, später drei bis vier Bataillone mit leichter Bewaffnung zur Verfügung gestellt. Ein Bataillon hat rund 500 Mann. Es handelt sich also maximal um 2.000 Mann. Die sonstigen 'Krisenreaktionskräfte', die nicht der UNO zugute kommen sollen, zählen zehntausende von Soldaten mit schwerer Bewaffnung.[9]

Versuche, Möglichkeiten für ein von der NATO unabhängiges Vorgehen der Bundeswehr zu schaffen, gibt es nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer. Im letzten und vorletzten Jahr wurde wieder einmal versucht, eine sog. "europäische Verteidigungsidentität" zu schaffen. Diese Versuche sind aufgrund des energischen Widerstandes der USA und der NATO-Institutionen gescheitert.

WEU und europäische Verteidigungsidentität

Zum einen wurde bereits 1991 versucht, die Unterordnung der Westeuropäischen Union (WEU) unter die NATO, die bisher für einen Dornröschenschlaf der WEU sorgte, aufzuheben und sie zu einem militärpolitischen Instrument der westeuropäischen Staaten zu machen. Die Niederlande und Großbritannien blockierten dann aber diesen Plan, nachdem die USA mit diplomatischem Nachdruck gewarnt hatten, sie könnten und wollten nicht auf ihre Führungsrolle in der NATO verzichten. Dieser Vorfall zeigt, daß die USA immer noch über genügend wirtschaftliche und militärische Macht verfügen, um durch bloße diplomatische Äußerungen politischen Druck zu erzeugen.

Deshalb ist bis jetzt hinsichtlich der Führungsstruktur alles geblieben, wie es immer schon war. Die WEU bleibt weiterhin der NATO untergeordnet, was im einzelnen bedeutet, daß die WEU-Truppen im NATO-Bündnisfall dem gemeinsamen NATO-Kommando unterstehen. Daran hat auch die "Petersberger Erklärung" der Außen- und Verteidigungsminister der WEU-Mitgliedsstaaten im Juni 1992 nichts geändert. Zwar wurde beschlossen, daß die WEU auch Kampfeinsätze ohne Verteidigungsfall durchführen können soll, während sich die NATO auf ihrer Ministerratstagung in Oslo nur für friedenserhaltende Maßnahmen zur Verfügung gestellt hat. Aber die Planung und Durchführung der Einsätze soll mit den anderen Bündnisverpflichtungen der Mitgliedsstaaten, d.h. vor allem mit den NATO-Verpflichtungen, vereinbar sein. Außerdem zögerten manche Mitgliedsstaaten bei der Benennung der einzelnen Streitkräfte für die WEU, und bereits vor der "Petersberger Erklärung" war die neue NATO-Kommandostruktur so geplant worden, daß praktisch kein Raum für parallele WEU-Stäbe bleibt.[10]

Eurokorps

Ein anderer Versuch, eine "europäische Verteidigungsidentität" zu schaffen, war die Gründung des Eurokorps in Straßburg. Das Eurokorps ist eine Erweiterung der gemeinsamen Deutsch-Französischen Brigade, die seit 1988 besteht. Es soll bis 1995 einsatzbereit sein und dann 35.000 Mann umfassen. Die anderen westeuropäischen Länder waren von Anfang an zur Teilnahme eingeladen. Auf ihrem Gipfel in La Rochelle verkündeten der französische Präsident Mitterand und der deutsche Bundeskanzler Kohl am 22.05.92 offiziell die Gründung des Eurokorps und beteuerten dabei, es solle sich nicht um eine Konkurrenz zur NATO handeln. Dazu hatten sie auch allen Grund, denn die vorhergehenden Planungen zu dieser Neuerung waren auf großes Mißtrauen bei den USA und der NATO gestoßen, die auch nach dem Gipfel noch beklagten, der deutsche Verteidigungminister Rühe könne ihnen nicht befriedigend erklären, welchen Zweck denn das Eurokorps neben NATO und WEU haben solle. Immerhin hatte Rühe aber gesagt, daß dieses Korps auch unabhängig außerhalb des NATO-Gebiets bei Kriegen wie dem zweiten Golfkrieg 1991 eingesetzt werden solle. Die Unsicherheit über das Verhältnis des Eurokorps zur NATO wurde erst im Dezember 1992 beseitigt, als Frankreich grundsätzlich zusagte, seinen Teil des Eurokorps der NATO im Verteidigungsfall zur Verfügung zu stellen.[11] Damit wird dieses Korps nicht anders behandelt als die anderen Truppen der NATO-Mitgliedsstaaten.

Ob NATO, nationale Alleingänge mit der Bundeswehr oder europäische Kampfverbände, eine klare Gewichtung ist bei den gegenwärtigen Bemühungen der Bundesregierung und der Bundeswehr noch nicht erkennbar. Allen, die in den aktuellen Entwicklungen einzig das Großmachtstreben eines wiederentfesselten Deutschland sehen, muß entgegengehalten werden, daß vorläufig noch alle Optionen offengehalten werden sollen.

Lutz Siebert, Christoph Neeb

Anmerkungen:

1) Offizieller Titel des Grundsatzpapiers des damaligen Verteidigungsministers Stoltenberg: 'Militärpolitische und militärstrategische Grundlagen und konzeptionelle Grundrichtung der Neugestaltung der Bundeswehr'. Das Papier wurde im Januar 1992 vorgelegt und ist inzwischen in 'Verteidigungspolitische Richtlinien' und interne Dienstanweisungen umgesetzt worden. Die Arbeitsgruppe 'Out of area' im Netzwerk Friedenskooperative, Bonn hat in einem Dossier Nr. 1 das Stoltenberg-Papier veröffentlicht.
2) Ebd. S. 3.
3) Bundesverteidigungsministerium, Anlage zu FÜS VI 3 vom 15.6.92, zitiert nach O. Nassauer, Bundeswehrstruktur, ami 10/92, S. 16.
4) Tagesspiegel, 4.10.1992.
5) Badische Zeitung, 16.12.1992.
6) Vgl. Bundeswehrgeneralinspekteur Naumann, Europäische Sicherheit, 4/1992, S.196.
7) Vgl. W. Karl, ami 12/1992, S. 26f.
8) Vgl. J. Grässlin, Mobile Eingreiftruppen mit neuen Hubschraubern, in: Entrüstet Daimler, Hrsg.: Koordinierungskreis der Aktion 'Entrüstet Daimler 1993', S. 14.
9) Vgl. O. Nassauer, Bundeswehrplanung zwischen Wunschtraum und Wirklichkeit, in: Frieden 6/1992, S. 13ff.
10) Zur 'Petersberger Erklärung' der WEU vgl. ami 9/1992, S. 8ff.
11) Frankfurter Rundschau, 5.12.1992.



UNO-Bluff und Blauhelm-Trick

Deutsche Sonderwegsambitionen

Vordergründig wird über out-of-area-Einsätze der Bundeswehr diskutiert, hintergründig werden Fakten geschaffen. Für Jürgen Elsässer liegt die Richtung der gegenwärtigen militärpolitischen Neuorientierung auf der Hand: Es geht um den Aufbau eines neuen `Oberkommando der Wehrmacht', das nationale Alleingänge wieder möglich machen soll.

'Deutschland hat mit seiner Geschichte abgeschlossen, es kann sich künftig offen zu seiner Weltmachtrolle bekennen und soll diese ausweiten.' Helmut Kohl, Regierungserklärung vom 30. Januar 1991

Die Bundeswehr hat sich auf ihre neue Rolle längst eingestellt. Am 20. Januar 1992 präsentierte die Hardthöhe ein Leitlinien- Papier, das selbst die betuliche 'Süddeutsche Zeitung' aufschreckte: "Es wird das Bild einer Armee entworfen, die den Welthandel aufrechterhält, global den Zugang zu Rohstoffen sichert und allenthalben für Stabilität sorgt. Die Bundeswehr wird bei ihren Fähigkeiten also nicht bescheidener, sondern baut sie aus. Ohne politischen Auftrag und parlamentarische Legitimation sucht sie sich selbst neue Aufgaben; die Verfassung soll sich einfach anpassen" (13. 2. 1992). Zu den Herausforderungen, die die Bonner Strategen etwa im "Krisenbogen von Marokko bis Indonesien" (Generalinspekteur Naumann) ausmachten, hieß es in dem Papier verschwommen, daß solche Aufgaben "im kollektiven Einsatz" ausgeführt werden "sollten" - mögliche deutsche Alleingänge sind damit keineswegs ausgeschlossen. Noch krasser zeigt sich dieser Trend an der von der Regierungskoalition geplanten Verfassungsänderung. Elmar Schmähling, von der Hardthöhe geschaßter Admiral der Bundesmarine, hält mit dieser Grundgesetzrevision sogar einen erneuten Einmarsch nach Polen für möglich. "Natürlich nicht - das war ja auch damals nicht der Fall - indem man erklärt, wir überfallen jetzt ein anderes Land. Sondern indem man sagt, wir eilen einem anderen Land zu Hilfe. Dieser neue Begriff der Nothilfe, der von der CDU geschaffen worden ist, um die UNO zu umgehen, beinhaltet ja angeblich, im Falle eines Angriffs auf ein anderes Land diesem zu Hilfe zu kommen, bevor die Vereinten Nationen handeln."[1]



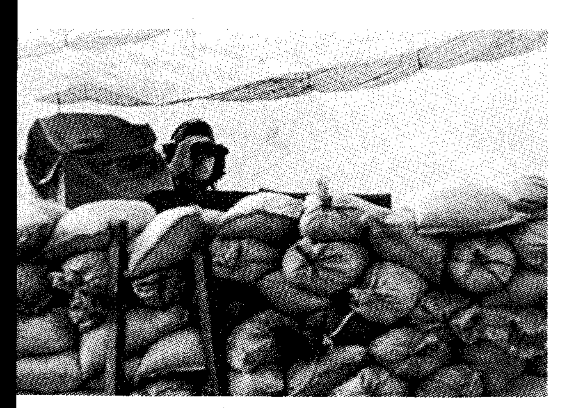
Deutsches Revival.

So behandeln Punkt 1 und 2 der Regierungsvereinbarung sog. Friedensmissionen bzw. Kampfeinsätze im UNO-Auftrag, in Punkt 3 jedoch befürwortet die Bundesregierung auch eine Grundgesetzänderung, die Militäreinsätze außerhalb des UNO-Rahmens ermöglicht - etwa, wenn irgendein Staat die Deutschen um 'Nothilfe' bittet. Germans to the front soll demnach möglich sein, wenn irgendein Staat die Deutschen um.'Nothilfe' bittet - das ist ein offener Bruch mit dem internationelnen Völkerrecht. Der Vergleich mit dem Nazi-Überfall auf Polen ist keineswegs leichtfertige Agitation: Exakt das von Schmähling entwickelte Szenario findet sich auch im letzten Buch des FAZ-Haushistorikers Arnulf Baring[2] - dort allerdings nicht als Horrorvision, sondern als vorbildliche Nachbarschaftshilfe ausgemalt.

Während die Öffentlichkeit dem UNO-Bluff und dem Blauhelmtrick voll aufsaß und eine Schein-Debatte um die Aufwertung der Vereinten Nationen und einen deutschen Militärbeitrag hierzu führte - wobei die linken Kritiker deutscher UNO-Einsätze auch noch den Sparringspartner für dieses Schattenboxen abgaben - wurden auf der Hardthöhe längst Fakten für militärische Sonderwege geschaffen.

Der NATO-Verbund wird ausgehöhlt

Hätte vor einigen Jahren ein Schlagabtausch zwischen NATO und Warschauer Pakt aufgrund des multinationalen Frontaufbaus automatisch den Bündnisfall für sämtliche Allianzmitglieder zur Folge gehabt, so kann heute, nach dem Wegfall der Frontlinie, jedes NATO-Mitglied fallweise einen Einsatz mittragen - oder auch nicht. Auf Initiative der Deutschen löst sich die NATO in viele Zweierbündnisse auf: Es gibt mittlerweile eine deutsch- französische Brigade, eine deutsch-amerikanische, eine deutsch-dänische eine deutsch-niederländische - so



Germans to the front - in Somalia schon Wirklichkeit.

kann fallweise mit dem Partner interveniert werden, der den eigenen Vorstellungen am nächsten kommt. Die geplante Schnelle Eingreiftruppe der NATO, die als multinationaler Verband dem Bündnis als Integrationsfaktor dienen könnte, wird dagegen kaum als Ganzes zum Einsatz kommen: Sie ist für eine operative Führung zu groß und durch den Antagonismus zwischen Deutschland und Großbritannien, die sich die Kommandostruktur teilen, gelähmt.[3] Auch an den politischen Strukturen frißt inzwischen der Spaltpilz: Die BRD hat vorgeschlagen, die Entscheidungen über NATO-Einsätze nicht mehr im dafür zuständigen Gremium, dem NATO- Rat, zu fällen, sondern in einzelnen Arbeitskreisen.[4]

Der weitgehende Abzug der US-Streitkräfte aus Europa und der vollständige Abbau ihrer eurostrategischen Atomwaffen schwächt zusätzlich das Herzstück der NATO, den transatlantischen Verbund. Der Sargnagel für das westliche Bündnis (eine formale Auflösung wäre gar nicht notwendig) wäre die Übertragung des europäischen Oberkommandos von einem amerikanischen auf einen deutschen General, wie es neuerdings aus Bundeswehrkreisen und schon länger von 'gaullistischen' SPD-'Linken' gefordert wird.[5] Die bisherige Führungsmacht würde nach diesen Vorstellungen zum Hiwi der Deutschen herabgestuft und praktisch aus Europa hinausgeekelt. Publizistisch begleitet wird die Krise der NATO von abfälligen Kommentaren der regierungsnahen Tageszeitungen. "Geht es schon um das Überleben der Allianz?" höhnte die 'Welt', und die 'FAZ' prophezeite der NATO bei weiterer Unbotmäßigkeit gegenüber deutschen Vorstellungen eine Zukunft "als Fossil aus der Zeit des Kalten Krieges".[6]

Die WEU wird zügig als Reserveoption aufgebaut

Verteidigungsminister Rühe hatte gleich nach seinem Amtsantritt klargestellt: "Die NATO ist ein Bündnis für eine Area. Dabei bleibt es. Für Einsätze außerhalb ist etwas anderes nötig. Hätten wir eine handlungsfähige Westeuropäische Union mit einer europäischen Eingreiftruppe unter deutscher Beteiligung, dann wäre das die richtige Antwort." Die deutsche Vorliebe für die WEU hat zwei Gründe: In deren Statuten ist - anders als bei der NATO - das Operationsgebiet nicht festgelegt, sie kann also weltweit intervenieren. Außerdem fällt die amerikanische Kontrolle weg, und unsichere Kantonisten wie Dänemark und Griechenland sind nur als Beobachter zugelassen. Wie wenig die deutschkritischen Engländer in der WEU zu melden haben, zeigt ihr erfolgloser Protest gegen den WEU-Einsatz im ehemaligen Jugoslawien, den ersten dieses Bündnissystems überhaupt. Dort sind mittlerweile 8.000 WEU-Soldaten stationiert, wie Generalsekretär van Eekelen Anfang Mai der staunenden Öffentlichkeit bekanntgab, ohne weitere Details zu nennen (zum Vergleich: Die NATO hat der UNO 6.000 Soldaten zur Verfügung gestellt)[7]. Außerdem beteiligt sich die WEU an der Blockade der adriatischen Küste, was zwar militärischer Nonsens ist, da dieser Job schon von NATO-Schiffen übernommen wurde, aber politisch gewollt wird, um "bereits vor dem in Maastricht gesetzten Datum von 1995 zum militärischen Arm der EG zu avancieren".[8] Weiterhin setzt die WEU mit zehn Patrouillenbooten, die Hälfte davon aus der BRD, das UNO-Embargo auch auf der Donau durch. Ein Out-of-area-Einsatz? Aber nein: Das deutsche Militär trägt BGS-Uniform, da gilt das Grundgesetz nicht...[9]

Ende Januar dieses Jahres ist die Rolle der WEU als Scharfmacher deutlich geworden: Als durch die Vance-Owen-Initiative eine Deeskalation in Bosnien kurzzeitig möglich schien, funkte die WEU dazwischen. Wenn sich die UNO als handlungsunfähig erweise, drohte der WEU-Generalsekretär, werde man eigenmächtig militärisch eingreifen, auch ohne Mandat der vereinten Nationen. Dagegen wirkte die NATO-Stellungnahme geradezu moderat: Nach ihrer Ansicht dürfe es ohne UNO-Deckung keine Militäraktion geben.[10]

Militärische Alleingänge werden möglich gemacht

Mittlerweile ist hinreichend geklärt, daß der Verbleib des wiedervereinigten Deutschland in der NATO vor allem amerikanischem Druck zu danken ist und keineswegs auf deutsche Initiative zurückgeht. Trotzdem konnte Kohl in den 4 + 2 - Verhandlungen die deutsche Ellenbogenfreiheit vergrößern: War bis 1990 das gesamte deutsche Militär (mit Ausnahme der Territorialstreitkräfte) der NATO unterstellt, so gibt es jetzt auf dem Gebiet der Ex-DDR ein rein nationales Korps, das nicht in die NATO eingebunden ist.[11] Zum ersten Mal seit 1945 soll auch wieder eine eigene militärische Führung geschaffen werden. Warum wird ein solches Oberkommando der Wehrmacht aufgebaut? "Trotz prinzipieller Übereinstimmung werden sich die deutschen Interessen nicht in jedem Einzelfall mit den Interessen der Verbündeten und anderer Partner decken", stellen dazu die Bundeswehr-Langzeitrichtlinien vom Dezember 1992 lapidar fest.[12] Und schon ist ein solcher 'Einzelfall' zur Stelle: Das deutsche Somalia-Korps ist nicht dem UNO-Befehlshaber unterstellt, sondern von der Hardthöhe befehligt.[13]

Schwachpunkt der deutschen Sonderwegsambitionen ist nach wie vor der fehlende Zugriff auf Atomwaffen. Zwei Jahre vor Auslaufen des Sperrvertrages wird unterhalb der glatten Oberfläche der offiziellen Politik ziemlich lebhaft gemauschelt: Was die Außenpolitik angeht, so hat Mitterand-Berater Jacques Attali jüngst in seinen Memoiren enthüllt, wie penetrant Kohl immer wieder auf Mitsprache bei der Force de frappe drängelt.[14] Innenpolitisch gab es letztes Jahr ein Patt in der Debatte zwischen Baring und Augstein einerseits, die eigene Atomwaffen befürworten und dem Kohl-Intimus Michael Stürmer andererseits, der dies abgelehnt hatte. Offensichtlich hat Stürmer zwischenzeitlich neue Erkenntnisse gewonnen: "Die Abschreckung im nuklearen Zeitalter lag wesentlich in den Händen der Amerikaner. Die Abschreckung neuer Art wird nicht von den Amerikanern administriert werden... Es wird des Mutes ... in Europa bedürfen, um jene Abschreckungsmacht wieder herzustellen, welche das erste und zugleich letzte Mittel ist, den Krieg wieder zu fesseln."[15] Im Klartext ist das ein Plädoyer für eine EG/WEU-Atomstreitmacht unter deutscher Beteiligung.

Jürgen Elsässer

Von Jürgen Elsässer ist im Oktober 1992 das Buch "Antisemitismus - das alte Gesicht des neuen Deutschland" erschienen (Dietz Verlag Berlin).

Anmerkungen:

1) Friedensblätter, Nr. 14, März 1993.
2) Arnulf Baring, Deutschland, was nun?, Berlin 1991.
3) Vgl. Christian Tuschhoff, Die politischen Folgen der Streitkräftereform der NATO, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, 9.4.1993.
4) Ebd.
5) Deutscher als Stabschef der NATO im Gespräch, SZ vom 22./23. 8. 1992; vgl. auch die Naumann-Äußerung, zitiert in der FAZ vom 13.5.1992, der US-SACEUR habe nur noch 'Übergangscharakter'.
6) Kremp, Geht es schon .., Welt 5.9.1992; Nonnemacher, Vor einem Dilemma, FAZ 22.4.1993.
7) SZ, 4.5.1993.
8) Kremp, Konkurrenten in Waffen, Welt, 23.11.92.
9) Vgl. WEU will Serbien-Blockade durchsetzen, FAZ, 6.4.93.
10) Vgl. Welt, 20.1.93.
11) Die Sowjetunion haben das Spiel mitgemacht, immer getreu dem Valentin Falin-Schmuh, die Deutschen wären eh nicht mehr kriegsfähig, ergo das kleinere Übel gegenüber der NATO...
12) Das Papier ist auszugsweise dokumentiert in der FR, 22.3.1993.
13) Schritt für Schritt in den Krieg, in: Spiegel 17/1993.
14) Nach Münchhausen, Eine Fundgrube voll brisanten Materials, in: FAZ, 24.5.1992.
15) Stürmer, Was von der Abschreckung bleibt, in: FAZ. 24.5.1992.

Schritt für Schritt...

Die folgende Chronologie zeichnet die wesentlichen Stationen der Entfesselung der Bundeswehr für weltweite Interventionseinsätze nach.

16.10.1987: Eine Studie des Bundesverteidigungsministeriums grenzt sich gegen Positionen des Auswärtigen Amtes ab, die eine Abkehr von der bisherigen geographischen Festlegung der Bundeswehr und die Ermöglichung von out-of-area-Einsätzen ablehnen. Dagegen werden Bundeswehreinsätze auf hoher See, bei der Minenräumung und zum Schutz deutscher Staatsbürger im Ausland befürwortet. Begründung: Ein "Angriff eines Staates auf ein völkerrechtlich geschütztes Rechtsgut der Bundesrepublik Deutschland" sei weltweit denkbar...

2.5.1988: Die öffentliche Diskussion um eine Grundgesetzänderung beginnt. Ausgelöst wird sie durch eine Initiative von Scheer, Gansel, Voigt und Bahr (SPD), die die Beteiligung der Bundeswehr an UN-Friedenseinsätzen ermöglichen wollen.

Februar 1991: Minensuchboote der Bundeswehr im Kriegsgebiet Naher Osten/Mittelmeer.

April 1991: Nach Ende des Golfkrieges werden Pioniereinheiten der Bundeswehr unter

15.7.1992: Ein Zerstörer und Flugzeuge der Bundesmarine beteiligen sich in der Adria an der Durchsetzung des UNO-Embargos gegen Jugoslawien. Die von NATO- und WEU-Schiffen überwachten Sanktionsmaßnahmen waren auf deutschen Druck beschlossen worden.

August 1992: Heeresinspekteur Hansen ordnet mit einer ausführlichen "Weisung Nr.1" den Aufbau der "Krisenreaktionskräfte" an, also einer weltweiten Interventionstruppe. Ohne jede rechtliche Regelung wählt Hansen schon die Bataillone für die KRK aus. Minister Rühe war über diese "Eigenmächtigkeit" von Hansen unterrichtet.

22.8.1992: Die Petersberger Konferenz der SPD votiert für eine Grundgesetzänderung, die Bundeswehreinsätze im UN-Auftrag auch für andere als Peace-keeping-Missionen möglich machen soll.

Oktober 1992: 162 deutsche Soldaten beteiligen sich an Bord der AWACS-Aufklärer an der NATO-Überwachung des Luftraums über Ex-Jugoslawien und Bosnien-Herzegowina.

4.10.1992: Die "Schnelle Eingreiftruppe" der NATO wird offiziell in Bielefeld gegründet. Bis 1995 soll sie auf ihre vorgesehene Stärke von 100.000 Mann anwachsen.

Mai 1993: NATO-Manöver zur Vorbereitung auf eine Militärintervention in Ex-Jugoslawien: In Süditalien übt die Schnelle Eingreiftruppe AMF, vor der portugiesischen Küste ein Flottenverband - beide Male unter Beteiligung deutscher Einheiten.

14.5.1993: Das Vorauskommando der Bundeswehr trifft in Belet Uen/Somalia ein. Insgesamt 1620 Soldaten sollen an der Mission teilnehmen.

2.6.1993: 42 BGS-Soldaten nehmen an der WEU-Blockade der Donau (zur Durchsetzung des Embargos gegen Rest-Jugoslawien) teil; 5 BGS-Soldaten nehmen an der UNO-Mission in der Westsahara teil.

14.6.1993: Rühe und Kinkel einigen sich mit den Sozialdemokraten Scharping und Klose auf eine Grundgesetzänderung, die unterschiedslos Blauhelm- und Kampfeinsätze möglich machen soll, sofern sie vom Parlament mit einer 2/3-Mehrheit beschlossen werden. Der Deal scheitert am Einspruch von Kohl und Schäuble.

2.7.1993: Der Bundestag erfüllt die Auflage des BVG und sanktioniert mehrheitlich die Entsendung der Bundeswehrsoldaten nach Somalia. Die SPD-Fraktion erklärt ihre Unterstützung für Out-of-area-Einsätze im allge-



Somalia: Vom Krieg der Clans zum Krieg der UNO

Der Bürgerkrieg in Somalia hat den UN-Sicherheitsrat zum ersten Mal seit seiner Gründung dazu veranlaßt, das Leiden der Opfer eines innerstaatlichen Krieges als Bedrohung des internationalen Friedens und der internationalen Sicherheit zu identifizieren. Schon heute ist klar: Soldaten nach Somalia zu bringen war das Leichtere; Frieden in einem wirtschaftlich zerrütteten, politisch und sozial zerrissenen Land zu stiften, ist das Schwerere.

Somalia galt lange als Ausnahme unter den Vielvölkerstaaten Afrikas - 95% der Bevölkerung sind Somalis und Moslems der sunnitischen Glaubensrichtung, deren traditionelle Lebensgrundlage die nomadische Viehzucht war und zum Teil bis heute noch ist. Trotz der Gemeinsamkeit von Sprache, Kultur und Religion ist die Gesellschaft jedoch nicht homogen. Das auf vier Staaten und früher fünf Kolonialgebiete[1] verteilte somalische Volk untergliedert sich in eine Vielzahl von Clans, in durch die Abstammung in väterlicher Linie definierte Verwandtschaftsverbände. Die Clans sind entsprechend den verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen ihren Gründern zu insgesamt sechs Clanfamilien zusammengefaßt (Darod, Hawiye, Issaq, Dir, Digil und Rahanweyn), die das gesamte somalische Volk umfassen; im Inneren unterteilt sich jeder Clan in Subclans und diese wiederum in kleinere Einheiten bis hinunter zur Familie. Allianzen zwischen Clans und Clansegmenten sind zweckgebunden und kurzlebig, sie überbrücken die Konkurrenz um Ressourcen - Weideland und Wasserstellen in der nomadischen Viehwirtschaft, Posten und Pfründe auf staatlicher Ebene - immer nur vorübergehend. Nation, Staat, sogar schon die Clanfamilie sind im Vergleich zum Clan abstrakte, unverbindliche Konzepte.

Staatszerfall und Bürgerkrieg

Als Somalia 1960 unabhängig wurde, war die Staatsform des Landes die einer parlamentarischen Demokratie mit einem Mehrparteiensystem. Unter dem Mantel politischer Parteien organisierten sich jedoch bald die Interessen der Clans, die an der Macht teilhaben und vor allem Zugang zu Ämtern und Pfründen haben wollten. Im Oktober 1969 übernahm eine Gruppe von Militärs unter Führung von Mohamed Siad Barre in einem unblutigen Putsch die Macht. Das Militärregime Barres trat mit dem Versprechen an, Clanwirtschaft und Korruption zu beenden, die Wirtschaft zu entwickeln und das Land zu modernisieren. Damit fand Barre Zustimmung und Unterstützung in der Bevölkerung.

Der Sozialismus als Staatsideologie sollte die Clanbindungen ersetzen - sogar die Benennung der Clanzugehörigkeit galt als staatsfeindlicher Akt -, tatsächlich benutzte Barre die Manipulation des Clansystem aber als ein zentrales Mittel der Herrschaftssicherung. 1977 marschierte die somalische Armee in den Ogaden, den von Somalis bewohnten Osten Äthiopiens, ein; das seit 1974 herrschende Militärregime schien damals vor dem Zusammenbruch zu stehen und die Gelegenheit günstig, den Traum von der Vereinigung des somalischen Volkes mit einem Eroberungskrieg zu verwirklichen. Er endete mit einer vernichtenden Niederlage und einer Massenflucht äthiopischer Somalis. Der verlorene Krieg zog eine wirtschaftliche und politische Krise nach sich. Ein Putschversuch scheiterte zwar, aber das Regime verlor seine Legitimität. Anfang der 80er Jahre begannen bewaffnete Oppositionsgruppen mit Unterstützung der äthiopischen Regierung mit Guerillaaktionen in Nordwest- und in Zentralsomalia.

1988 eskalierte der Guerillakampf im Norden zum offenen Krieg, der 1989 auf den Süden und dann auch auf Zentralsomalia übergriff. Damit hatte das Regime die Kontrolle über den größten Teil des Landes verloren. Die staatlichen Institutionen waren nicht mehr funktionsfähig und schließlich löste sich auch die Regierungsarmee auf, bis sich Barre zum Schluß nur noch auf die aus seinem eigenen Clan, den Marehan, rekrutierte Präsidentengarde stützen konnte. Ende Januar 1991 floh er aus Mogadischu, zunächst in den Südwesten und im Mai 1992 über Kenia nach Nigeria.

In einem politischen System, das weder funktionierende Programmparteien noch eine legale Opposition kannte, konnte sich Widerstand gegen das Regime nur im Exil oder bewaffnet und auf der Grundlage bestehender Gemeinschaften, d.h. auf Clanbasis, organisieren. Die bewaffneten Oppositionsgruppen waren im wesentlichen Clanmilizen, ihre politischen Programme, soweit überhaupt vorhanden, enthielten wenig mehr als vage Bekenntnisse zur Demokratie. Nach der Flucht Barres zerbrachen die gegen ihn geschlossenen Allianzen. Eine Grundlage, auf der ein Konsens über die Verteilung der Macht und eine neue politische Ordnung hätte gefunden werden können, gab es nicht, so daß der Krieg gegen Barre binnen kurzem in heftigen Kämpfen um die Vormachtstellung und um die Kontrolle der Hauptstadt seine Fortsetzung fand. Die Frontbildungen im Bürgerkrieg sind zwar nicht vollständig deckungsgleich mit der Clanstruktur, aber diese ist mit der Ausweitung der Kämpfe und dem Zerfall staatlicher Institutionen in den Vordergrund getreten: Die somalische Nation löste sich in verfeindete Clans und Clanfamilien auf.

Verpaßte Chancen: Die UNO in Somalia 1991-1992

Während das IKRK (Internationales Komitee vom Roten Kreuz) und einige kleinere Hilfsorganisationen im Land blieben und unter extremen Bedingungen versuchten, Nahrungsmittelhilfe zu leisten und ein

Minimum an medizinischer Versorgung aufrechtzuerhalten, stellten die UN-Unterorganisationen Ende 1990 ihre Tätigkeit ein. Nur im Norden nahmen sie nach Ende des Krieges dort ihre Arbeit wieder auf. Man kann natürlich nur darüber spekulieren, ob eine Vermittlungsinitiative unmittelbar nach Barres Flucht Erfolg hätte haben können. Festzustellen bleibt, daß es eine Initiative der UNO nicht gab. Erst Ende 1991 leitete der scheidende Generalsekretär de Cuellar die Entsendung eines Sonderbotschafters nach Mogadischu ein, der über einen Waffenstillstand und über Sicherheitsgarantien für die Hilfsorganisationen verhandeln sollte. Um eine Vermittlung durch die UNO gebeten hatten die zwischenstaatlichen Organisationen OAU (Organisation of African Unity) und Arabische Liga, denen Somalia angehört - und die selbsternannte Interimsregierung von Ali Mahdi Mohamed. Diese Interimsregierung war unmittelbar nach der Flucht Barres aus Mogadischu von einer der beiden Fraktionen des USC (United Somali Congress), der sich auf die Hawiye-Clanfamilie stützt, gebildet worden, wurde aber weder von der anderen USC-Fraktion unter Führung von General Mohamed Farah Hassan "Aideed"[2] noch von den übrigen somalischen Gruppen anerkannt.

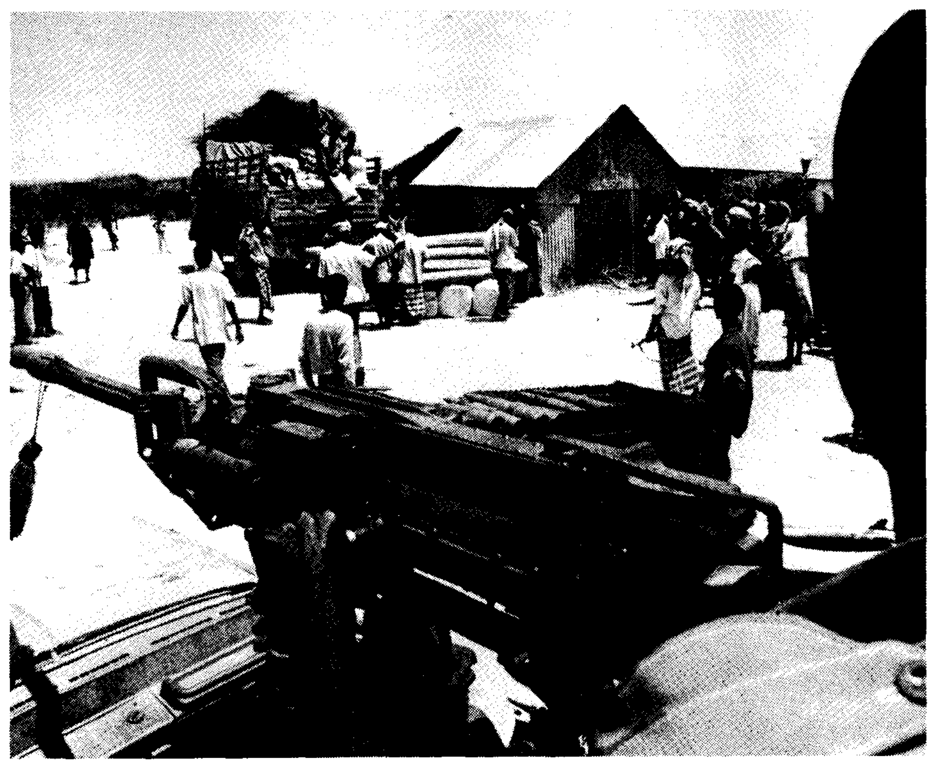
Die Mission des UN-Gesandten James Jonah, der Mogadischu Anfang Januar 1992 aufsuchte, krankte daran, daß die UNO von vornherein nicht als unparteiisch erschien. Der neue Generalsekretär Boutros Boutros-Ghali hatte als ägyptischer Staatsminister für Auswärtige Angelegenheiten Verbindungen zum Barre-Regime gehabt; darüberhinaus gehörte Ägypten zu den arabischen Staaten, die die sog. "Interimsregierung" zwar nicht anerkannt hatten, ihr aber doch eine größere Legitimität als anderen Fraktionen zusprachen. Ein weiterer Mangel war die Beschränkung auf Mogadischu, wo im November 1991 die Kämpfe zwischen der Fraktion von Ali Mahdi und der seines Rivalen General Aideed mit besonderer Heftigkeit wieder aufgeflammt waren, und hier auf diese beiden Anführer. Ali Mahdi und General Aideed gehören verschiedenen Clans an, andere Hawiye-Clans versuchten aber noch, zwischen den Kontrahenten zu vermitteln. Wenn der UN-Beauftragte sich um eine Zusammenarbeit mit diesen einheimischen Vermittlern bemüht hätte, statt sich auf die beiden Rivalen um die Position des Präsidenten zu konzentrieren, wäre die darauf folgende weitere Polarisierung vielleicht zu vermeiden gewesen. So schlossen sich auch die bis dahin noch relativ neutralen Clans jeweils einer der beiden Fraktionen an. Eine Einbeziehung anderer Gruppen wurde zu diesem Zeitpunkt anscheinend noch gar nicht versucht. Ein Problem, dem auch die geschickteste Vermittlung schwerlich gewachsen wäre, waren und sind schließlich die zahlreichen Banden, die auf eigene Rechnung Überfälle und Plünderungen durchführen. Sie setzen sich aus ehemaligen, desertierten Soldaten und entwurzelten Jugendlichen zusammen, deren Loyalität in erster Linie ihnen selbst gilt.

Am 23. Januar 1992 verabschiedete der UN-Sicherheitsrat die erste Resolution zu Somalia. Sie beinhaltete neben Appellen um eine Beendigung der Kämpfe und Absichtserklärungen über eine Beobachtung der weiteren Entwicklung und humanitäre Hilfe nach Eintreten einer Waffenruhe ein Waffenembargo; Mechanismen zu dessen Durchsetzung waren nicht vorgesehen. Im Februar und März fanden dann Verhandlungen zwischen den USC-Fraktionen statt, die zur Unterzeichnung eines Waffenstillstandsabkommens führten. Daß es tatsächlich mehr oder weniger eingehalten wurde, dürfte allerdings eher Ergebnis beiderseitiger Erschöpfung als ein Verhandlungserfolg der UNO gewesen sein. Im April beschloß der Sicherheitsrat die Entsendung von 50 UN-Beobachtern nach Mogadischu, die den Waffenstillstand überwachen sollten, und Boutros-Ghali ernannte einen Sonderbeauftragten für Somalia[3]. Dies war der Beginn von UNOSOM, der UN-Operation in Somalia.

Von UNOSOM zu UNITAF

Die Hauptprobleme von UNOSOM waren zum einen die Komplexität der Situation, zum anderen ihre Einbeziehung in den Kreislauf von Erpressung und Gewalt, der sich im Lauf des Jahres 1991 in Mogadischu und anderen Städten im Süden Somalias etabliert hatte. In den Kämpfen ging es nicht nur um Macht, sondern mindestens ebensosehr um die Kontrolle von Ressourcen. Zu Zeiten Barres waren diese in erster Linie die Pfründen, die aus der internationalen Wirtschafts-, Finanz- und Entwicklungshilfe gespeist und durch Regierungsämter oder andere Positionen im Staatsapparat zugänglich wurden. Barre hatte die Zuteilung von Pfründen in Verbindung mit der Manipulation von Clanloyalitäten zur Absicherung seiner Herrschaft benutzt. Ähnliche Methoden wandten auch die Kriegsherren an, nur der Charakter der Ressourcen hatte sich verändert. Die fortschreitende Erosion der Wirtschaft und der Zerfall des Staates in den letzten Jahren des Barre-Regimes setzten sich im südlichen Somalia bis zur weitgehenden Zerstörung der produktiven Ressourcen fort. Damit wurden die internationale Nahrungsmittelhilfe und die den Hilfsorganisationen zur Verfügung stehenden Finanzmittel zur wichtigsten Einnahmequelle. Nahrungsmittel wurden geplündert und in den Nachbarländern gewinnbringend verkauft, die Hilfsorganisationen mußten für die Benutzung von Häfen und Landepisten zahlen, Transporte durch bezahlte bewaffnete Eskorten sichern lassen und zum Schutz ihrer Vorräte wie ihrer Mitarbeiter bewaffnete Wachen mieten.

Sogar die "Blauhelme" trafen ähnliche Vereinbarungen, denn die leichten Handfeuerwaffen, mit denen UN-Friedenstruppen ausgestattet sind, erlaubten gegen die Maschinengewehre und Geschütze somalischer Banden und Milizen nicht einmal eine wirksame Selbstverteidigung. Für die Anwendung von Gewalt zur Durchsetzung



"... wäre die darauf folgende weitere Polarisierung vielleicht zu vermeiden gewesen."

ihres Auftrags hatten sie kein Mandat. Auf diese Weise konnte sich UNOSOM keinen Respekt bei den bewaffneten Gruppen verschaffen. Vor allem aber konnten die Friedenstruppen ihre eigentliche Aufgabe nicht wahrnehmen, nämlich für die Sicherheit des Hafens und des Flughafens und eine ungehinderte Arbeit der Hilfsorganisationen zu sorgen.

In den 80er Jahren hatten die USA in Berbera eine Militärbasis unterhalten und das Barre-Regime mit Militär- und Wirtschaftshilfe unterstützt, aber nach dem Ende des Ost-West- Konfliktes hatte Somalia seine strategische Bedeutung eingebüßt. 1991 war es vor allem die US-Regierung, die sich gegen eine Befassung des UN-Sicherheitsrates mit Somalia aussprach, und auch danach verweigerte sie einem entschiedeneren Vorgehen der UNO die Zustimmung. Ende November 1992 bot jedoch der bereits abgewählte, aber noch amtierende Präsident der USA, George Bush, dem UN-Generalsekretär an, für eine befristete Militärintervention im Auftrag des UN-Sicherheitsrates bis zu 30.000 Mann Truppen zur Verfügung zu stellen. Auf Empfehlung des Generalsekretärs verabschiedete der Sicherheitsrat daraufhin eine entsprechende Resolution und wenige Tage später, am 9. Dezember 1992, begann die Intervention. Die USA stellten anfangs mit 25.000 von rund 35.000 Mann den Großteil der Truppen der UNITAF (Unified Task Force) und behielten sich das militärische Kommando vor. Vor allem aus innenpolitischen Gründen waren sie offensichtlich an einer schnellen Abwicklung interessiert: Bereits im Januar 1993 wurden die ersten Einheiten wieder abgezogen, während nach und nach kleinere Kontigente anderer Staaten[4] eintrafen, und im März machten US-Truppen nur noch weniger als die Hälfte der Gesamtzahl aus.

Zur Begründung der Militärintervention

Begründet wurde die Militärintervention mit der Hungersnot, die sich trotz der Luftbrücke und der Bemühungen, größere Mengen von Nahrungsmitteln ins Land zu bringen, fortsetzte. Als weitere Begründung hob der UN-Sicherheitsrat in der Resolution 794 die außergewöhnlichen Bedingungen in Somalia hervor, d.h. das Fehlen einer anerkannten Regierung. In seinem Bericht an den Sicherheitsrat stellte der UN-Generalsekretär außerdem fest, daß bis zu 80% der angelieferten Hilfsgüter ihre vorgesehenen Empfänger nicht erreichten; einige Hilfsorganisationen widersprachen dem allerdings und nannten Verlustquoten durch Plünderungen und Diebstahl von nur 10-20%.

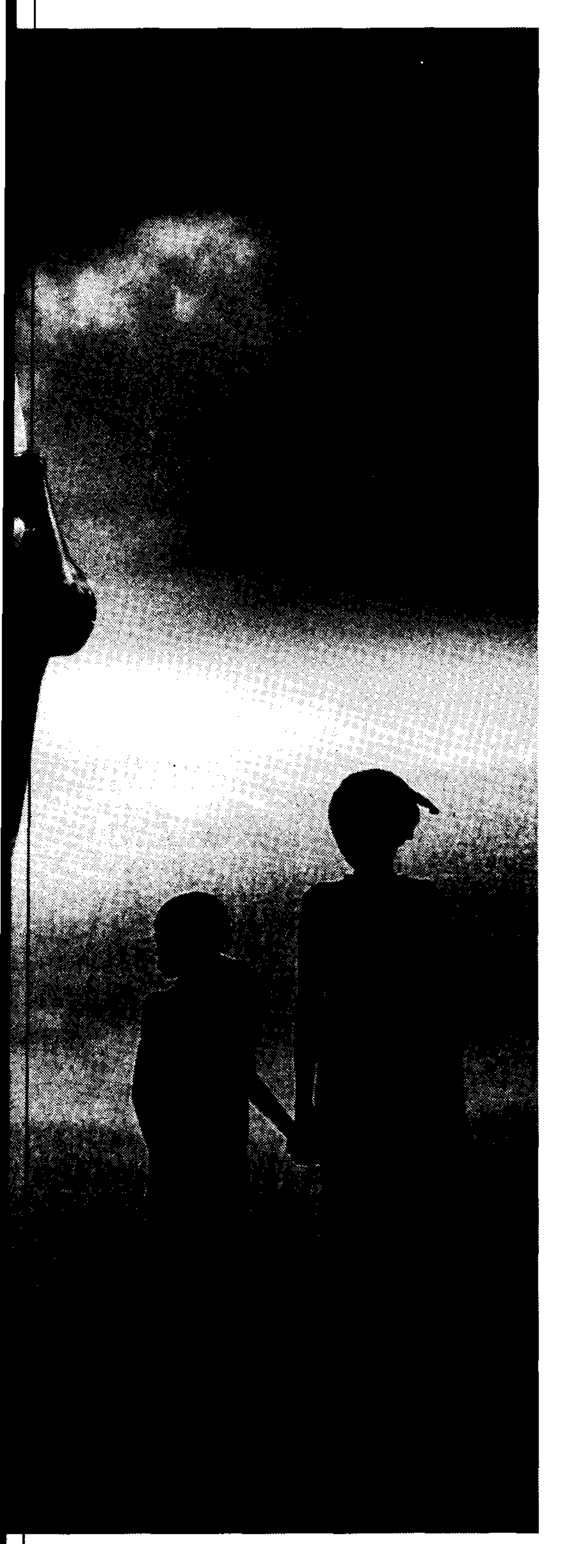
Als völkerrechtliche Legitimation für die Durchführung einer Militärintervention in Somalia mag das genügen, als Erklärung reicht es nicht. Krieg und dadurch hervorgerufenes massenhaftes Elend gibt es schließlich auch in anderen Ländern - im Sudan, in Angola, Afghanistan, in Bosnien-Herzegowina, um nur einige zu nennen -, und Afghanistan hat so wenig wie Somalia eine anerkannte Regierung. Über die tatsächlichen Motive und die über das Humanitäre hinaus verfolgten Ziele kann man nur spekulieren, es lassen sich aber eine Reihe plausibler Gründe nennen, warum die USA und der UN-Sicherheitsrat gerade in Somalia eine Militärintervention durchgeführt haben:

* Die Legitimität eines militärischen Eingreifens für die Versorgung der Zivilbevölkerung mit Nahrungsmitteln war in der US-amerikanischen Öffentlichkeit wie international wenig umstritten; offen abgelehnt wurde es nur von den Regierungen des Sudan und des Iran.
* Der innen- und wirtschaftspolitisch gescheiterte Präsident Bush beendete seine Amtszeit mit einer großen Geste, deren Konsequenzen er seinem Nachfolger hinterließ; zugleich machte er ihm damit außen- und (in geringerem Maß) verteidigungs politische Vorgaben.
* Anders als im Krieg gegen den Irak zur Beendigung der Besetzung Kuwaits sind in Somalia keine offensichtlichen "vitalen Interessen" (Erdöl) der USA berührt; indem sie trotzdem intervenierten, stärkten die USA ihre Glaubwürdigkeit als globale Ordnungsmacht.
* Verschiedentlich von Kommentatoren genannt wurden außerdem ökonomische Interessen an vermuteten umfangreichen Ölvorkommen in Nordsomalia sowie strategische Interessen an einer verstärkten Präsenz in der Region Persischer Golf/Indischer Ozean und an der Unterdrückung islamistischer Bewegungen in dieser Region. Als entscheidende Faktoren scheinen solche Interessen weniger plausibel, sie mögen aber in die Überlegungen des US-Präsidenten und seiner Berater mit eingeflossen sein.
* Als ein nicht an konkreten Interessen festzumachender, aber bei den Befürwortern einer Militärintervention vermutlich wirksamer psychologischer Faktor ist eine gewisse Ungeduld, der Wunsch nach einer einfachen, schnellen Lösung zu nennen; die Verflechtung des irritierend komplexen somalischen Clansystems mit Profitinteressen und persönlichem Machtstreben gleicht einem "Gordischen Knoten", den zu zerschlagen weit einfacher scheint als ihn in einer geduldigen Politik der kleinen Schritte zu entwirren.
* Schließlich, und dies dürfte letztlich ausschlaggebend gewesen sein, hielten die Generalstabschefs der US-Armee eine Intervention in Somalia für militärisch "machbar", d.h. für in einem überschaubaren Zeitraum und mit geringen eigenen Verlusten durchführbar.

Über die Entsendung von UN-Friedenstruppen war mit den Führern derjenigen Gruppen verhandelt worden, die die vorgesehenen Stationierungsorte kontrollierten, womit ihnen implizit eine gewisse Legitimität zugesprochen worden war. Die Entscheidung über die Durchführung einer Militärintervention fiel dagegen ohne Konsultation dieser oder anderer somalischer Kräfte. Positiv aufgenommen wurde der Interventionsbeschluß von den somalischen Teilnehmern einer von der UNO organisier-



"... stärkten die USA ihre Glaubwürdigkeit als globale Neumann, Arbeiterphotographie e.V. Köln.



...rdnungsmacht." Montage: Andreas

ten Konferenz über humanitäre Hilfe, die Anfang Dezember in der äthiopischen Hauptstadt Addis Abeba stattfand. Bei ihnen handelte es sich um Vertreter militärisch schwacher Gruppen und um Zivilisten, die von der Intervention eher Vor- als Nachteile erwarten konnten. Die sogenannte "Interimsregierung", die nur den nördlichen Teil von Mogadischu und die unmittelbare Umgebung kontrollierte, äußerte sich erfreut; Ali Mahdi hatte seit langem in der Erwartung auf eine massive UN-Truppenpräsenz gedrängt, daß dadurch seine Position gegenüber der Fraktion Aideeds verbessert würde. Wahrscheinlich weil er die Intervention nicht verhindern konnte, erklärte General Aideed, er begrüße das Eingreifen der USA an Stelle der UNO, zeigte sich aber von Anfang an mißtrauisch. Er hatte zwar seine Position als militärisch stärkster Kriegsherr behaupten können, jedoch in den Vormonaten Rückschläge hinnehmen müssen.

Auswirkungen der Militärintervention: Auf dem Weg zu einer politischen Lösung?

Die Resolution 794 hatte den Generalsekretär und die Migliedsstaaten der UNO ermächtigt, alle notwendigen Mittel zur Herstellung eines sicheren Umfeldes für die humanitäre Hilfe anzuwenden; den Zeitpunkt für die Beendigung der Militärintervention und deren Überführung in eine erneute UN-Friedensmission sollte der Sicherheitsrat auf Empfehlung des Generalsekretärs beschließen. Was unter "notwendigen" Mitteln und was unter einem "sicheren" Umfeld zu verstehen sein sollte, ließ die Resolution offen. Diese Unklarheiten erwiesen sich binnen kurzem als das zentrale Problem der "Operation Neue Hoffnung"[5], das sich zum einen an der Frage der Entwaffnung der Milizen und Banden festmachte, zum anderen an der Frage, ob und wenn ja, wie, UNITAF-Truppen in innersomalische Auseinandersetzungen eingreifen sollten. Die teilweise Einziehung von Waffen veränderte das Kräfteverhältnis im nach wie vor unentschiedenen somalischen Machtkampf und stellte insoweit ein indirektes Eingreifen dar. In der Konsequenz wirkte die Entscheidung, sich in Fraktionskämpfe nicht direkt einzuschalten, daher parteiisch. So konnte eine mit dem geflüchteten Ex-Präsidenten Barre verbundene Gruppe im Februar 1993 unter den Augen der UNITAF-Truppen Kismayo, den zweitgrößten Hafen Südsomalias, zurückerobern; die seit Mai 1992 dort etablierte, mit Aideed verbündete Fraktion hatte ihre schweren Waffen abziehen müssen und war dadurch militärisch geschwächt. In Mogadischu reagierten Anhänger Aideeds darauf mit der ersten anti-amerikanischen Demonstration.

Am 26. März beschloß der UN-Sicherheitsrat das Mandat von UNOSOM II für zunächst sechs Monate ab Mai. Mit einer Truppenstärke von 20.000 Mann sowie 8.000 Mann für Logistik und Versorgung und 2.800 Zivilisten soll UNOSOM die Flüchtlinge repatriieren, Landminen beseitigen, die Infrastruktur wiederherstellen, beim Aufbau einer Verwaltung mitwirken und die Entwaffnung der Milizen und Banden nötigenfalls mit militärischen Mitteln durchsetzen. Damit wird UNOSOM II die erste Friedenserzwingungsmission der UNO; der vorgesehene Umfang und die Kosten von etwa 1,5 Milliarden Dollar für ein Jahr sind größer als für die bisher größte und teuerste UN-Operation, die Übergangsverwaltung in Kambodscha. Am 4. Mai löste UNOSOM II offiziell die Militärintervention ab. Die USA beließen nur eine Eingreiftruppe von 4.000 Mann vor Mogadischu auf See stationiert, behielten aber maßgeblichen Einfluß auf UNOSOM II, da sie deren Vizekommandanten und den neuen UN- Sonderbeauftragten, Admiral Howe, stellten.

Das Mandat von UNOSOM II schließt, wenn nötig, die gewaltsame Befriedung Somalias ein. In den Einzelheiten bezieht es sich auf das Abkommen, das von den 15 in Addis Abeba vertretenen Fraktionen am 27. März unterschrieben worden war - einen Tag nach der Verabschiedung von Resolution 814 und unter massivem Druck der äthiopischen Gastgeber. Den Willen der Unterzeichner, es einzuhalten, muß man daher ebenso bezweifeln wie ihre Fähigkeit, es gegenüber ihren Anhängern durchzusetzen. Dieser "Geburtsfehler" ist nur eine seiner Schwächen.

Die UNO als Konfliktpartei

Das Abkommen schließt Somaliland[6] mit ein, obwohl dessen Beobachterdelegation ihm nicht zustimmte und es dort auf scharfen Protest stieß. Der Rückgriff auf die unter Barre geschaffenen Verwaltungsregionen ist aber auch im übrigen Somalia problematisch, da sie weder mit den realen Einflußgebieten der Clanmilizen übereinstimmen noch sozio-politische Strukturen aufweisen, die einen Rahmen für die Entsendung von Delegierten in eine repräsentative Nationalversammlung abgeben könnten. Weiterhin waren die islamistischen Gruppen an den Verhandlungen in Addis Abeba nicht beteiligt. Wieviele Anhänger sie wirklich haben, ist nicht zu beurteilen, aber da sie bewaffnet sind und auf finanzielle Unterstützung aus dem Iran, dem Sudan sowie aus Saudi-Arabien zurückgreifen können, sollte ihre Bedeutung nicht unterschätzt werden. Die im Addis Abeba-Abkommen wie in Resolution 814 deutlich erkennbare Orientierung auf die Herstellung formaldemokratischer Mechanismen beantwortet die Frage nicht, wie das formale politische System mit der tatsächlichen Gesellschaftsstruktur in Einklang gebracht werden kann. Eine Rückkehr zum außenabhängigen, bürokratischen Zentralstaat, wie er unter Siad Barre bestand, kann keine tragfähige Lösung sein; ein parlamentarisches Mehrparteiensystem, wie es in den sechziger Jahren bestand, hat sich ebenfalls als unvereinbar mit dem somalischen Clansystem erwiesen. Die große Mehrheit der somalischen Bevölkerung ist sicherlich kriegsmüde und vielleicht auch bereit, auf

Rache für die Grausamkeiten des Krieges[7] zu verzichten. Als Grundlage für die Wiederherstellung funktionaler Staatlichkeit und eines breiten gesellschaftlichen und politischen Konsenses reicht das jedoch nicht aus.

Ungeklärt ist auch, wie die wirtschaftlichen Probleme bewältigt werden sollen. Die Wiederbelebung der ländlichen Ökonomie wird durch die unsicheren Zukunftsaussichten und die Überschwemmung der Märkte mit billiger Nahrungsmittelhilfe behindert, während die städtische Ökonomie nach der Zerstörung der Infrastruktur und der (schon in der Vergangenheit wenig leistungsfähigen) Industrie im wesentlichen auf Handel und Dienstleistungen basiert. Die durch die Anwesenheit von tausenden von Soldaten und hochbezahlten Experten aller Art ausgelösten Verzerrungen der einheimischen Wirtschaft lassen sich in Kambodscha beobachten; in Somalia wird sich dieser Effekt wohl noch stärker bemerkbar machen. Ressentiments gegen die ausländischen Truppen wurden schon kurz nach Beginn der Militärintervention spürbar. Sie richten sich nicht nur gegen die Demonstration militärischer Übermacht, sondern auch gegen Begleiterscheinungen wie Prostitution und die höchst ungleiche Verteilung von Profitchancen, z.B. durch die Vermietung von Häusern.

Vor allem aber leidet die UNO insgesamt, und damit auch UNOSOM, in Somalia unter einem Mangel an Autorität und Glaubwürdigkeit. UNOSOM I war durch Inkonsequenz, Ungeschicklichkeit und Halbherzigkeit des Vorgehens gekennzeichnet. Eine anfängliche Tendenz zur Legitimierung der selbsternannten "Interimsregierung" machte zudem die Neutralität der UNO zweifelhaft; der UN-Gesandte Jonah hatte schon nach seinem ersten Besuch in Mogadischu Anfang Januar 1991 öffentlich erklärt, General Aideed sei das Haupthindernis für Fortschritte, während Ali Mahdi einem internationalen Eingreifen zugestimmt habe.

Frieden mit aller Gewalt?

Die Kämpfe um Kismayo hatten die Ausgangslage für UNOSOM II noch weiter verschlechtert. Die erste Herausforderung der Autorität von UNOSOM II wenige Wochen nach der Kommandoübernahme kam also nicht unerwartet. Bei Angriffen auf pakistanische Soldaten in Mogadischu kamen am 5. Juni 1993 23 von ihnen ums Leben; die genaue Zahl der somalischen Opfer wurde nicht bekannt. Der Schuldige war schnell gefunden: General Aideed hatte der UNO und den USA wiederholt Rekolonisierungsabsichten unterstellt und über den von seiner Fraktion kontrollierten Rundfunksender zum Widerstand aufgerufen. Eine Serie von Luftangriffen der USA auf Gebäude, in denen sich Waffenlager und das Hauptquartier Aideeds befinden sollten, folgte; ein Krankenhaus, in dem Aideed sich angeblich versteckt hielt, wurde gestürmt und der Rundfunksender zerstört. Nach widersprüchlichen Meldungen darüber, ob seine Verhaftung beabsichtigt sei, wurde schließlich ein Kopfgeld auf ihn ausgesetzt.

Eine Reaktion auf den Tod der UN-Soldaten war im Interesse der Glaubwürdigkeit von UNOSOM II sicherlich notwendig. Die Fixierung auf General Aideed erscheint aber nicht nur im Vergleich zum Verhalten der UNO in Bosnien-Herzegowina unverhältnismäßig: Ob er die Angriffe angeordnet hatte, war unbewiesen, welches Gericht nach welchen Gesetzen über ihn urteilen sollte, war ungeklärt. Zudem wurde ihm die Hauptverantwortung für die Opfer des Bürgerkrieges und der Hungersnot zugeschrieben; nach den vorliegenden Berichten gingen jedoch alle Militärführer mit gleicher Rücksichtslosigkeit auf Zivilisten vor, und die Hungersnot, vor der das IKRK seit Ende 1991 mehrfach eindringlich gewarnt hatte, hätte durch eine frühzeitige Erhöhung der Nahrungsmittelhilfe vermieden oder zumindest eingedämmt werden können. Faktisch trat UNOSOM in den nur suspendierten, nicht beendeten Bürgerkrieg als Konfliktpartei ein, mit dem kurzfristigen Ziel, einen nicht kooperationswilligen Militärführer auszuschalten. Wenn die angekündigte allgemeine Entwaffnung aller Fraktionen nicht bald erfolgt und nicht Mechanismen zur Untersuchung von Angriffen auf UN-Soldaten wie auch der Fälle, in denen unbewaffnete Somalis von UNITAF- und UN-Soldaten getötet wurden, geschaffen werden, läuft die erste Friedenserzwingungsmission der UNO Gefahr, in eine koloniale Pazifizierungskampagne auszuarten.

Die erbitterte Rivalität Ali Mahdis und General Aideeds um die Vorherrschaft in Mogadischu war bisher eine der wenigen Konstanten des Bürgerkrieges; eine zweite war die Forderung Ali Mahdis nach einer starken UN-Truppenpräsenz und deren Ablehnung durch Aideed. Vor diesem Hintergrund dürfte das Vorgehen von UNOSOM II (und der USA) gegen Aideed in Somalia dahingehend interpretiert werden, daß es Ali Mahdi gelungen ist, die UNO als Verbündeten zu gewinnen. Das macht ihn zwar als politischen Führer nicht glaubwürdiger, aber mächtiger. Als Gegengewicht und Verbündete Aideeds gegen UNOSOM II bieten sich in erster Linie die militanten islamistischen Gruppen an. Mitte 1993 deutet sich diese Allianz und damit eine religiöse Polarisierung im südlichen Somalia an. Ob sich der durch die einseitigen Angriffe auf die Aideed-Fraktion angefachte Kleinkrieg mit UNOSOM II auf Mogadischu beschränken oder auf andere Landesteile übergreifen wird, ist noch nicht abzuschätzen.

In der Anfangsphase von UNOSOM II ist der militärische Aspekt vorrangig geworden, während die humanitäre und die politische Aufgabenstellung in den Hintergrund getreten sind. Mit überlegener Feuerkraft allein wird UNOSOM II jedoch keine tragfähige Friedensregelung herbeiführen: Als Konfliktpartei kann die UNO gewinnen oder verlieren, in Somalia Frieden schaffen kann sie auf diese Weise nicht.

Kathrin Eikenberg

Dieser Beitrag ist ein gekürzter Vorabdruck aus dem Buch: Volker Matthies (Hg.): „Frieden durch Einmischung?", das im Oktober im Dietz Verlag erscheinen wird.

Anmerkungen:

1) Die vier Staaten sind Somalia, Kenia, Äthiopien und Dschibouti; Somalia entstand 1960 aus der Vereinigung von Britisch-Somaliland und Italienisch-Somaliland, als beide Territorien unabhängig wurden. Ob die Vereinnahmung des westlichen Somaligebietes (Ogaden) durch das expandierende äthiopische Kaiserreich Ende des 19. Jh. als Kolonialherrschaft zu bezeichnen ist oder nicht, ist - da es sich bei Äthiopien um einen nichtkolonisierten afrikanischen Staat handelt - heftig umstritten. Da aber die Eingliederung in diesen Staat gewaltsam durchgesetzt wurde und bis in die 80er Jahre Anlaß zu bewaffnetem Widerstand war, wird Äthiopien hier der Einfachheit halber mit zu den Kolonialmächten gezählt.

2) In Somalia ist die Verwendung von Spitznamen häufig, die oft gebräuchlicher sind als die eigentlichen Namen. Aideed ist ein solcher Spitzname.

3) Der Algerier Mohamed Sahnoun trat Ende Oktober 1992 wegen Differenzen mit Generalsekretär Boutros-Ghali über das Vorgehen der UNO zurück; außerdem hatte er sich mit seiner Kritik an dem späten Eingreifen der UNO in den Konflikt offenbar Feinde in der UN-Bürokratie gemacht.

4) Auch einige afrikanische Staaten entsandten Truppen, u. a. Nigeria, Botswana, Zimbabwe und Marokko; weitere Teilnehmerstaaten sind u. a. Frankreich, Belgien, Italien, Kanada und Australien. Pakistan stellte die in Mogadischu stationierten ersten 500 "Blauhelm"-Truppen zur Verfügung sowie weitere Truppen für die auf die Militärintervention folgende neuerliche UN-Friedensmission, an der sich auch die Türkei und mehrere arabische und nordafrikanische Staaten beteiligen wollen.

5) "Neue Hoffnung" ist die gängige deutsche Übersetzung der von Präsident Bush geprägten Bezeichnung der Intervention als "Operation Restore Hope", wörtlich "Hoffnung wiederherstellen".

6) Somaliland liegt im Nordwesten Somalias. Im Mai 1991 wurde von der SNM (Somalia National Movement) die Unabhängigkeit Somalilands in den Grenzen der früheren britischen Kolonie ausgerufen. Es gelang der SNM jedoch weder die internationale Anerkennung von Somaliland zu erreichen, noch staatliche Institutionen aufzubauen, da hierfür die materiellen und personellen Ressourcen fehlten.

7) Die meisten Kriegsopfer seit 1988 waren unbeteiligte Zufallsopfer von Kampfhandlungen oder starben an Hunger und Krankheiten. Neben einer Kriegführung ohne jede Rücksicht auf Zivilisten sind außerdem Massaker, Vertreibung, Vergewaltigung und andere Übergriffe zu verzeichnen, die sich gegen Angehörige von jeweils gegnerischen Clans richteten.

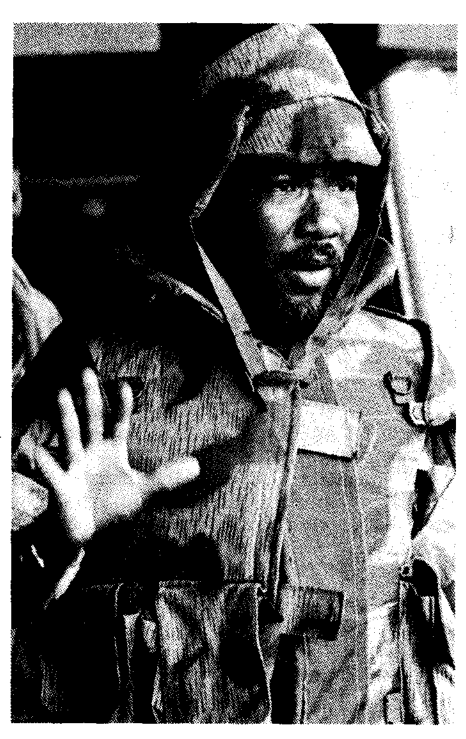
Bewaffnete Humanität?

Süd-Süd-Interventionen am Beispiel Liberia

Liberia ist, im Gegensatz zu Somalia, ein kaum bekanntes Beispiel für eine militärische Intervention. Unter der Führung der regionalen Hegemonialmacht Nigeria sollte das Land befriedet werden. Aber auch hier zeigt sich, daß der militärische Zugriff von außen die Komplexität des Konflikts erhöht.

Die Intervention der ECOWAS-Monitoring Group (ECOMOG) in Liberia ist nicht nur die erste mit humanitären Gesichtspunkten begründete, sondern überhaupt die erste multilaterale Militärintervention afrikanischer Staaten. Sie erfolgte zwar nicht aufgrund eines Beschlusses der OAU, aber doch mit deren Billigung und war das Signal für den Beginn einer Richtungsänderung der OAU, die seit ihrer Gründung das Nichteinmischungsgebot zum sakrosankten Prinzip erhoben hatte. In der Vergangenheit hatten sich Aktivitäten der OAU oder von ihr gebilligte Aktionen von Mitgliedsstaaten in inneren Konflikten analog zu UN-Friedensmissionen auf (seltene) Versuche beschränkt, einen Waffenstillstand zu überwachen. 1992 beschloß dann die Gipfelkonferenz afrikanischer Staatschefs zumindest "im Prinzip", einen Mechanismus für die Verhütung, Regelung und Lösung von Konflikten in Afrika schaffen zu wollen. Vorerst ist es bei dieser Absichtserklärung geblieben, sie impliziert jedoch, daß sich die OAU - unter maßgeblichem Einfluß Nigerias - dem Gedanken einer aktiven Interventionspolitik nicht mehr grundsätzlich verschließt. Liberia ist in diesem Sinne ein Testfall für die Bereitschaft - und die Fähigkeit - afrikanischer Staaten, die Regulierung eines innerstaatlichen Konfliktes durchzusetzen.

Als die ECOMOG Ende August 1990 unter Federführung der Regionalmacht Nigeria in Liberia intervenierte, hatte der Krieg der National Patriotic Front of Liberia (NPFL) des autokratischen Rebellenchefs Charles Taylor gegen das repressive Militärregime Samuel Doe bereits seit acht Monaten gewütet, etwa die Hälfte der 2,7-Mio.-Bevölkerung entwurzelt und Zehntausende Todesopfer gefordert. Die sich seit Mitte der 80er Jahre abzeichnende Eskalation der innenpolitischen Spannungen zum Krieg hatte weder Liberias traditionelle „Schutzmacht" USA noch die ECOWAS, die OAU oder die UNO alarmiert, die USA hatten das Doe-Regime - in Belohnung seiner prowestlichen Dienstbarkeit während des Kalten Krieges - sogar bis 1988 durch umfangreiche Wirtschafts- und Militärhilfe zu stabilisieren versucht und ihm erst den Rücken gekehrt, als Liberia im Zuge der sowjetisch-amerikanischen Annäherung seine Bedeutung als wichtiger US-Brückenkopf in Westafrika weitgehend verloren hatte. Die USA reagierten 1990 ablehnend auf das Ersuchen aus liberianischen Kreisen, durch eine Militärintervention den Gewaltexzessen der Kriegsparteien untereinander, v.a. aber an der Zivilbevölkerung, ein Ende zu machen.



Charles Taylor, Chef der NPFL, kann sich seit seiner Vertreibung aus Monrovia...

Organisationen und Parteien, die am Konflikt beteiligt sind

Ecowas: Wirtschaftgemeinschaft westafrikanischer Staaten (Economic Community of West Afican States), 1975 auf Initiative von Togo und Nigeria in Lagos gegründet. Ziele: wirtschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsamer Markt, wirtschaftliche Integration stufenweise angestrebt; langfristige Perspektive: politische Vereinigung, Vorreiter für afrikanische Einheit. 1993 neuer Vertrag; 1978 Nichtangriffspakt, 1981 Beistandspakt von 13 der 16 Mitgliedsstaaten.

OAU: Organisation für die Afrikanische Einheit (Organization for African Unity), mit über 50 Mitgliedstaaten größte Regionalorganisation der Welt. Im Mai 1963 von 30 unabhängigen Staaten Afrikas gegründet; seit Mitte der 70iger Jahre befindet sie sich in einer Identitätskrise und ist über innerafrikanische Konflikte (Horn von Afrika, Tschad, Westsahara) gespalten.

NPFL: National Patriotic Front of Liberia (autokratischer Rebellenchef: Charles Taylor).

INPFL: (Abspaltung von der NPFL) Independent National Patriotic Front of Liberia (Prince Johnson), seit 1992 faktisch nicht mehr existent.

ULIMO: United Liberation Movement for Democracy in Liberia; Die Nachfolgeorganisation; erklärtes Ziel: militärische Niederlage der NPFL.

ESMC: Ecowas Standing Mediation Committee, am 30.5.1990 unter dem Eindruck des Krieges in Liberia gegründet; vier Mitglieder werden für drei Jahre von den ECOWAS-Staats- und Regierungschefs bestimmt, das fünfte Mitglied soll der amtierende, auf den ECOWAS-Gipfeln gewählte ECOWAS-Präsident sein; der Gründungdbeschluß bezog sich auf den Nichtangriffspakt von 1978.

Hintergrund und Verlauf der Intervention

Da von außen kein Eingreifen zu erwarten war, beschlossen unter dem Einfluß Nigerias mehrere westafrikanische Staaten, in Liberia zu intervenieren. Der regionale Versuch zur Beendigung des Krieges fand die Billigung und Unterstützung der USA, der UNO und der OAU. Dieser Ansatz konnte militärisch nur deshalb verfolgt werden, weil in Gestalt Nigerias eine Regionalmacht vorhanden war, die über ein Mindestmaß an erforderlichen militärischen und logistischen Kapazitäten verfügte. Das militärische Engagement der mit Truppen aus Nigeria, Ghana, Gambia, Sierra Leone und Guinea bestückten ECOMOG wurde humanitär begründet: Dem Blutvergießen

sollte Einhalt geboten werden. Weitere Rechtfertigungsgründe für die Intervention waren:
- die Gefährdung und Tötung von Bürgern westafrikanischer Staaten durch die Kriegsparteien,
- die Belastung von Liberias Nachbarstaaten durch den Zustrom von Kriegsflüchtlingen,
- die von dem staatlichen Zerfall Liberias ausgehende Gefahr der regionalen Destabilisierung.

Ziel und Verlauf der Intervention

Da das Doe-Regime als noch immer offizielle Vertretung Liberias seine Billigung erteilte, war die Intervention auch nach klassischem Völkerrecht legitimiert. Die Zielsetzung des ECOMOG-Engagements war eindeutig: Mittels eines Waffenstillstands und der Entwaffnung der Kriegsparteien sollten die Voraussetzungen für allgemeine Wahlen geschaffen werden, durch die Liberia eine legitimierte Regierung erhalten und zum Frieden finden sollte. Die offizielle Ausrichtung der ECOMOG auf eine Friedensmission wurde durch die weiße Farbe der Helme versinnbildlicht. Doch so klar die Zielsetzung, so unübersichtlich waren die Voraussetzungen, unter denen der Einsatz erfolgte: Als die ersten ECOMOG-Verbände in Liberias Hauptstadt Monrovia eintrafen, gab es keinen Waffenstillstand zu überwachen, wie es das Mandat verlangte; vielmehr tobte ein erbitterter Kampf um die Macht, an dem sich neben den Doe-Truppen und den Taylor-Rebellen auch die inzwischen von der NPFL abgespaltene Independent National Patriotic Front of Liberia (INPFL) unter Prince Johnson beteiligte. Die Antwort auf die Dynamik des Krieges war die Ausweitung des ursprünglichen "Peace-keeping"-Auftrags auf "Peace-enforcement". ECOMOG-Verbände vertrieben die NPFL-Rebellen aus Monrovia, nahmen die Überreste der Doe-Armee und die INPFL - nach dem von ihr verübten Mord an Doe (September 1990) - in unterschiedlichen Quartieren Monrovias an die Kandare und erreichten so die Trennung der drei Kriegsparteien. Der Militäreinsatz ermöglichte die Installierung einer durch eine Nationalkonferenz getragenen Interimsregierung unter Amos Sawyer und erzwang Ende November 1990 einen Waffenstillstand. Damit hatte die ECOMOG nicht nur die Gewaltexzesse beendet, sondern auch die Machtübernahme durch Taylor oder Johnson vereitelt. Der Preis dafür war die faktische Teilung Liberias: Monrovia stand unter Kontrolle der ECOMOG und der mit ihr kooperierenden Interimsregierung, das übrige Territorium verblieb Einflußgebiet der NPFL.

Die ECOMOG konnte nicht verhindern, daß die NPFL ihren Kampf in Liberia nadelstichartig fortführte und im März 1991 den Krieg in die an Liberia grenzenden Regionen Sierra Leones hineintrug, um dessen Teilnahme an der ECOMOG zu bestrafen und die Interventionsstreitmacht insgesamt zu schwächen. Sierra Leone erhielt bilateralen militärischen Beistand von Seiten Nigerias und Guineas und unterstützte auf seinem Territorium die Formierung der Doe-Nachfolgeorganisation United Liberation Movement for Democracy in Liberia (ULIMO), deren erklärtes Ziel die militärische Niederlage der NPFL war. Während in Liberia die ECOMOG mit dem Anspruch einer überparteilichen Konfliktschlichtungsinstanz auftrat, waren ihre Teilnehmer Sierra Leone, Guinea und Nigeria in Sierra Leone Kriegsgegner der NPFL. Die enge Wechselwirkung zwischen den Kriegsschauplätzen Liberia und Sierra Leone, die Ausweitung der Kämpfe zwischen ULIMO und NPFL von Sierra Leone auf Liberia sowie der Widerspruch zwischen der offiziellen Neutralität der ECOMOG und der faktischen Parteilichkeit ihrer Teilnehmer waren neben der fehlenden Friedens- und Kompromißbereitschaft der NPFL die wichtigsten Gründe dafür, daß das im Oktober 1991 in der ivorischen Hauptstadt Yamoussoukro geschlossene Friedensabkommen nicht umgesetzt werden konnte. Obwohl die ULIMO bereits für alle Yamoussoukro-Teilnehmer erkennbar zu den Kriegsparteien zählte, wurde an dem Abkommen lediglich die NPFL beteiligt. Zwar war die ULIMO ebensowenig kompromiß- und friedensbereit wie die NPFL, doch die ECOMOG pochte lediglich auf die Vertragstreue der Taylor-Rebellen, ohne das militante Auftreten der ULIMO zu unterbinden. In Verletzung ihrer vertraglich festgelegten Neutralitätspflicht lieferte die ECOMOG der NPFL den Vorwand, ihrerseits die im Yamoussoukro-Abkommen zugesicherte Übergabe der Waffen an die ECOMOG von der gleichzeitigen Entwaffnung der ULIMO abhängig zu machen. Die Realisierung der Friedensregelung kam nicht zustande: Da die NPFL die ECOMOG als Kriegsgegner ansah, richteten die Taylor-Rebellen im Herbst 1992 die Waffen nach 1990 ein zweites Mal gegen Monrovia. Obwohl die ECOMOG, in Kooperation mit der ULIMO und inzwischen bereit stehenden Truppeneinheiten der Interimsregierung, eine monatelange Gegenoffensive unternahm, um die NPFL durch einen militärischen Sieg als politische Kraft auszuschalten, dauerte der Krieg Mitte 1993 fort. Die NPFL kontrollierte noch immer zwei Drittel des Landes. Die ECOMOG hatte die Hafenstadt Buchanan erobert und die NPFL ihres wichtigsten Exporthafens beraubt, doch die wirtschaftlich (und für die Kriegsfinanzierung) bedeutendsten Gebiete Liberias außerhalb der Hauptstadt lagen nach wie vor in "Taylor-Land".

Um das Ziel des "Peace-enforcement" verfolgen zu können, war die Stärke der ECOMOG unter großem finanziellen, waffentechnischen und personellen Aufwand v.a. Nigerias von anfänglich 2.500 auf 16.000 Mann vergrößert worden. Dennoch waren die Verfechter der militärischen Machbarkeit und der (auf ein Jahr) begrenzten Dauer des ECOMOG-Engagements widerlegt worden.

Die Rolle der frankophonen Staaten

Die Intervention der ECOMOG in Liberia war der ambitionierte Versuch v.a. Nigerias, eine "(west-)afrikanische Lösung für ein (west-)afrikanisches Problem" zu erreichen. Diesem Versuch stemmten sich die frankophonen ECOWAS-Staaten, namentlich Côte d'Ivoire, Burkina Faso und Senegal, in der Anfangsphase entgegen. Côte d'Ivoire und Burkina Faso unterstützten, wie auch Libyen, die NPFL gegen Doe, Burkina Faso sogar mit eigenen Truppen. Hinter den frankophonen Staaten standen wichtige Kräfte in Frankreich, die eine Ausdehnung des französischen Einflusses auf anglophone Staaten Westafrikas betrieben. Der ivorische Staatspräsident Houphouet-Boigny hatte auch ein persönliches Motiv, die Doe-Gegner zu unterstützen: Does bei dessen Machtübernahme im Jahre 1980 getöteter Vorgänger Tolbert war mit Houphouet verwandschaftlich verbunden. Daß seinerseits Burkina Faso die ivorische Anti-Doe-Linie teilte, war u.a. ebenfalls auf verwandschaftliche Beziehungen der Staatschefs Houphouet und Compaoré zurückzuführen.

Erst nach dem liberianischen Waffenstillstand vom November 1990 gelang es ECOMOG-Unterstützer USA mit Zuckerbrot und Peitsche, die frankophonen Staaten zur Beteiligung an einer Friedenslösung im Rahmen von ECOWAS zu zwingen. Um einer Bestrafung u.a. durch negative US-Einflußnahme in IWF und Weltbank zu entgehen, auf deren Unterstützung sie im Rahmen ihrer Strukturanpassungspolitik angewiesen waren, arbeiteten die genannten frankophonen Staaten mit der ECOMOG-Vormacht Nigeria zusammen: Côte d'Ivoire wurde das Einschwenken auf ECOMOG-Kurs durch das Zugeständnis der politischen Federführung honoriert. Dies lief faktisch auf eine Arbeitsteilung mit Nigeria hinaus, das die Federführung im militärischen Bereich behielt. Noch weiterreichende Konzessionen als Côte d'Ivoire machte Senegal, indem es sich mit einem Truppenkontingent von 1.500 Mann an der ECOMOG beteiligte. Mali entsandte einige Offiziere. Burkina Faso stellte ebenfalls eine Beteiligung an der ECOMOG in Aussicht, beließ es jedoch bei der Ankündigung. Die Annäherung der bisherigen Unterstützer Côte d'Ivoire und Burkina Faso an Nigeria zwang schließlich die - damals isolierte - NPFL zur Einwilligung in die Vereinbarungen von Yamoussoukro. Daß aus dem Zwang niemals Überzeugung wurde, hat indes die weitere Entwicklung des Kriegsgeschehens in Liberia und Sierra Leone gezeigt.

Die "Pax Nigeriana"

Die ursprünglichen Bedenken der frankophonen Staaten gegen die von der NPFL als Aggressor stigmatisierte ECOMOG orientierten sich an den UNO-, OAU- und ECOWAS-Prinzipien der nationalen Souveränität, der territorialen Integrität und der Nichteinmischung. Mit dem Argument, daß es sich in Liberia vorwiegend um einen innerstaatlichen Konflikt und damit um eine innere Angelegenheit handelte, versuchten Côte d'Ivoire und Burkina Faso en passant von ihrer eigenen Verstrickung in den Krieg auf Seiten der Doe-Gegner abzulenken. Grundsätzlich hatten indes die frankophonen Staaten auf dem ECOWAS-Gipfel Ende Mai 1990 der Initiative Nigerias und Ghanas zur Schaffung eines von der ECOWAS getragenen Konfliktlösungsmechanismus zugestimmt. Die Zusammenkunft der Staats- und Regierungschefs hatte die Einsetzung eines ECOWAS Standing Mediation Committee (ESMC) beschlossen, das künftig in für die Region gravierenden Krisenfällen wie Liberia vermitteln sollte. Ein solches Gremium hätte seine Aufgabe der Vermittlung bei ausgewogener Zusammensetzung erfüllen können, es konnte dies jedoch nicht unter den Bedingungen der Instrumentalisierung durch eine Regionalmacht wie Nigeria. Nigeria hatte bei der Konstituierung des ESMC dafür gesorgt, daß mit Gambia, Ghana, Togo und Mali Staaten vertreten waren, von denen es Kooperation, zumindest keinen Widerspruch zu erwarten hatte. Senegal und Côte d'Ivoire waren in dem Gremium nicht vertreten. Unter maßgeblichem Einfluß Nigerias formulierte das ESMC einen Friedensplan und beschloß am 7. August 1990, um Liberias Nachbarn Sierra Leone und Guinea erweitert, den Einsatz der ECOMOG. Dabei machten Togo und Mali ihre Distanzierung durch Entsendung nachrangiger Vertreter deutlich, während die ECOMOG-Teilnehmer das Gewicht der Staats- und Regierungschefs hinter die Entscheidung legten.

Die überrumpelten frankophonen Staaten lehnten die ECOMOG mit dem stichhaltigen Argument ab, daß ein für die Region und die suprastaatlichen Institutionen so weitreichender Beschluß wie die Aufstellung einer Interventionsstreitmacht nur im Rahmen der gesamten ECOWAS hätte gefaßt werden dürfen. Aus ihrer Sicht bildete die ECOMOG das Instrument zur Durchsetzung einer "Pax Nigeriana" (Nwokedi 1992:12) und zur Festigung der Regionalmachtstellung Nigerias. Zwar gewann die ECOMOG-Intervention durch die Zustimmung Does Legitimation im Sinne des klassischen Völkerrechts, ihre regionalpolitische Legitimation hingegen war mehr als zweifelhaft. Der Gründungsmakel wurde letztlich auch nicht dadurch beseitigt, daß die ECOMOG im Yamoussoukro-Abkommen von Côte d'Ivoire, Burkina Faso und Senegal als neutrale Konfliktschlichtungsinstanz anerkannt wurde. Die Entwicklung des Krieges und die Parteilichkeit der ECOMOG gegen die NPFL führte schließlich zur Wiederherstellung der ursprünglichen Gegensätze: Burkina Faso brandmarkte die ECOMOG im Oktober 1992 als Aggressor, Senegal zog seine Soldaten - mit der vagen Begründung von Eigenbedarf in seiner Konfliktregion Casamance - im Januar 1993 ab. Côte d'Ivoire hielt zunächst das offizielle Bekenntnis zum regionalen Konfliktlösungsansatz aufrecht, mußte allerdings im Frühjahr 1993 ohnmächtig der Bombardierung eigener Grenzorte durch die ECOMOG zuschauen, die dort Schlupfwinkel der NPFL vermutete. Es hat den Anschein, daß Burkina Faso und Côte d'Ivoire die frühere logistische und militärische Unterstützung Taylors - sofern diese überhaupt je eingestellt worden war - 1992/93 wiederaufgenommen haben.

Die Interessen der USA und Nigerias

Ungeachtet der innerwestafrikanischen Gegensätze hielten die USA und mit ihnen die UNO bis weit in das Jahr 1993 hinein an der Präferenz für eine regionale Konfliktlösung auf der Ebene der ECOWAS fest.



... nur noch im Hinterland als Patriot und Befreier feiern lassen.

Trotz der Aufrufe liberianischer Kreise, in ihrem traditionellen Einflußgebiet Liberia mehr Flagge zu zeigen, hatten die USA ihr Engagement 1990 darauf beschränkt, Marineeinheiten vor die Küste Liberias zu entsenden, um die Evakuierung amerikanischer und anderer ausländischer Staatsbürger zu ermöglichen und US-amerikanische Einrichtungen in Liberia zu schützen. Der Hauptgrund für die Zurückhaltung lag darin, daß sich die USA mit der Okkupation Kuwaits durch den Irak Anfang August 1990 mit einer viel größeren militärischen Herausforderung als Liberia konfrontiert sahen, die selbst für eine Supermacht eine Konzentration ihrer Kräfte erforderte.

Das US-Interesse an militärischer Zurückhaltung in Liberia konvergierte mit Ambitionen Nigerias, durch militärisches Engagement seinen Anspruch auf prominente Teilhabe in einer von den USA dominierten "Neuen Weltordnung" zu untermauern und sich mittelfristig als Regionalmacht für einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat zu empfehlen. Abgesehen davon verfolgte Nigeria in Liberia eigenständige Ziele:

- Das Babangida-Regime hatte ein Interesse, durch eine prestigeträchtige Außenpolitik wie den ECOMOG-Einsatz ein Ventil für seine wachsenden innenpolitischen Probleme zu schaffen.
- Das Interesse an einem nigeriafreundlichen liberianischen Regime ist evident. Unter Doe war Liberia für die Regionalmacht zu einem bevorzugten Partner geworden. Die nigerianisch-liberianische Partnerschaft drohte indes durch die Machtübernahme (oder - teilhabe) der NPFL in Monrovia zerstört zu werden. Zudem beargwöhnten sowohl Nigeria als auch die USA die Kooperation Taylors mit Libyen.
- Nigeria hat ein Interesse, französischen Einfluß in Westafrika zu minimieren und Versuche zur Ausweitung dieses Einflusses zu vereiteln, um seine eigene Position in der Rivalität mit Frankreich zu festigen.

Ein Grundproblem der ECOMOG-Intervention lag in den machtpolitischen Interessen Nigerias, die zu dem Widerspruch zwischen offizieller Überparteilichkeit und faktischer Parteinahme der Interventionsstreitmacht führten. Dabei kam zum Tragen, daß die Interessen der USA und Nigerias in dem entscheidenden Punkt übereinstimmten, eine Machtübernahme durch Taylor zu verhindern.

Das Engagement der UNO und das Abkommen von Cotonou

Erst als offensichtlich wurde, daß die ECOWAS aufgrund interner Interessengegensätze aus eigener Kraft den Krieg in Liberia nicht beenden konnte, wurde die UNO ab November 1992 in die Bemühungen zur Krisenlösung eingeschaltet: Der UNO-Sicherheitsrat verabschiedete seither mehrere Resolutionen zu Liberia (788, 813 und 856), entsandte einen (jamaikanischen) Sonderbotschafter und koordinierte in Abstimmung mit der ECOWAS Friedensgespräche, die am 25. Juli 1993, unter UNO-Ägide, zum Abkommen von Cotonou (Hauptstadt Benins) führten. Die zunehmende militärische Erschöpfung und die wachsende Einsicht in die Unmöglichkeit einer militärischen Entscheidung hatte bei allen Kriegsparteien die Bereitschaft zu Verhandlungen geweckt. Das Cotonou-Abkommen sah einen Waffenstillstand (ab 1. August 1993), die Entwaffnung und Demobilisierung der Kriegsparteien, die Bildung eines Interimsstaatsrates mit Vertretern der bisherigen Interimsregierung, der ULIMO und der NPFL sowie allgemeine Wahlen bis Februar 1994 vor. Zwei bedeutende Forderungen Taylors und frankophoner Staaten fanden in dem Abkommen Berücksichtigung: die Überwachung der regionalen Interventionsstreitmacht durch die UNO, um die Neutralität der Entwaffnungsinstanz zu garantieren, und die Relativierung des nigerianischen Übergewichts durch Integration von Truppenkontingenten aus afrikanischen Staaten außerhalb der ECOWAS. Als Kandidaten dafür kamen Botswana, Zimbabwe, Zambia, Tanzania, Ägypten und Marokko ins Gespräch. Durch die ungeklärte Finanzierungsfrage verzögerte sich indes nicht nur die Neuformierung der ECOMOG, sondern auch die Entsendung von Beobachtern der UNO in einem Maße, daß das Abkommen vom 25. Juli bereits wieder in Gefahr geriet, weil die Entwaffnung der Kriegsparteien, unabdingbare Voraussetzung eines politischen Friedensprozesses, nicht in Gang kam.

Darüber hinaus besteht Unklarheit, ob - wie von der UNO und in internationalen Medien behauptet wird - alle Kriegsparteien Liberias an dem Abkommen beteiligt wurden. Zweifel gibt es besonders hinsichtlich der Vertretung der ULIMO am Verhandlungstisch: Spätestens Mitte 1992 hat sich eine Spaltung in einen sogenannten Sierra-Leone-Flügel und einen sogenannten Guinea-Flügel vollzogen. Dem für die ULIMO präsenten Unterzeichner des Abkommens von Cotonou, Alhaji Kromah, Chef der Guinea-Fraktion, wurde aus den Reihen der Sierra-Leone-Fraktion die Legitimation abgesprochen, die ULIMO zu vertreten. Stimmen aus der Sierra-Leone-Fraktion kündigten die Fortsetzung des Krieges gegen die NPFL an. Selbst wenn die ULIMO in allen Untergliederungen zum Cotonou-Abkommen stünde, erschiene ungewiß, ob sich die NPFL an die Verpflichtung zur Entwaffnung halten wird. Obwohl die NPFL zu einem militärischen Sieg nicht in der Lage ist, könnte sie vermutlich noch auf lange Sicht durch Guerillaaktivitäten die Befriedung Liberias verhindern. Vor diesem Hintergrund könnten sich Vorschußlorbeeren internationaler Beobachter, die dem Cotonou-Abkommen mehr Erfolgschancen einräumen als dem gescheiterten Yamoussoukro-Abkommen von 1991, als voreilig erweisen. Die Befriedung Liberias dürfte sich als ein äußerst schwieriger Prozeß entpuppen.

Peter Körner

Dieser Artikel ist eine gekürzte Fassung von Kathrin Eikenbergs und Peter Körners Beitrag "Militärinterventionen in Liberia und Somalia", der im Oktober im Afrika-Jahrbuch bei Leske & Budrich (Leverkusen) erscheinen wird.

Bilanz: Konfliktlösungen lassen sich nicht erzwingen

Im folgenden resümieren die AutorInnen Kathrin Eickenberg und Peter Körner die gescheiterten Konfliktlösungsversuche in Somalia und Liberia.

Ausschlaggebend für die Entscheidung zur Intervention war in Liberia wie in Somalia nicht, daß dieser Schritt prinzipiell nach humanitärem Völkerrecht legitim und geboten schien, sondern die Interessenlage der ausführenden Mächte und die Annahme der politischen und militärischen Machbarkeit der Intervention. Politische Ziele standen ebenfalls unter dem Primat der Interessenlage der Interventionsmächte und bezogen sich erst in zweiter Linie auf die Austrocknung des Konfliktes. Dadurch wurde letzten Endes die Konfliktregelung erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

In Liberia wie in Somalia erfolgte die Militärintervention erst nach extrem gewaltsamer Konflikteskalation. Eine präventive Gegensteuerung hatte nicht stattgefunden. In beiden Fällen waren die USA vor dem Hintergrund des Ost-West-Konflikts jahrelang als Schutzmacht für repressive, aber prowestliche Regime aufgetreten, die für sie die Funktion afrikanischer Bollwerke gegen die Sowjetunion hatten. Die Stärkung der Regime von Barre und Doe durch externe Unterstützung hatte erheblichen Anteil daran, daß die schweren innenpolitischen Konflikte zum Krieg eskalierten. Die in diesem Sinne für die Kriege mitverantwortlichen USA haben sich in beiden Fällen in kritischen Phasen für die Aufgabe ihrer Schutzmachtrolle entschieden, zunächst ohne einen politischen oder militärischen Beitrag zur Verhinderung der Eskalation oder gar zur Lösung der Konflikte zu leisten. Als schließlich die dann humanitär begründeten Militärinterventionen erfolgten, fanden sie im Kontext fortgeschrittener Fragmentierung der Konfliktstrukturen, wachsender Unübersichtlichkeit des Kriegsgeschehens und weitgehenden Zerfalls jeglicher staatlichen Autorität statt - in einer Situation also, in der die Problemlösung ungleich schwieriger war als sie es bei einem früheren, präventiven Eingreifen gewesen wäre. Daß am Horn von Afrika die USA bzw. die UNO intervenierten, in Liberia aber ein regionaler Militärverband unter Führung Nigerias, erklärt sich im wesentlichen dadurch, daß mit Nigeria in Westafrika eine Regionalmacht vorhanden war, die politisch und militärisch die Bereitschaft und die Fähigkeit zur (auch stellvertretenden) Intervention besaß. Da kein ostafrikanischer Staat diese Rolle spielen kann, konnte eine Militärintervention in Somalia nur von einer außerregionalen Macht ausgehen. Zudem hat das Horn von Afrika durch die Nähe zum Persischen Golf immer noch eine größere strategische Bedeutung als Westafrika.

Die regionale wie die internationale Militärintervention erwiesen sich binnen kurzem als problembefrachtet: Zwar wurden humanitäre Ziele in Liberia mit der Beendigung der Massaker von 1990 und in geringerem Maß in Somalia mit der Erleichterung der Nahrungsmittelhilfe erreicht, doch die (vorgebliche) politisch-militärische Neutralität der intervenierenden Akteure ging, so es sie in der Realität je gab, verloren; die Interventionsstreitkräfte wurden in das Konfliktgeschehen einbezogen und von einer oder mehreren Konfliktparteien als parteiisch wahrgenommen. In beiden Fällen sahen sie sich gezwungen, militärische Gewalt auszuüben und aktiv in das Konfliktgeschehen einzugreifen. Dadurch trugen sie (besonders in Somalia) dazu bei, die Komplexität der Konfliktstrukturen zu erhöhen, die Machtverhältnisse zwischen den Konfliktparteien zu verändern und eine Lösung zu erschweren. Unterlassene oder unzureichende Bemühungen, durch ein früheres Eingreifen einer weiteren Eskalation der Kämpfe entgegenzutreten, waren damit nicht zu kompensieren; daß die Interventionsmächte als parteiisch wahrgenommen wurden, behinderte oder (im Fall Liberias) blockierte den aufs engste mit der Intervention verknüpften politischen Verhandlungs- und Regulierungsprozeß. Im Falle Liberias führte dies dazu, daß die UNO und die OAU den regionalen Akteuren als beobachtende und unterstützende Instanzen vorgeschaltet wurden, ohne daß sich daraus eine dauerhafte Friedensregelung ergibt.



"Die Komplexität der Konfliktmuster hat sich erhöht."

Es gibt eine Reihe von Staaten, in denen eine (internationale) Militärintervention ähnlich wie in Liberia und Somalia humanitär, mit dem durch innere Kriege und den Zerfall staatlicher Strukturen verursachten Leiden, begründet werden könnte. Die Diskussion über die völkerrechtliche Legitimation von Einschränkungen der nationalen Souveränität konzentriert sich auf Prinzipien. Die Praxis sieht anders aus: Die Interventionen in Liberia und Somalia zeigen zum einen, wie stark es von Interessen und der Einschätzung der militärischen "Machbarkeit" abhängt, ob, wann und von wem interveniert wird; zum anderen machen sie deutlich, wie problematisch die Auswirkungen und wie gering die Aussichten sind, eine Konfliktlösung herbeizuzwingen.

Der Kommentar der Menschenrechtsorganisation "African Rights" gilt nicht nur für Somalia: "Vor allem muß man sich darüber im klaren sein, daß eine Militärintervention humanitäre Probleme oder Konflikte nicht lösen kann; sie kann sie nur verändern. In einer scheinbar ausweglosen Situation ist die Versuchung groß, voller Entsetzen auszurufen: "Tut doch etwas!". Die Marine-Infanterie zu schicken, ist ein in befriedigender Weise dramatisches Etwas, aber die Atempause, die es gewährt, ist äußerst kurz."

Kathrin Eikenberg/Peter Körner

Mit einem blauen Auge davongekommen

Der UN-Einsatz in Kambodscha

Als die ersten Blauhelme Anfang 1992 in Kambodscha ankamen, war die Bevölkerung begeistert. Der mit 22.000 Soldaten und Beamten aus 41 Ländern größte Einsatz seit der Kongo-Krise Mitte der 60er sollte dem geschundenen Land endlich den Frieden bringen. Heute bezeichnen die Kambodschaner die Soldaten als Söldner, die durch koloniale Attitüden auffallen. Nachdem ihre Hauptaufgabe, die Entwaffnung, gescheitert ist, haben sie einem der ärmsten Länder der Welt durch das Verprassen ihres Solds und der 'Wiederaufbauhilfe' einen spekulativen Dienstleistungsboom beschert, von dem in erster Linie einige thailändische Geschäftsleute profitieren. Heinz Kotte hat im Mai an den Wahlen in Kambodscha beobachtend teilgenommen und analysiert für uns, wie es zu dieser Entwicklung kommen konnte.



Soldat mit kolonialen Attitüden, Zeichnung aus: SOZ 9/93.

Ungefähr 16.000 Soldaten aus 41 Ländern bilden die 'militärische Komponente' von UNTAC und treten in den Straße Phnom Penhs und den Dörfern der Mekongniederungen wie eine Besatzungsmacht auf. Sie sprechen kein Khmer, können sich kaum untereinander verständigen, trinken, huren und brettern mit ihren weißen Toyota-Geländefahrzeugen mit den blauen UN-Symbolen wie wilde Reiterhorden durch das Land. Sie sind alle ohne Beschäftigung, weil ihre Mission, die Entwaffnung und Kasernierung der Truppen der Konfliktparteien, gescheitert ist. "Besser so, als wenn sie herumballern würden wie in Somalia", ist der Trost eines Beamten im Obersten Nationalrat. Der Kambodschaeinsatz ist äußerst lukrativ, nicht nur für die Einzelnen, sondern auch für die Regierungen, da Devisen im Spiel sind. Die Legionäre erhalten täglich 150 US-Dollar auf die Hand und die Regierungen ihrer Heimatstaaten monatlich 988 US-Dollar als Entschädigung für einen Soldaten überwiesen. Die Sonderkonditionen für einen Berufssoldaten aus dem Sanitätscorps der Bundeswehr in Kambodscha sind geradezu traumhaft, er erhält zu seinen laufenden Bezügen eine fast steuerfreie monatliche Zulage von 6260,- DM. Zu vergleichbaren Bedingungen 'arbeiten' auch 3600 Polizisten aus 32 Nationen, meist polizeiliche Sonderkommandos, wie der Bundesgrenzschutz (BGS) aus der Bundesrepublik. Die beamteten Angehörigen des BGS streichen sogar monatlich zusätzliche 11.759,- DM ein.[1] Sie regeln nicht nur den Straßenverkehr von Phnom Penh, sondern sammeln auch Daten über die militärische Lage des Landes und versorgen ihre Einsatzzentralen mit Informationen über "Polizeieinsätze unter tropischen Bedingungen" für weiterführende Operationen. Zu ähnlichen Bedingungen sind auch 2.400 Beamte aus den UN-Bürokratien in New York, Genf und Wien angetreten, denen man den Widerwillen gegen ihre Versetzung ins unwirtliche Phnom Penh anmerkt.

Deutlich von ihnen unterscheiden sich

die Freiwilligen der UNO, engagierte Helfer aus aller Welt. Sie arbeiten für ein Taschengeld und haben die eigentliche Arbeit der Vorbereitung und Leitung der Wahlen vom 23.-28. Mai in Kambodscha geleistet. Ebenso im Gegensatz zu den von der Bevölkerung isolierten Militärs und Bürokraten der UNTAC arbeiten die Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO), die soziale Probleme aufgreifen und mit den echten Reformkräften des Landes kooperieren, z.B. der buddhistischen Reformbewegung, den fünf neugegründeten Menschenrechtsorganisationen, Frauengruppen, Studentenverbänden, Journalisten oder auch engagierten Vertretern der Regierung.

Die UNTAC als 'Trojanisches Pferd'

Der Auftrag der UNO besteht nach dem Pariser Friedensabkommen vom Oktober 1991 darin, einen Waffenstillstand zu überwachen, den Abzug ausländischer Truppen sicherzustellen, den militärischen Nachschub aus dem Ausland zu unterbinden, die Streitkräfte der Konfliktparteien auf 30 % zu demobilisieren, zu entwaffnen und zu kasernieren und Minen zu räumen. Außerdem sollten die Ministerien für Verteidigung, Inneres, Äußeres, Finanzen und Information aufgelöst und der Übergangsverwaltung UNTAC unterstellt werden, 370.000 Flüchtlinge aus Thailand repatriiert und der Wiederaufbau des Landes eingeleitet werden. Das alles für das eine Ziel und den abschließenden Höhepunkt der Mission, "ein neutrales Umfeld zu schaffen, das zur Durchführung von freien und fairen Wahlen geeignet ist". [2]

Der Auftrag ist mit Ausnahme einiger Teilerfolge nicht erfüllt worden, mit den eigenen Worten des Sonderbeauftragten der UNO in Kambodscha Yasushi Akashi in einem internen UNTAC Papier: "Wir haben die Erwartungen in unsere Mission nicht erfüllt, wir haben keinen Waffenstillstand durchsetzen können, wir haben die kriegsführenden Fraktionen nicht entwaffnen können und wir sind weit davon entfernt, ein Klima herzustellen, in dem unabhängige und freie Wahlen möglich sind". [3]

Zur Ausnahme zählt, dank der guten Arbeit von Mitarbeitern des UNHCR, die Rückführung der Flüchtlinge aus thailändischen Lagern. Dafür standen jedoch nur 100 Mio. US-Dollar zur Verfügung, nicht einmal 5 % der 2,8 Mrd. US-Dollar teuren UNTAC-Mission. Was aus den Zurückgekehrten wird, wenn die für zwölf Monate ausreichenden Reisrationen aufgezehrt sind, weiß niemand.

Die Wahlen im Mai fanden praktisch unter Kriegsbedingungen statt. Alle Parteien waren bewaffnet, die Roten Khmer drohten mit Angriffen auf die Wahlstationen, die Angehörigen der UNO-Mitarbeiter wurden evakuiert und die Nachbarländer Thailand und Vietnam hielten Manöver entlang der Grenze zu Kambodscha ab. Daß unter dem Eindruck "Pol Pot ante portas" trotzdem über 90 % der 4,7 Mio. Registrierten zu den Wahlen gegangen sind, basiert auf der Hoffnung der Bevölkerung, durch die Wahlen werde Frieden ins Land zurückkehren. Prof. Reginald Austin aus Zimbabwe, der verantwortliche UNTAC-Wahlleiter, und die freiwilligen kambodschanischen und ausländischen Wahlhelfer haben alles getan, um das Vertrauen in freie und faire Wahlen nicht zu enttäuschen. Trotzdem war die Durchführung unter Kriegsbedingungen für die Beteiligten lebensgefährlich. Welchen politischen Kuhhandel Norodom Sihanouk mit den Roten Khmer in Beijing ausgehandelt hat, die Wahlen nicht gewaltsam zu verhindern, wird wohl das Geheimnis des Prinzen bleiben.

Der Sonderbeauftragte Yasushi Akashi und sein australischer Oberbefehlshaber General John Sanderson haben von Anfang an den eigens für den Versöhnungsprozeß geschaffenen Obersten Nationalrat, der sich aus allen Konfliktparteien zusammensetzt, ignoriert und UNTAC an die Regierung Kambodschas gebunden. Damit war die Polarisierung zwischen den Roten Khmer im Dschungel und den seit 1979 in Phnom Penh an der Macht stehenden Kambodschanischen Volkspartei vorprogrammiert und die Verweigerung der Kooperation durch die Roten Khmer besiegelt. Die Roten Khmer gewannen dadurch einen neuen Rückhalt in der Bevölkerung, denn die Regierung in Phnom Penh gilt trotz aller kosmetischen Umgestaltungen als Vasall Vietnams. Diese außenpolitische Dimension des Kambodschakonfliktes, die tief im Bewußtsein der Bevölkerung verankert ist, wurde durch UNTAC sträflich unterschätzt und vernachlässigt. Die USA verschärften die Situation mit ihrer Außenpolitik: Das State Department drohte offen mit der Streichung seiner UNTAC-Mittel in Höhe von 880 Mio. US-Dollar, falls Sihanouk eine Koalition mit den Vasallen seiner vietnamesischen Feinde suche und eine Verständigung mit den Roten Khmer anstrebe. Nur durch das gemeinsame Auftreten der ASEAN-Staaten für einen Verständigungskurs konnte die Drohung abgewendet werden.

Norodom Sihanouk wollte nach den Wahlen mit der Kambodschanischen Volkspartei eine Übergangsregierung bilden, um die Militärs einzubinden. Er war zudem bestrebt, nach buddhistischer Art der Konfliktlösung die Roten Khmer nicht auszuschließen, obwohl sie nicht an den Wahlen teilgenommen hatten. Angesichts dieser Politik zur Versöhnung der Konfliktparteien relativiert sich der Wert der Wahlen vom Mai mit dem exorbitanten Einsatz der UNTAC. In Phnom Penh geht das Wort um, daß UNTAC mit 32,8 Mrd. US-Dollar den Feudalismus unter Norodom Sihanouk wiederhergestellt habe. Er selbst hat bereits im Januar seine Kooperation mir UNTAC aufgekündigt, als über hundert seiner Parteigänger ermordet wurden und UNTAC nicht einschritt. Er unterstütze nur deshalb die Wahlen, sagte er in Phnom Penh, um nach deren Abschluß die Übergangsverwaltung mög-

Das Parteienspektrum in Kambodscha

Zu den Wahlen vom 23.-28.Mai waren 20 Parteien angetreten, die sich jedoch alle direkt auf die im folgenden dargestellten Konfliktparteien oder ihr Umfeld zurückführen lassen. Die "Roten Khmer" boykottierten die Wahlen.

Die Partei von **FUNCINPEC** (Front Uni National pour un Cambodge Indépendent, Neutre, Pacifique et Coopératif), von Norodom Sihanouk gegründet und seinem Sohn Norodom Ranariddh geführt, stützt sich auf traditionelle Eliten in Kambodscha und im Ausland, wird aber wegen des "Sihanouk-Bonus" von weiten Bevölkerungskreisen unterstützt. Sie erreichte in den Wahlen das beste Ergebnis mit 45 % oder 58 Sitzen für die verfassungsgebende Versammlung mit 120 Sitzen.

Die **Kambodschanische Volkspartei**, zu einer marxistisch-leninistischen Kaderpartei mit sozialistischen Zielen umfunktioniert, besteht aus ehemaligen Anhängern der "Roten Khmer", die 1979 mit vietnamesischer Hilfe an die Macht gelangten. Sie stützt sich auf den Verwaltungsapparat des Staates Kambodscha mit 150.000 Mann unter Waffen. In den Wahlen erhielt sie 38 % oder 51 Sitze.

Die **FNLP** (Front National de Libération du Peuple Khmer), vom ehemaligen Premierminister Son Sann gegründet, stützt sich auf das städtische Bürgertum und hat eine starke Anhängerschaft im Ausland. Im Wahlkampf gab sie sich den Namen Buddhistische Liberal-Demokratische Partei und gewann 3 % oder 10 Sitze.

Die **Partei des Demokratischen Kampuchea** oder **"Rote Khmer"** werden wegen ihres mörderischen Agrarsozialismus von 1975-79 weitgehend abgelehnt, genießen jedoch unter der Landbevölkerung wegen ihrer Unbestechlichkeit und antivietnamesischen Position Unterstützung. Sie verfügen über etwa 15.000 bewaffnete Kämpfer und kontrollieren etwa 20 % des Landes.

Die drei antivietnamesischen Parteien gründeten 1980 das Widerstandsbündnis Demokratisches Kampuchea, 1990 in Nationale Regierung von Kambodscha umbenannt. Alle vier Parteien unterzeichneten im Oktober 1991 das Pariser Friedensabkommen und bildeten den Obersten Nationalrat zur Umsetzung des Abkommens mit Hilfe von UNTAC.

lichst bald loszuwerden, denn UNTAC habe sich als ein 'Trojanisches Perd' entpuppt.

Mit Dollars wird das Land ruiniert

Die kambodschanische Bevölkerung hat in den vergangenen 20 Jahren nur unter mörderischen, inkompetenten und korrupten Regimes gelebt. Seit dem Wegfall der Hilfe aus der Sowjetunion hat die Anpassung ans westliche Wirtschaftssystem durch Privatisierung und Einführung der freien Marktwirtschaft eine 'Orgie der Korruption' ausgelöst.[4] Darüberhinaus löste der unersättliche Apparat von UNTAC mit einem Budget von 2,8 Mrd. US-Dollar eine Nachfrage aus, auf die das Land nicht vorbereitet war und die alle Entwicklungsansätze zunichte machte. Sogar Immobilien der Ministerien wurden verkauft, und das Geld wanderte in die Taschen von hohen Regierungsbeamten. Hotels, Restaurants, Bars, Bordelle und Taxiunternehmen boomen. Allen voran sicherten sich thailändische Unternehmen Zugang zum 'Kambodscha-Boom'. Die Importe von Konsumgütern haben sich vervielfacht und das Pro-Kopf-Einkommen ist 1992 durch die Zunahme von Dienstleistungen tatsächlich von 200 auf 230 DM gestiegen. Aber die einfache Bevölkerung hat das Nachsehen. Für sie sind die Mieten in den größeren Städten, wie Phnom Penh und Batambang, aber auch in den Kleinstädten, unerschwinglich geworden. Fleisch ist im letzten Quartal 1992 um das Doppelte teurer geworden, Reis um die Hälfte. Für die Versorgung der UNTAC-Angehörigen wird sogar Gemüse aus Thailand importiert, angeblich um die Marktpreise nicht weiter anzuheizen, so die Importeure.

Seit dem Eintreffen von UNTAC im März 1992 ist durch die Einführung des US-Dollar als Parallelwährung die Kaufkraft der nationalen Währung Riel rapide gesunken. In den ersten drei Monaten nach der Stationierung hat der Riel 400 % verloren, innerhalb von 15 Monaten 4000 %. Im Juni lag der Wechselkurs bei 12.000 Riel zu einem US-Dollar. In einem vertraulichen Bericht der Weltbank vom September 1992 ist für die Zeit nach den Wahlen ein Sofortprogramm in Höhe von 82,7 Mio. US-Dollar zur Stabilisierung des Riel und zur "Beendigung der Isolation und zur Integration Kambodschas in die internationale Wirtschaftsgemeinschaft" geplant. Norodom Sihanouk favorisiert dagegen ein Soforthilfeprogramm über 16 Mio. Dollar, um ausstehende Gehälter von Beamten und Militärs zu zahlen sowie soziale Maßnahmen durchzuführen. Er möchte damit Revolten vermeiden und die Hoffnung der Bevölkerung auf verbesserte Lebensbedingungen nicht enttäuschen, die sie an die Wahlen geknüpft hat.

Auf Initiative der japanischen Regierung haben sich im Juni 1992 34 Länder auf einen 'kleinen Marshallplan' in Höhe von 880 Mio. Dollar geeinigt, wovon Japan 30% übernommen hat. Seitdem scheint die japanische Regierung die Friedensbemühungen als Übung für die wirtschaftliche Übernahme des Landes zu betrachten. Der zwölfprozentige japanische Anteil an den UNTAC-Kosten fließt ohnehin schon direkt in japanische Fahrzeuge, Elektronik und Serviceleistungen. Die Wirtschaftsabteilung von UNTAC spielt bei der Auslieferung des Landes an ausländische Wirtschaftsinteressen offensichtlich kritiklos mit: "Wir können nicht zu einer gesunden Wirtschaft beitragen, wir können nur einen Schwebezustand erhalten, bis die Weltbank mit Geld eingreift".[5]

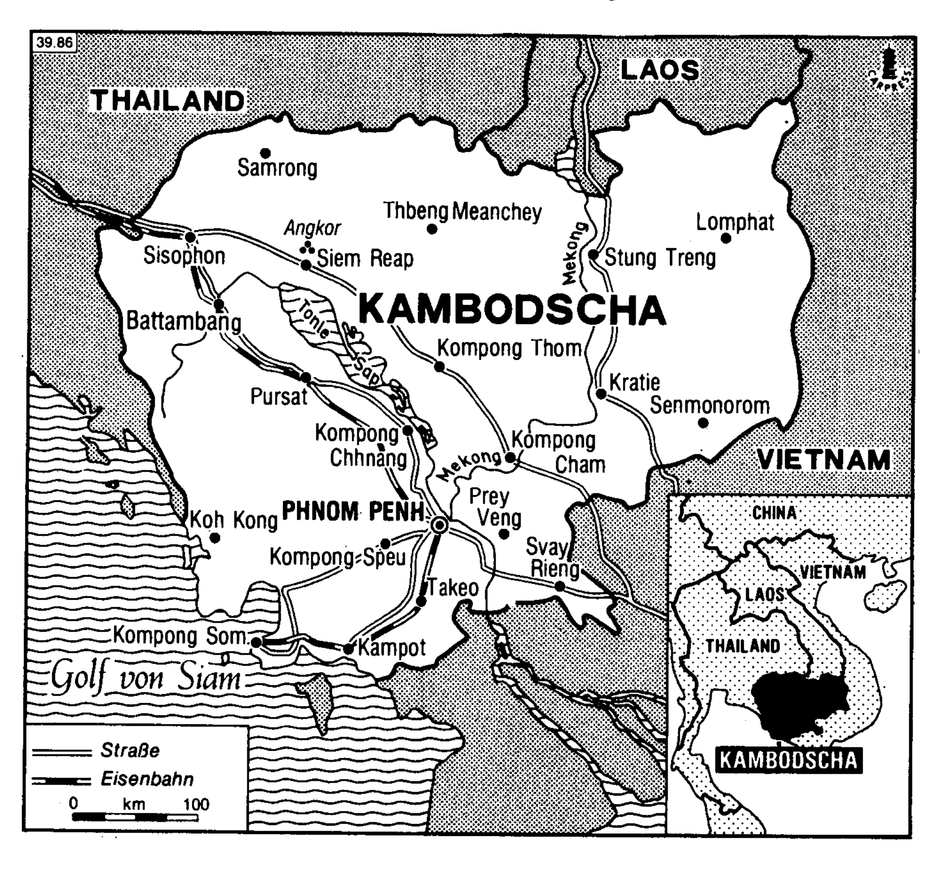
Warum gerade Kambodscha?

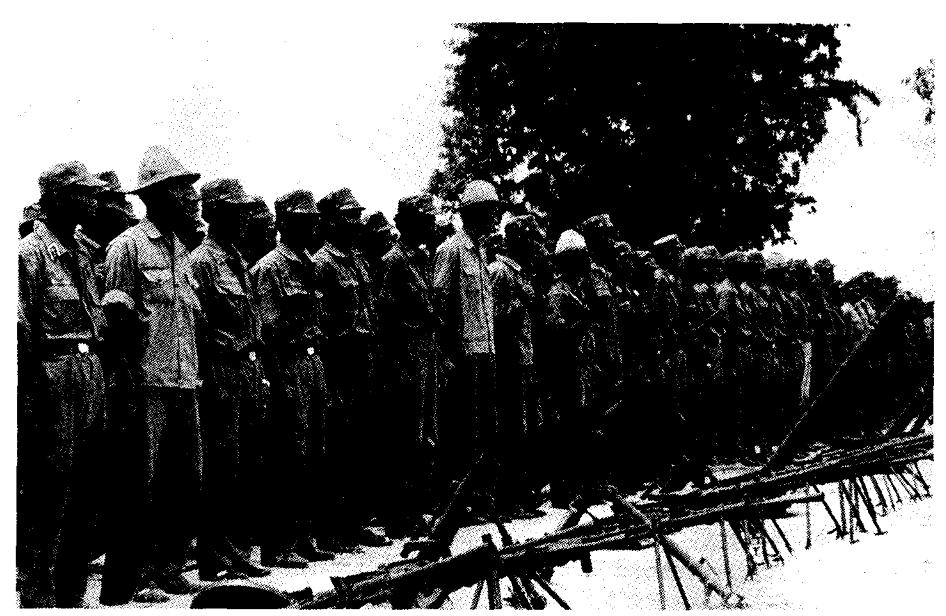
Aus asiatischer Sicht ist es nicht verwunderlich, daß die UNO so viel Aufwand für stabile kambodschanische Verhältnisse betreibt, waren doch seit dem Zweiten Weltkrieg alle Großmächte an dem Land interessiert und haben für sich Stellvertreterkriege führen lassen. 1970 nahmen sich die USA das Land für ihren Krieg gegen Vietnam; 1975 setzte China im Konflikt mit Vietnam, dem Bundesgenossen der Sowjetunion, auf die Roten Khmer; 1979 eroberte Vietnam das Land mit sowjetischer Hilfe gegen die Interessen Chinas. Und seit 1991 steht das Land praktisch unter der Treuhandschaft der UNO.

Der Kambodschakonflikt blockiert heute das Abstecken neuer Interessenssphären in Südostasien, an dem verstärkt asiatische Mächte beteiligt sind. Australien profiliert sich nach dem Ende der bipolaren Weltordnung als pazifische Großmacht. Mittel dazu ist die Kontrolle des kambodschanischen Kommunikationswesens, das völlig darniederlag und von Australien wieder aufgebaut wurde. Frankreich strebt eine Rückkehr nach Indochina an. Alte koloniale Kontakte sind dabei hilfreich. Und Indonesien konkurriert mit Thailand und Malaysia um eine Vormachtstellung in Südostasien. Thailand spekuliert auf die durch Kriege brachliegenden Rohstoffe seiner indochinesischen Nachbarn und auf Energie aus der Erschließung des Mekong. Das thailändische Militär beutet seit Jahren in dem von den Roten Khmer kontrollierten Westkambodscha Tropenhölzer und Edelsteine aus. Die Einnahmen der Roten Khmer aus dem ökologischen Raubbau werden auf täglich 2 Mio. US-Dollar geschätzt.

Für Japan und die Bundesregierung kommt noch ein weiteres Interesse ins Spiel. Beide Staaten sind im 'kambodschanischen Sicherheitsrat' vertreten, einem erweiterten Gremium des Weltsicherheitsrates auf Botschafterebene in Phnom Penh, zu dem darüberhinaus die fünf Großmächte und drei Nachbarstaaten Kambodschas gehören. Dadurch wird verständlich, warum Japan mit 12 %, die Bundesrepublik mit 9 % einen so hohen Anteil zum UNTAC-Budget beisteuern. Sie haben sich ganz offensichtlich mit den hohen Einsätzen hineingedrängt, um sich für die Aufnahme ins Allerheiligste in New York zu profilieren. Der Chef der deutschen Mission in Phnom Penh macht auch keinen Hehl daraus, daß die Bundesregierung in Kambodscha eine historische Aufgabe übernommen hat.

Wie wichtig Japan diese Ertüchtigung für den Sprung in den Weltsicherheitsrat





Die Demoralisierung und Kantonisierung der kambodschanischen Armee gehört zum Auftrag der UNTAC, Photo aus: Überblick 4/92.

nimmt, sieht man daran, daß für den Einsatz von japanischen Kampftruppen in Kambodscha eigens die Verfassung geändert wurde. Dafür gibt es im deutschen Bundestag noch keine Mehrheit und deshalb wird zunächst die grundgesetzliche Grauzone mit einem Sanitätseinsatz der Bundeswehr umgangen.

Die 'weißen Engel von Phnom Penh'

Der medizinische Einsatz in Kambodscha sieht aus wie eine Neuauflage der humanitären Hilfe vor fast 25 Jahren in Vietnam, als im damaligen Feldzug gegen den Kommunismus 'West-Berlin am Mekong' verteidigt werden sollte. Die Bundesregierung stattete den Deutschen Malteser Hilfsdienst und das Deutsche Rote Kreuz mit Sondermitteln aus und stellte ihre Dienste den USA zur Aufbesserung ihres blutigen Kriegsimages in Vietnam zur Verfügung, obwohl die USA schon damals lieber Truppen als humanitäre Helfer aus Deutschland gehabt hätten.

Jetzt strebt die Bundesregierung selbst nach einer führenden Rolle in der Welt, wiederum kaschiert als humanitäre Hilfe. Die Bundesregierung läßt keinen Zweifel daran, was hinter dem medizinischen Einsatz in Kambodscha steht: "Die deutsche Bereitschaft,...Sanitätspersonal nach Kambodscha zu entsenden, entspricht nach Auffassung der Bundesregierung der größeren internationalen Verantwortung des vereinigten Deutschland".[6] Vermarktet werden die Bundeswehrsanitäter als 'weiße Engel von Phnom Penh'. Mit ihnen soll offensichtlich verfassungswidrigen Bundeswehreinsätzen 'out of area' der militärische Charakter genommen und die Unterstützung der Bevölkerung über das Mitleid mit Hilfsbedürftigen gewonnen werden.

Den rund 150 Bundeswehrsanitätern und Ärzten in der alten Universität von Phnom Penh ist persönlich hoch anzurechnen, daß sie auftragsgemäß nicht nur UNTAC-Angehörige, sondern auch Zivilisten behandeln. Trotzdem muß man bei diesem Gesundheitsdienst für die Bevölkerung auch fragen, ob die 15 Mio. DM für das Lazarett nicht günstiger für die Anhebung der allgemeinen Gesundheitsfürsorge des Landes eingesetzt werden könnten.

Die etwa 70 Angehörigen des Bundesgrenzschutzes sind ebenso in die Mission von UNTAC eingebunden, die ein Blauhelmeinsatz ist und als solcher dem Grundgesetz der Bundesrepublik widerspricht. Davon können auch Spitzfindigkeiten des Bundesverteidigungsministeriums nicht ablenken. Der blaue Überzug ihrer Helme diene nicht der Identifikation mit den Blauhelmen, sondern sei zum persönlichen Schutz gedacht, so das Ministerium in Bonn.

Der Abschied von 'weißen Elefanten'

In Phnom Penh kursiert eine buddhistische Prophezeiung, daß Kambodscha in der zweiten Hälfte des Jahrhunderts von so grausamen Kriegen heimgesucht werde, daß Elefanten im Blut waten. Gegen Ende des Jahrhunderts aber werde ein Retter in Gestalt eines weißen Elefanten mit blauen Stoßzähnen auftreten. Die Kolonnen weißer Fahrzeuge und die Blauhelme der UNO werden jetzt mit diesem Retter in Verbindung gebracht. Es heißt jedoch weiter in der Prophezeiung, daß ein erneuter und äußerst brutaler Krieg folgen werde. Da stellt sich dann doch die Frage, was an der Friedensmission des weißen Elefanten nicht stimmt.

Der militärisch und bürokratisch aufgeblasene Apparat der UNO tritt in der Tat wie ein 'weißer Elefant' auf und wirkt wie eine Besatzungsmacht. Kostbare Ressourcen werden verschwendet, die das Land dringend zum Aufbau seiner Infrastruktur brauchen würde. Die UNTAC ist in Kambodscha bisher vor der Versuchung einer militärischen Friedenserzwingung (peace enforcement) bewahrt geblieben, die mit Sicherheit wie in Somalia in einem blutigen Desaster enden würde. In dieser Hinsicht ist die UN-Mission bisher mit einem 'blauen Auge' davongekommen.

Statt mit staatlichen Stellen zu kooperieren sollte die UNO die Kooperation mit allen Friedenskräften Kambodschas aufnehmen. Die Reformbuddhisten um Maha Ghosananda, dem 'Gandhi Kambodschas", die Menschenrechtsgruppen, Studentenverbände und Frauenvereinigungen haben übergreifende Ansätze zur Konfliktlösung entwickelt und in eindrucksvollen Friedensveranstaltungen in die Öffentlichkeit getragen. Sie legen im Vergleich zu den Parteien einen verblüffenden Pragmatismus an den Tag. Die Buddhisten organisieren auf allen Ebenen Gespräche der am Konflikt Beteiligten; sie propagieren ein friedliches Zusammenleben mit den vietnamesischen Minderheiten und setzen sich für 'Pagodenkomitees' in den Dörfern zur Verbesserung von Bildung und Reisanbau ein. Die Menschenrechtsorganisationen treten der militärischen und polizeilichen Willkür mutig entgegen und sind augenblicklich bemüht, den Schutz von Menschenrechten in der neuen Verfassung zu verankern. Solche Initiativen werden von weiten Kreisen der Bevölkerung mitgetragen und von internationalen Nicht-Regierungs-Organisationen gefördert, nicht aber von UNTAC.

Für die Mitgliedsländer, wie die Bundesrepublik, würde das bedeuten, daß sie ihre Mitgliedschaft in der UNO durchlässiger gestalten und die Mitwirkung von Nicht-Regierungs-Organisationen an Friedensprozessen ermöglichen sollten. Es gibt nationale und internationale Organisationen und Initiativen, die über gute Landeskenntnisse verfügen und Erfahrung mit Konfliktlösungen durch jahrzehntelange Solidaritätsarbeit besitzen. Für konkrete Aufgaben, wie Wahlhilfe oder Wahlbeobachtung, würden sich Kooperationsformen, wie ein Pool oder eine "Leitstelle" mit Personen aus den betreffenden Ländern und der Bundesrepublik anbieten. Die Anforderungen an Vermittlungen in Konfliktsituationen werden immer größer. Damit sind auch Chancen für neue Formen engagierter Friedenshilfe und internationaler Solidarität gegeben.

Heinz Kotte

Anmerkungen:

1) Der Bundesminister der Verteidigung, Informationen zur Sicherheitspolitik, Bonn, Juni/Juli 92, S.18-23.
2) Sektion III, Artikel 6 des Friedensabkommens.
3) Frankfurter Rundschau vom 5.4.93.
4) Vgl. Far Eastern Economic Review (FEER), Yearbook, Hongkong 1993, S. 96.
5) FEER, Yearbook, Honkong 1993, S. 100.
6) Der Bundesminister der Verteidigung, Informationen zur Sicherheit, Bonn Juni/Juli 92, S. 10.

Entwicklungspolitik in der Kulturfalle

In den letzten Jahren haben einige Entwicklungskritiker Schriften veröffentlicht, die von der "kulturellen Dimension der Entwicklung" handeln.[1] Saral Sarkar teilt ihre Ablehnung des bisherigen Entwicklungsmodells, ist aber sehr unglücklich über ihre Ausführungen über traditionelle Kulturen. Er ist der Ansicht, daß sie dadurch politische Tendenzen unterstützen, die die Menschheit um Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte zurückwerfen. Wir freuen uns über Debattenbeiträge zu diesem Thema.

I

Wir sollten jetzt von zwei Ansätzen zur Entwicklungskritik reden: dem kulturellen und dem ökologisch-ökonomischen. Die Protagonisten des kulturellen Ansatzes ignorieren den anderen nicht ganz. Aber das Hauptübel am bisherigen Entwicklungsmodell ist für sie, daß es die traditionellen Kulturen des Südens zerstört oder unterdrückt. Wolfgang Sachs[2] behauptet, der Westen habe 1949 willkürlich die Völker des Südens für unterentwickelt und arm erklärt und ihnen dann die Entwicklungsidee und -programme aufgeschwätzt, durch die die ganze Welt vereinheitlicht und die Lebensweisen der Völker uniformiert werden sollten. Diese Art Entwicklung habe zur "Verdampfung" von Kulturen und Sprachen geführt und die genügsamen Subsistenzwirtschaften der traditionellen Kulturen zerstört, was alles dann dazu geführt habe, daß die Betroffenen nicht nur arm geworden seien, sondern auch ihre kulturelle Identität verloren hätten.

Für Sachs ist der Slogan "Eine Welt" ein Horror, weil er "eigen-sinnige Lebens- und Verständnisweisen" gefährde und weil er den Raum für Selbstbestimmung und Autonomie der Völker einschränke. Er weiß um die Gefährdung der Biosphäre und versteht die Logik des Raumschiffs Erde. Doch seine Liebe zur "Differenz" und "Buntscheckigkeit" ist sehr stark, und darum ist es für ihn "ein Sakrileg, den globalen Raum als eine vereinigte, hoch integrierte Welt zu entwerfen". T.G. Verhelst[3] bringt noch ein paar andere Gesichtspunkte ein. Er redet von einem "Recht der Völker, anders zu sein". Während Sachs sogar gegen die Alphabetisierung von Stammesvölkern ist, die keine geschriebene Sprache haben, ist Verhelst kein Gegner von Entwicklung. Er kritisiert aber Versuche, anderen Völkern das westliche Entwicklungsmodell inklusive der westlichen Technik und Kultur überzustülpen. Er meint, das sei der Grund für die Haltung der Passivität oder Ablehnung seitens vieler Zielgruppen gegenüber Entwicklungsprojekten. Diese Haltung interpretiert er als eine Form des Widerstands. Und überhaupt, indigene Kulturen seien die Hauptkraft des Widerstands gegen den Imperialismus.

Solche Ansichten sind auch im Süden populär. Z.B. schreibt Smithu Kothari: "(...) neben diesem Problem des biologischen Überlebens der marginalisierten Volksgruppen existiert die kontinuierliche Gefährdung des Überlebens ihrer Kultur. Die Unterminierung der kulturellen Pluralität ist eingebaut in das herrschende Modell des 'Fortschritts'."[4] Verhelst meint: "Die Unterlassung, indigenen Kulturen gebührende Anerkennung zu zollen, ist einer der fundamentalen Gründe für die Mißerfolge und Schwierigkeiten (...) bei Entwicklungsarbeit." Er fordert Respekt vor allen Kulturen und meint, daß NROs, die Entwicklungsarbeit als eine Beitrag zur Befreiung verstehen, die indigenen Kulturen als die Grundlage von Entwicklung betrachten sollen.

Für Anil Agarwal und einige Ökologen des Südens ergab eine Prüfung der kulturellen und biologischen Vielfalt der menschlichen Gesellschaft" ein Verständnis der wesentlichen Rationalität jeder Kultur, wie sie in ihrem bestimmten Ökosystem entstanden war, und davon, wie Menschen soziale und Produktionssysteme, Verhaltensmuster und Überlebenstechniken entwickelt haben (...)"[5]. Vandana Shiva behauptet, "das indische kulturelle und ökonomische Erbe", die hinduistischen Begriffe "Dharma" (richtiges Verhalten) und "Ahimsa" (Gewaltlosigkeit) usw. hätten dafür gesorgt, daß die altindische Ökonomie sehr ökologisch gewesen sei und daß dieses Erbe die gegenwärtigen ökologischen Bewegungen in Indien inspiriere.[6]

II

Das Obige ist eine notwendigerweise sehr kurze Zusammenfassung von Ansichten, die ich hier kritisiere. Es ist unklar, (a) ob man nur die Kulturen von Stammesvölkern und marginalisierten Gruppen meint oder auch die Hochkulturen der Mehrheiten der Völker des Südens und (b) ob man die Positionen meint, die in den heiligen und philosophischen Schriften zu finden sind oder (auch) die real existierenden Kulturen und Religionen. Ich habe den Eindruck, daß man pauschal alles meint, was nicht westlich oder verwestlicht ist.

Meine Kritik an diesem Ansatz ist, daß er die Haupt- und logischen Gründe für die Ablehnung des bisherigen Entwicklungsmodells ignoriert oder mit ein paar beiläufigen Erwähnungen erledigt und stattdessen Gründe vorbringt, die nicht nur falsch, sondern auch schädlich, gar gefährlich für die Menschheit sind. Das bisherige Entwicklungsmodell ist nicht deswegen abzulehnen, weil es westlich/fremd ist, sondern weil es ökonomisch, ökologisch, politisch und sozial unmöglich bzw. schädlich ist, und das auch im Westen. Protagonisten des kulturellen Ansatzes würden wohl sagen, sie seien mit dem zweiten Teil des obigen Satzes einverstanden. Aber dann ist ihr Ansatz zumindest unnötig als Begründung für die Ablehnung dieses Entwicklungsmodells.

Ihr Ansatz ist aber auch schädlich - und das nicht nur, weil er etwas romantisiert und so ein falsches Bild der Realität produziert. Wohin er uns führen kann, wird klar, wenn wir in einem Bericht über eine Tagung zum

Thema "Neue Weltordnung" Folgendes lesen: "Anknüpfend an die Idee von Kurt Biedenkopf, eine innerhalb von Jahrzehnten nicht zu leistende Vereinheitlichung der materiellen Lebensverhältnisse in Deutschland durch Stärkung regionaler Identität zu kompensieren, schlug Hans May (Direktor der Evangelischen Akademie,Loccum) dies als Modell für die ganze Erde vor. Die Unmöglichkeit, auch nur annähernd vergleichbare Lebensbedingungen zu schaffen, lege den Schluß nahe, daß die Menschenrechte differenziert und regionalisiert werden müßten. May warnte in diesem Zusammenhang davor, religiösen Fundamentalismus zu diskreditieren."[7] Hier ist nicht Respekt vor allen Kulturen oder Liebe zur Differenz das Motiv, sondern die Angst vor dem Anspruch des Südens, ökonomisch mit dem Norden gleichzuziehen. Es ist auch für die Entwicklungsdekaden nicht ganz richtig zu behaupten, der Westen habe dem Süden sein Modell aufzwingen wollen. Die meisten Menschen des Südens sind gerne diesem Modell, zumindest großen Teilen davon, gefolgt. Aber aus derselben Angst raten manche führende Europäer schon seit Anfang der 80er Jahre explizit dem Süden davon ab - also längst bevor Sachs und Verhelst ihre Kritik am westlichen Kulturimperialismus veröffentlichten. Edgar Pisani, damals ein führender EG-Politiker sagte: "Unsere Beziehungen (zur Dritten Welt) von jeder Spur vom Rassismus zu befreien, bedeutet zu bekräftigen: wir sind anders und wir bleiben anders."[8] Der damalige Präsident des Europaparlaments, Narducci, sprach von der "schädlichen Überzeugung, daß es eine überlegene Kultur gibt, die verfochten werden muß" und forderte "interkulturellen Dialog, Respekt vor Besonderheit und kultureller Identität."[9] In diesem Sinne enthielt der 1984 unterschriebene Lomé-III-Vertrag einen ganzen Abschnitt über "kulturelle und soziale Zusammenarbeit." Die EG versprach darin, "die kulturelle Identität" der AKP-Völker "zu fördern", und meinte, Entwicklung solle "in der Kultur des jeweiligen Volkes verwurzelt sein."[10]

Zu welcher Brutalität und Unterdrückung religiöser Fundamentalismus führen kann, haben wir in Teilen der islamischen Welt, aber auch neulich in Indien gesehen. Man könnte denken, daß die Protagonisten des kulturellen Ansatzes die Kultur meinen, nicht die Religion. Aber Verhelst hat ausdrücklich Religion in den Begriff "Kultur" subsumiert und Vandana Shiva benutzt den hinduistischen Begriff "Dharma", der auch Religion bedeutet. Kulturelle Identität ist zum Teil religiöse Identität. Aber egal wie kulturelle Identität jeweils definiert wird, sie führt zur Trennung zwischen Völkern und Volksgruppen und das kann unter Umständen zum Haß, Krieg und Bürgerkrieg führen. Im ehemaligen Jugoslawien, in der ehemaligen Sowjetunion und in den USA ist es die ethnische oder rassische Identität, in Nordirland ist es die religiöse, in Indien war es oft auch die sprachliche. Zwar gibt es bei sol-



chen Konflikten fast immer auch einen tieferen, ökonomischen Grund, aber das Pochen auf separate Identitäten macht das friedliche Bereinigen von ökonomischen Interessengegensätzen unmöglich.

Die opportunistischen Konzessionen, die manche im Westen den religiösen Fundamentalisten und sonstigen Identitätsfetischisten zu machen bereit sind, werden nichts nützen. In ökonomischen Angelegenheiten schätzen diese keine Differenz. In dieser Hinsicht wollen sie unbedingt mit dem Norden gleichziehen und in gleichem Maße zur Zerstörung der Biosphäre beitragen. Für den Norden industrieller Reichtum und für den Süden kulturelle Identität - diese neue Ideologie der Imperialisten ist leicht durchschaubar.

"Wir sind anders und bleiben anders" - diese Ideologie muß aus einem anderen Grund abgelehnt werden. Damit kann man z.B. den ökologisch zerstörerischen und ausbeuterischen "American way of life" als die amerikanische, kulturelle Identität darstellen und verteidigen. Damit kann man auch z.B. die Unberührbarkeit einiger Kasten unter den Hindus oder das Abhacken der Hand eines Diebes als Teil der jeweiligen kulturellen Identität rechtfertigen.

Es gibt aber auch Leute, die schon aus ökologischen, ökonomischen und sozialen Gründen das bisherige Entwicklungsmodell ablehnen, die aber trotzdem in die Kulturfalle geraten. Ein Beispiel aus Indien: In Singrauli äußerten Aktivisten einer Bewegung zur Verteidigung der Interessen der Opfer von Entwicklungsprojekten die Ansicht, die einzige Alternative zur modernen Entwicklung sei die Rückkehr zur Vergangenheit. Sie redeten von der Glorie Indiens in der Zeit, bevor die Briten kamen. Sie verbreiteten die Legenden, daß die Dörfer des alten Indiens eine glückliche und ausbeutungsfreie Welt gewesen seien, daß es da keine Hungersnot gegeben habe, daß da Frauen als gleiche behandelt worden seien. Obwohl das alles bloße Legenden sind, sind es immerhin Ausdrücke eines Ideals. Aber die Kultur des alten Indiens beinhaltete auch Kastendiskriminierung. So haben diese Romantiker auch das Kastenwesen verteidigt.[11]

Eines kann nicht bestritten werden: Die meisten präindustriellen Kulturen waren

notwendigerweise relativ ökofreundlich, aus mehreren Gründen: ihr Lebensunterhalt hing von einer gesunden Ökologie ab, ihnen fehlten die Technik von heute und die fossilen Brennstoffe und der Druck des Bevölkerungswachstums war niedrig. (Es ist jedoch bekannt, daß große Teile der Mittelmeerregion schon in der vorindustriellen Zeit durch massive Entwaldung verkarstet waren, und manche Archäologen meinen, daß die Maya-Kultur aus ökologischen Gründen untergegangen ist). Aber waren diese Kulturen auch *menschenfreundlich?* Wir wissen, daß in fast allen Kulturen der Welt - vergangenen und gegenwärtigen, traditionellen und modernen - Ausbeutung und Unterdrückung existier(t)en. Fast alle, auch Stammeskulturen haben Kriege geführt, und in fast allen gab und gibt es Gewalt und Verbrechen. Wir wissen, daß in fast allen Kulturen der Welt Klassen- und Kastensysteme und das Patriarchat große Teile der Menschen zu einer erniedrigten Existenz verdamm(t)en, bloß weil sie in der falschen Familie oder als Frau geboren waren. Angesichts dieser Tatsachen, können wir nicht vor allen Kulturen Respekt haben. Und wenn wir die präindustriellen Kulturen nicht bloß auf ihre notwendigerweise ökofreundlichere Ökonomie reduzieren, dann sehen wir keine "wesentliche Rationalität" in jeder traditionellen Kultur. Die Hindus z.B. haben ihr unterdrückerisches Kastensystem nicht entwickelt, um sich ihrem bestimmten Ökosystem anzupassen. Und nirgendwo in der Welt hat es das Ökosystem je notwendig gemacht, daß Männer Frauen unterdrück(t)en.



Innerhalb jeder Kultur gibt es Konflikte. Es gibt Widerstand gegen ausbeuterische, unterdrückerische, diskriminierende Werte. Es gibt Kampf für Freiheit. Es gibt Kampf gegen Aberglauben und für objektive Erkenntnisse. Weder pauschaler Respekt noch pauschale Geringschätzung ist angebracht, sondern Dialog und kritische, differenzierende Solidarität. Es ist vielleicht möglich, ein paar Ethnien zu finden, unter deren Mitgliedern Solidarität oder gegenseitige Hilfe die Norm ist. Aber diese werden nicht auf andere Ethnien ausgedehnt, und dieselben Ethnien haben keine Norm, die es verbietet, Mitglieder der Nachbarstämme auszubeuten oder gar niederzumetzeln. Jedenfalls ist es unlogisch, auf der Basis einiger weniger Ausnahmen eine ganze Ideologie aufzubauen. Ebenso unlogisch ist es, ein paar passende Sätze aus den heiligen oder philosophischen Schriften einer Hochkultur zu zitieren und dann zu behaupten, so sei deren Kultur (gewesen). Die Bhagavadgita und die Upanischaden waren und sind ebensowenig Ausdruck der *realen* Hindu-Kultur, wie die Bergpredigt Ausdruck der *realen* Kultur der Christen war und ist.

III

Es ist ein grundlegender theoretischer Fehler, zwischen Ökologie und Kultur eine Parallele zu ziehen. Vielfalt ist für die Gesundheit der Ökologie absolut notwendig. Doch wozu muß es eine kulturelle Vielfalt geben, wenn nicht, um Touristen zu locken? Ein Mangobaum gedeiht nicht in Europa und ein Apfelbaum nicht in Südindien. Doch Christentum ist in den Philippinen gut gediehen und hinduistischer Yoga in Europa. Wenn ein Volk selbst seine traditionelle Kultur erhalten will, soll es das tun, solange das anderen Völkern nicht schadet. Doch was wollen die Völker?

Abgesehen von einigen Ausnahmen, wollen die großen Mehrheiten aller Völker des Südens das nachholen, was der Westen erreicht hat - ökonomisch, wissenschaftlich, technisch, aber zum Teil auch kulturell im engeren Sinne (Kunst, Musik, Literatur etc.). Man braucht nur die Hindus, Buddhisten und Moslems in Indien, Thailand und Ägypten anzuschauen, um davon überzeugt zu sein. Ob das gut ist, ist eine andere Frage. Kein Zweifel, diese Mehrheiten wollen auch ein paar Elemente ihrer traditionellen Kultur beibehalten, insbesondere im sozialen und religiösen Bereich, aber nur, soweit das nicht mit ihrem allgemeinen Nachholstreben in Konflikt gerät.

Westliche und verwestlichte Sympathisanten der indegenen Völker wollen unbedingt, daß diese ihre traditionelle Kultur weiter praktizieren. Doch was wollen diese selbst? Siddharta, der in Indien genau das zu tun versucht, was sein Freund Verhelst den NROs empfiehlt, berichtet über die Kurubas, ein Stammesvolk: "Sie imitieren nicht nur Hindu-Werte, sie werden auch durch westliche und kommerzielle Werte beeinflußt, die durch Filme verbreitet werden. Viele junge Leute des Stammes kennen keine Stammeslieder, aber sie singen begeistert Filmlieder in der Kanada-Sprache. (...) Sie üben noch Kräutermedizin aus. Aber moderne Medizin ist tief (...) eingedrungen. Bei ernsten Krankheiten lassen sich viele in staatliche Krankenhäuser einliefern. (...) Wenn die Stammesmitglieder dabei sind, einige ihrer Werte aufzugeben, dann ist es nicht gänzlich wegen der Aggression der kapitalistischen Wirtschaft. Gewissermaßen *wollen sie selbst diese Veränderungen.* Der Raum, den die moderne Periode für das Individuum schafft, ist anziehend für viele junge Leute, die einige Gebräuche des Stammes tyrannisch finden (z.B. die dem Häuptling übertragene Autorität). Wir müssen zugeben, die Freiheit des Individuums, (...) ist ein wichtiger Gewinn."[12]

Warum soll auch die westliche Kultur für die Völker des Südens schlecht sein, wenn sie für die Völker des Nordens gut ist? Verhelst hat wohl diese Frage kommen sehen. Er schreibt: "Wie die Dritte Welt, leidet auch der Westen an kultureller Entwurzelung." Das meint auch Siddharta, der lange in Frankreich gelebt hat. Das ist verwirrend. Denn die westliche Kultur kann doch nicht durch die westliche Kultur unterdrückt werden! An dieser Stelle macht Verhelst plötzlich ganz andere Faktoren für das Übel verantwortlich, nämlich "das große Prometheische Abenteuer (...) intensiviert während der letzten 300 Jahre" und "die moderne Kultur", wodurch viele Abendländer "egozentrisch" und "Kreaturen der Herrschaft und Konkurrenzfähigkeit" geworden sind.[13] Mit dieser Analyse bin ich ganz einverstanden. "Auf gut deutsch" heißt das Industriezivilisation und Kapitalismus, deren Auswüchse eigentlich all das sind, was wir kritisieren und fälschlicherweise der "westlichen" Kultur anlasten. Die Industriezivilisation, die theoretisch und praktisch auch die Grundlage des Realsozialismus (gewesen) ist, ist aber *primär* (nicht ausschließlich) deswegen ein Übel, weil sie die Lebensgrundlagen der Menschheit zerstört - sowohl im Norden als auch im Süden.

Gegenüber dem Sirenengesang der Industriezivilisation und ihrer modernen Kultur haben Appelle an Liebe zur Differenz, Tradition und kulturellen Identität keine Überzeugungskraft. Erst recht nicht eine Religion, die ihre Anhänger aufgefordert hat, sich die Erde untertan zu machen, auch nicht Religionen, die ideell hauptsächlich jenseitsorientiert sind. Dabei möchte ich zwischen Religionen einerseits und Religiösität und Spiritualität andererseits unterscheiden. Wie ein Baby, erhebt eine Religion totale Ansprüche auf Akzeptanz. Wie bei einem Baby, ist es äußerst schwer, nur die guten Aspekte einer Religion zu akzeptieren und die schlechten abzulehnen. Was überzeugen könnte, sind Logik, Analyse und Hinweise auf die großen ökologischen, ökonomischen, sozialen und politischen Gefahren und, darauf beruhend, eine *neue* Ethik, bei der Religiösität und Spiritualität sowie ein "angeborener Sinn für Gerechtigkeit und Liebe" (Verhelst) eine Rolle spielen könnten.

IV

Fast alle hier Zitierten sehen auch die Notwendigkeit von Veränderungen ein, doch diese sollen auf der Grundlage und im Rahmen der traditionellen Kulturen stattfinden. Aber auch diese Abmilderung beseitigt die negativen Aspekte und Gefahren der Parole 'Zurück-zur-Tradition' nicht. Radikale Veränderungen sind notwendig. Aber eine Kultur, die sich radikal verändern will,

muß bereit sein, aufzuhören, dieselbe zu sein. Wenn z.B. die Amerikaner in 20 Jahren aus ökologischen Gründen nur Rad und Bahn fahren, vegetarisch essen und ihre Streitkräfte auflösen würden, dann wäre das nicht mehr "the American way of life", sondern eine neue Kultur.

Ja, die Menschheit muß zwischen der Scylla der modernen Kultur und der Charybdis der traditionellen zu neuen Kulturen hinsteuern. Die Verdampfung von traditionellen Kulturen sollen wir nicht beweinen. Alle bisherigen Kulturen sind unfähig, mit den großen Krisen fertig zu werden, mit denen die Menschheit konfrontiert ist, die sie zum Teil - direkt oder indirekt, durch ihr Tun oder Unfähigkeit - selbst hervorgebracht haben. Es muß nicht eine einzige Kultur für die ganze Menschheit sein, obwohl ich nicht weiß, was dagegen spricht, außer daß kulturelle Vielfalt schön ist. Es dürfen ruhig viele sein, aber sie müssen neue sein. Warum soll man Argwohn hegen gegen die Entstehung neuer Kulturen? In der Geschichte der Menschheit sind viele Kulturen verschwunden und alle sind irgendwann neu entstanden. Keine ist seit ewig und/oder für ewig da.

Die neu zu schaffenden Kulturen müssen einige Imperative akzeptieren, die den bisherigen Kulturen unbekannt waren, als sie entstanden. Der wichtigste ist der ökologische Imperativ. Sie müssen die Grenzen des Wachstums akzeptieren, was den demographischen Imperativ einschließt.

Und dann der Imperativ der Gleichheit. Ohne Gleichheit wird es keinen Frieden geben - weder in einer Gesellschaft noch zwischen Völkern. Alle die großen Ideale der Aufklärung und der Französischen Revolution brachten nichts, weil das Prinzip der Gleichheit auf bloße Gleichheit vor dem Recht reduziert wurde. Im Namen des Menschenrechts auf Eigentum wurden große Unterschiede im Reichtum und Einkommen legitimiert. Im Namen der Vertragsfreiheit wurde Ausbeutung der Mitbürger erlaubt. Im Namen der Bürde des weißen Mannes wurden koloniale Eroberung, Unterdrückung und Plünderung als die Erfüllung der "zivilisatorischen Mission" dargestellt. Des Westens Verrat an den Idealen der Aufklärung, auf die viele geistige Führer und die gebildeten Schichten des Südens ihre Hoffnung gesetzt hatten, ist die eigentliche Ursache der heutigen Gegenaufklärung. Hauptsächlich unter Bedingungen der Ausbeutung, Unterdrückung, Diskriminierung, Geringschätzung usw. durch ein anderes (Eroberer-)Volk, das irgendwie überlegen, dominierend oder herrschend ist, entsteht das krankhafte, übertriebene, separatistische Identitätsbedürfnis, das auf Nation, Ethnie, Religion, Rasse, Sprache, Kultur oder was auch immer basiert. Doch auch ein Zurück zu den echten Idealen der Aufklärung ist nicht adäquat. Auch deren Verwirklichung würde die Probleme nicht lösen, denn auch sie hatte keine Ahnung von der ökologischen Problematik.[14]

Siddharta berichtet über die Kurubas: sie lebten als eine Gruppe, ihre kollektive Verantwortlichkeit war heilig, sie hatten einen Gruppengeist. Diese Werte müssen verteidigt, wiederbelebt und weiterentwickelt werden - nicht weil sie Teile der traditionellen Kultur sind, sondern weil sie gut für die Kurubas und für die ganze Menschheit sind und den Aufgaben der gegenwärtigen und kommenden Dekaden entsprechen. Diese Werte sind notwendig für die Schaffung von Frieden und für die ökologische Umgestaltung der Ökonomie. Wo sie nicht (mehr) vorhanden sind, müssen sie geschaffen werden.

Es gibt keine Regel, daß die Ideen und Impulse für die Veränderungen aus der eigenen Kultur kommen müssen. In der Geschichte der Menschheit haben alle Völker viel von einander gelernt. Die alten Europäer hatten das Christentum von den palästinensischen Juden übernommen. Gandhi hatte viel von Tolstoi, Ruskin und Thoreau gelernt. Und viele moderne Europäer und Amerikaner haben manches von Gandhi und Lao Tse gelernt. Warum sollen wir also Angst haben vor dem Slogan "eine Welt"? Die Naturgesetze gelten für alle Völker und die Erde ist seit jeher eins. Auch die Welt soll eins werden, zumindest bis die großen Krisen abgewendet sind - also aus ökologischen und ökonomischen Gründen. Zu diesem Prozeß gehört außer Dialog, Solidarität und gegenseitiger Hilfe auch gegenseitige konstruktive Kritik unter den Minderheiten jedes Volkes, die die Welt verändern und so retten wollen.

Aber keine Angst! Die zukünftigen, ökologischen und dezentralisierten Wirtschaften und sonstigen Institutionen der verschiedenen Regionen werden genug Raum lassen für unterschiedliche Ausdrücke des sozialen, kulturellen, politischen, religiösen und künstlerischen Lebens der verschiedenen Völker. Wir dürfen jedoch nicht vergessen, daß diese nur Variationen derselben menschlichen Spezies sind und daß ihre Gattungsgleichheiten viel größer sind als ihre oberflächlichen kulturellen Differenzen.

Saral Sarkar

Anmerkungen

1. Schon am Anfang wäre eine Erörterung des Begriffs "Kultur" angebracht. Aber ich muß aus Platzgründen darauf verzichten.
2. Wolfgang Sachs: Zur Archäologie der Entwicklungsidee (sechsteiliges Essay), in: EPD-EP Aktueller Beitrag; verschiedene Nummern; 1989.
3. Thierry G.Verhelst: No Life Without Roots - Culture and Development; London 1987. Verhelst ist ein leitender Projektbeauftragter der Belgischen Entwicklungsagentur, Mitbegründer und Forschungskoordinator von „The South-North Network on Cultures and Development" und Redakteur der Zeitschrift „Cultures and Development - quid pro quo." Er hat lange in Asien und Afrika gearbeitet.
4. Smithu Kothari: Ecology vs. Development; in: Lokayan Bulletin; Nr.3-4/5; 1985; S.8.
5. Anil Agarwal et al. (ed): The Fight for Survival; New Delhi 1987; S.351.
6. Vandana Shiva: Ecology Movements in India; in: Alternatives; April 1986; passim.
7. Frankfurter Rundschau Dt.27.4.'92. Es ist hier notwendig, darauf hinzuweisen, daß auf der UN-Menschenrechtskonferenz (Wien, Juni 1993) sämtliche Menschenrechtsgruppen aus der Dritten Welt auf der Universalität der Menschenrechte bestanden ("all human rights for all"), während nur die Herrschenden einiger Länder sie mit Verweis auf kulturelle Unterschiede differenzieren wollten.
8. Edgar Pisani; zitiert nach Verhelst (Anm.3); S.VII.
9. Narducci; zitiert nach Verhelst (Anm.3); S.149-150.
10. Zitiert nach Verhelst (Anm.3); S.150.
11. Vgl.Vasudha Dhagamvar: The Displaced, Their Past and Their Future; in: Lokayan Bulletin; Nr.3-4/5; 1985.
12. Siddharta: Tribals in H.D.Kote Area - A Case from India; in: Cultures and Development - quid pro quo; Nr.5-6/1991; passim. Siddharta ist Direktor des „Institute for Cultural Research & Action", Bangalore, Indien.
13. Verhelst (Anm.3); S.72.
14. Diese Gedanken habe ich ausgearbeitet in: Maria Mies/Saral Sarkar: Menschenrechte und Bildung für alle?; in: Vorgänge; Oktober 1990.

Basisbewegungen zur Erhaltung der Umwelt

"Was hier passiert, ist typisch für die ganze Region", sagt der alte Mönch mit klarem Blick. "Die Wälder in den Tälern haben Holzkonzessionäre geplündert, die Bergvölker rückten mit Feuer von den Bergkämmen nach und die Bauern holten sich das, was an Holz noch übrig war". Achaan Pongsak, Abt des Waldklosters Wat Palad in Nordthailand, weiß wovon er spricht. Er lebt seit mehr als 20 Jahren in den Bergen um Chiang Mai. Als er hierher kam, bestimmten weite Hartholzwälder das Landschaftsbild, heute herrscht vielerorts das Rostbraun nackter Bergrücken vor.

Achaan Pongsak begann gemeinsam mit den Dorfbewohnern des Mae Soi Tals in den frühen achtziger Jahren etwas gegen die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen zu tun. Er hatte erkannt, daß alle an der Zerstörung beteiligt waren: die korrupte Regierung, Geschäftsleute, brandrodende Bergvölker und thailändische Bauern in den Tälern. "Silathan" so sagt er, "rechte Geisteshaltung, war deshalb das erste worüber ich zu den Menschen hier sprach". Mit buddhistischen Lehren und Meditationen motivierte er die Bauern zur Selbsthilfe. Statt sich in gegenseitigen Schuldzuweisungen zu verlieren, arbeiten seit 1985 Bauern und Forstbeamte gemeinsam an der Wiederaufforstung der zerstörten Wälder. Sie pflanzen standorttypische Bäume, legen neue landwirtschaftliche Nutzflächen und Bewässerungskanäle an und bauen Hütten wieder auf, die von Überschwemmungen in der Regenzeit zerstört worden waren. Für seine Bemühungen erhielt Achaan Pongsak 1990 den Umweltpreis der Vereinten Nationen. Er ist heute Vorsitzender der Dhammanaat Stiftung für Umweltschutz und ländliche Entwicklung und einer der profiliertesten Vertreter eines umweltengagierten Buddhismus: "Der Buddhismus lehrt uns, daß alles mit allem in Verbindung steht", sagt er. "Nichts steht isoliert. Und genauso ist es mit dem Schutz der Wälder. Ohne Aussicht auf Landrechte und eine ausreichende Grundversorgung können wir nicht erwarten, daß die Menschen hier aufhören die Bäume zu fällen, um ihr tägliches Überleben zu sichern. Auch wenn dieses Handeln sie langfristig selbst schädigt."

Thailand, ein Land im Wirtschaftsboom mit jährlichen Wachstumsraten von 10 % und mehr, beginnt zunehmend unter dem Wachstumsdruck seines Entwicklungskonzeptes zu stöhnen. Was den Geschäftsleuten in Bangkoks Wolkenkratzern und den Strategen der Weltbank noch Jubelschreie entlockt, bedeutet für die Landbevölkerung nicht selten den Verlust ihrer Lebensgrundlagen. Der Ausverkauf der thailändischen Natur zu aktuellen Börsenpreisen führte beispielsweise zu einem Kahlschlag der Wälder, die heute nur noch knapp 20 % der Landesfläche bedecken.

"Die natürlichen Ressourcen sind erschöpft, die Umwelt geschädigt und einem Drittel der Landbevölkerung geht es schlechter als je zuvor", schreibt etwa die englischsprachige Tageszeitung Bangkok Post. Inzwischen wird auch öffentlich darüber diskutiert, welchen Preis man für den ökonomischen Husarenritt in den vergangenen Jahren zu zahlen hat.

Die Schattenseiten einer nach westlichem Modell vorangetriebenen Modernisierung - Verschuldung der Landbevölkerung, Arbeitsmigration und Prostitution, geplünderte Wälder, versalzende Böden und eine Hauptstadt, die mehr und mehr einem Industrie- und Verkehrsmoloch zu gleichen beginnt - motivieren eine wachsende Zahl von unabhängigen Organisationen (NGOs), sich mit dem vorherrschenden Entwicklungsdogma auseinanderzusetzten. Dies geschieht weniger in verrauchten Intellektuellenkneipen oder in den klimatisierten Räumen der Eliteuniversitäten in Bangkok als in konkreten Kleinprojekten auf dem Land.

Yadfon-Association (Regentropfen-Vereinigung) ist eine solche Organisation, die sich gegen die Ausbeutung der Natur und die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschen wehrt. Sie führt in Trang an der Südwestküste Thailands Artenschutzprojekte für Schildkröten und Seekühe durch. Denn nur artenreiche Gewässer garantieren den Küstenfischern gute Fänge. Deshalb steht der Schutz der Mangrovenwälder, der Kinderstube der Fische, ganz oben auf der Prioritätenliste der Organisation. Ähnlich wie andere NGOs am See von Songkhla beispielsweise, lassen Khun Chansnoh und seine Mitstreiter von Yadfon Betonklötze ins Meer, um mit diesen künstlichen Korallen Barrieren zu schaffen und netzschleppende Trawler von der Küste fernzuhalten.

Umweltcamps für Kinder veranstaltet das Projekt zur Entwicklung der ländlichen Umwelt (RED-Project). Diese Organisation in Surin, der Verwaltungshauptstadt im trockenen Nordosten des Landes, lebt vor allem vom Engagement ihrer jungen Mitarbeiter. Eine von ihnen ist Ariya Morat. Noi, so ihr Spitzname, hat inzwischen die "Kinder-lieben-den-Wald-Schule" Nordostthailand gegründet. Dort können Kinder spielend die Natur ertasten, riechen, schmecken und ein Verständnis für den sorgsamen Umgang mit der Erde entwickeln. Ein Schwerpunkt der Arbeit des RED-Projects, das finanziell auch von terre des hommes Deutschland unterstützt wird, sind die Landnutzungskonflikte in der Region um Surin.

Um den Waldanteil des Landes zu erhöhen, plant die Regierung großflächige Aufforstungen mit Eukalyptus, einem Rohstoff für die japanische Papierindustrie. Bauern, die in den Zielgebieten der geplanten Aufforstung leben und dort Maniok anpflanzen, sollen riesigen Plantagen Platz machen. So gewaltig die Pläne der Regierung, so enorm sind auch die absehbaren Auswirkungen. Sollten die Politiker die Eukalyptuspläne verwirklichen, stehen rund zehn Mil-

lionen Menschen vor der Vertreibung von ihren Feldern. "Den Menschen wird dann nichts anderes übrig bleiben, als nach Bangkok zu gehen oder wiederum Wald zu roden", sagt Noi und schüttelt den Kopf.

RED-Project hilft den Bauern dabei, in eigener Verantwortung die Landschaft wieder zu bewalden. Einheimische, standorttypische Arten, deren Laub bodenverbessernd wirkt und deren Früchte die Menschen nutzen können, werden in kleinen Baumschulen gehegt und gepflegt. Dort, wo noch Primärwälder vorhanden sind, organisiert man Bewachungstrupps, die die Bäume vor illegalen Holzfällern schützen sollen.

Auch hier ist ein Mönch im Spiel, Phra Pajak, der den Bauern und ihren Familien Mut gemacht hat, ihr Schicksal in die eigenen Hände zu nehmen. Sein kleines Meditationskloster ist ein Ort der Ruhe und Besinnlichkeit. In einfachen Hütten leben hier einige wenige Mönche und Novizen, die den Bewohnern von Pakham spirituellen Rückhalt in ihrem Kampf geben. Morgens um vier beginnt für sie der Tag und ihre Arbeit dauert bis spät in den Abend.

Phra Pajak, der hier Bäume mit safranfarbenen Roben geweiht hat, um sie vor Holzjägern zu schützen, wurde 1991 verhaftet, weil er die Bauern in ihrem Kampf für Landrechte und den Schutz des Gemeindewaldes unterstützt hatte. Erst auf Intervention einer thailändischen Menschrechtsorganisation und durch internationalen Druck, kam er wenige Tage später wieder frei.

So wie Phra Pajak, Noi und Achaan Pongsak engagieren sich hunderte in basisnah arbeitenden NGOs für den Überlebenskampf der Natur, der in Thailand auch immer ein Überlebenskampf der Menschen ist. Denn trotz der wirtschaftlichen Boomjahre ist Thailand noch immer eine ländlich geprägte Gesellschaft. Und wenn die Wälder verschwinden, der Regen ausbleibt, die Flüsse vertrocknen und der Boden seine Fruchtbarkeit verliert, dann trifft das die Reisbauern und ihre Familien direkt. Die Verschuldung der Bauern ist ein Teufelskreis, aus dem manche Familie nur durch den Verkauf einer Tochter ins Rotlichtviertel der Hauptstadt entkommen zu können glaubt.

Die basisnah arbeitenden NGOs, meist kleine Organisationen ohne stabilen finanziellen Rückhalt, sehen sich gewaltigen Herausforderungen gegenübergestellt. Noch immer ist ihre Zahl zu klein, als daß ihre Stimme im Konzert der Politiker, Wirtschaftsleute und Bürokraten ein großes Gewicht hätte. Zudem müssen sie fürchten, daß die internationale Anerkennung des thailändischen Wirtschaftswunders zum Rückzug ausländischer Hilfsorganisationen führt. Da aber im eigenen Land die Spendenbereitschaft, selbst bei einer renommierten Organisation wie dem Wildlife Fund Thailand, dem Königin Sirikit vorsteht, recht bescheiden ist, befürchten die NGOs das Aus für viele ihrer Projekte. Ob nach dem Kahlschlag der Bäume nun auch der Kahlschlag für RED-Project, die Dhammanaat Stiftung oder Yadfon droht, entscheidet sich auch hier bei uns. Statt Gelder in Renommierprojekte zu stecken, sollte staatliche und nichtstaatliche Hilfe daher besser solchen Organisationen zukommen, deren Arbeit für Selbsthilfeansätze zur nachhaltigen Entwicklung steht.



Ein thailändischer Bauer füllt seine Rückenspritze mit Agrarchemie.

Dirk Kron

Verfasser der Studie 'Environment and NGOs in Thailand' (im Zusammenarbeit mit Claudia Pfirrmann), Bangkok 1992

Der Tod einer Jamaicanerin in England Ein Einzelfall?

Am 28. Juli 1993 um 6.30 stürmten sechs Beamte der Immigrationsbehörde und einer speziell dafür ausgebildeten Polizeieinheit die Wohnung, in der Joy Gardner und ihr fünfjähriger Sohn schliefen. Joy sollte nach Jamaica abgeschoben werden und dafür war offensichtlich jedes Mittel recht. Erst um 8.45 wurde sie in das nur drei Kilometer entfernte Whittington Hospital eingeliefert. Sie erlangte aber nie mehr das Bewußtsein. Am darauffolgenden Sonntag stellten die Ärzte die Beatmungsmaschine ab. Die erste Erklärung der Polizei sprach von Nierenversagen, dann von Kreislaufkollaps. Am 11.8. nach einer von einem unabhängigen Pathologen durchgeführten Autopsie wurde offensichtlich: Die zentrale Todesursache war Sauerstoffmangel. Die genauen Umstände kennen bisher aber nur die Täter. Klar ist, daß Joy an den Füßen gefesselt, ihr Mund zugeklebt und sie mit einem Körpergürtel, an dem zwei Handschellen befestigt sind, bewegungsunfähig gemacht wurde. Letzteres Fesselungsinstrument ist seit der Sklavenzeit bei den schwarzen Unterdrückten bekannt und dementsprechend berüchtigt.

Bei der folgenden Verleumdungs- und Vertuschungskampagne agierten die Massenblätter Londons als Speerspitze der rassistischen Hetze. In erschreckender Regelmäßigkeit werden AusländerInnen und MigratInnen zu Sündenböcken für verschiedenste Probleme gestempelt. Eine auch hierzulande bekannte perfide Methode besteht darin, das Opfer zum Täter zu machen. Der ehemalige Gatte diente dabei als Instrument. Die Schlagzeile von Daily Mail in der Wochenendausgabe vom 8. August: "Sie wollte mich vergasen". Die Polizeiwache, in der die beteiligten Beamten stationiert sind, wurde tagelang von jugendlichen Schwarzen unter den Rufen "No Justice - No Peace" belagert.

Joy Gardners Tod ist kein Einzel- oder Unglücksfall. Deportationen stehen täglich an und die Behandlung von MigrantInnen in britischen Gefängnissen führt immer wieder zu "Unfällen". So starb Omasase Lumumba nach offensichtlicher Gewaltanwendung durch britische Staatsbeamte am 8.10.1991 im Gefängnis von Pentonville. Nicht nur werden die Einwanderungsgesetze verschärft, auch andere rechtliche Möglichkeiten, wie die Einzelfallprüfung wurden abgeschafft. Bis 1988 hatten die Parlamentsabgeordneten das Recht, in das Abschiebungsverfahren einzugreifen. Sie konnten sich direkt an den Innenminister wenden. Berüchtigt ist auch der Corpsgeist britischer Polizei- und Spezialeinheiten, die durch Einsätze in Nordirland in besonderer Weise "ausgebildet" sind. Während des Golfkrieges internierte das Innenministerium und der Geheimdienst M15 80 Araber mit der Begründung, sie hätten terroristische Kontakte. Selbst Amnesty International brandmarkte dies als Beispiel für den Entzug von Grundrechten vor dem Hintergrund politischer Interessen.

Auch in England läuft seit 1991 eine systematische Kampagne gegen Asylsuchende. Mustergültig paßt sich das Land den Entwicklungen in Frankreich und Deutschland an.

In England, ja in ganz Europa, ist eine politische Kultur herbeigeführt worden, in der solche "Unfälle" zur Tagesordnung werden könnten.

gelu

Brasiliens Indígenas verlangen fristgerechte Demarkierung

Trotz erheblicher Medienbeachtung geraten Indígenas im von den Vereinten Nationen deklarierten 'Jahr der indigenen Völker' weiter unter Druck. Fast wöchentlich erhalten wir vom Indianermissionsrat CIMI aus Brasilien Nachrichten von gewaltsamen Übergriffen auf Indianergemeinschaften. Die nationalen und internationalen Vereinbarungen zum Schutz der indigenen Völker erweisen sich als recht wirkungslos.

Nicht nur von privater und Unternehmens-Seite werden die Bestimmungen unterlaufen. Auch staatliche Organisationen lassen eine wirkungsvolle Durchsetzung der Schutzmaßnahmen vermissen.

Obwohl den Indianern Brasiliens ihre angestammten Gebiete zugestanden wurden, warten viele bis heute auf ihre Rechtstitel. Laut Verfassungsauftrag von 1988 müssen die Gebiete bis zum 5. Oktober 1993 demarkiert sein. Doch von 510 Indianergebieten waren im April 1993 272 noch nicht abgesteckt und registriert - die Regierung Itamar stellt für die Ausführung nicht genügend Geld und Personal zur Verfügung. Es ist zu befürchten, daß die Gemeinschaften, deren Gebiete bis zum genannten Datum nicht registriert sind, ihren Anspruch auf ihren angestammten Lebensraum verlieren.

Die Zahl der indigenen Völker wird damit weiter zurückgehen. In Brasilien leben nur noch ca. 300.000 Indianer. Von den ehemals 1.400 Völkern existieren heute noch ganze 234. Systematisch werden den indigenen Gemeinschaften ihre Territorien entzogen. Das geschieht entweder durch Vertreibung mit militärischer Gewalt oder per Landraub durch Großgrundbesitzer und Goldsucher oder durch Landbesetzungen durch Landlose. Gab es früher noch die Möglichkeit für die betroffenen Gemeinschaften, sich in den Urwald zurückzuziehen, ist dieser Weg heute nicht mehr gegeben. Die Lage der Indígenas verschlimmert sich zusätzlich dadurch, daß auch das jüngste Agrarreformgesetz, das die Kleinbauern stärken soll, nicht umgesetzt wird. Immer noch verfügen rund 500 Großgrundbesitzer über die Hälfte der Staatsfläche, während Millionen Kleinbauern und Landlose um ihr Überleben kämpfen und in die Gebiete der Indianergemeinschaften abgedrängt werden.

Die Indígenas haben sich angesichts der zugespitzten Situation zu verschiedenen regionalen und überregionalen Organisationen in Brasilien zusammengeschlossen. Auch fanden immer wieder spektakuläre Widerstandsaktionen statt (wir berichteten des öfteren unter dieser Rubrik darüber).

FIAN - eine Organisation, die sich weltweit für das Recht, sich zu ernähren, einsetzt - hat eine Briefaktion initiiert, in der die brasilianische Regierung aufgefordert wird, die Demarkierung der Indianergebiete voranzutreiben. Der Protest richtet sich auch an die deutsche Regierung, die sich bis heute nicht bereit erklärt hat, die Rechte der Indígenas auf internationaler Ebene zu unterstützen. So arbeitet die Vertretung der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen weder in der Arbeitsgruppe zur indigenen Bevölkerung mit, noch hat sie die Konvention Nr. 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz der Indígenas ratifiziert.

Protestschreiben sollten an den brasilianischen Botschafter gerichtet werden:
S.E. Herrn Botschafter Francisco Thompson Flores Netto, Botschaft der Republik Brasilien, Kennedy-Allee 74, 53175 Bonn; Fax: 0228/373696
Weitere Informationen:
Fian
Postfach 10 22 43
69012 Heidelberg

Sicherheitsstandard bei Rössing von Atomenergiekommission gelobt

Die 'Internationale Atomenergiekommission (IAEA) überreichte im Frühjahr 1993 der namibischen Regierung ihren Bericht über die Rössing Uran-Mine in Namibia. Diese Studie wurde jetzt der Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Im September 1992 hatte eine Kommission der Wiener IAEA zehn Tage lang das Bergwerk inmitten der Wüste an der Atlantikküste Namibias inspiziert.

Probleme im Bereich der Tailings (Schlammabsetzbecken) bestätigte die Kommission. Nach den Vorschriften der IAEA sollen diese Becken sowohl nach unten durch wasserundurchlässige Schichten wie nach oben durch Wasser gegen den Austritt von Radongas abgesichert sein. Beides fehlt bei Rössing.

Doch wird der Sicherheitsstandard bei Rössing im Abschlußbericht der Kommission so gelobt, daß der Konzern das Ergebnis in seinen Hochglanzbroschüren zitiert: 'Strahlensicherheit, Sicherheit am Arbeits-

platz und medizinisches Überwachungsprogramm könnten der Industrie in anderen Teilen der Welt als Beispiel dienen'. Allerdings ist die IAEA keine neutrale oder kritische Institution, sie ist Teil der Branche. So hat die Kommission keine Langzeitstudie durchgeführt, stattdessen wurden Management und Ingenieure bei Rössing befragt.

Da Rössing den Einblick in die Krankenakten der Beschäftigten verweigert, hat die Bergarbeitergewerkschaft (NUM) einen Mediziner im Nachbarland Südafrika besorgt. Der Universitätsprofessor aus Kapstadt soll untersuchen, ob stimmt, was Rössing behauptet. Er hat eine epidemologische Studie an 212 Uranarbeitern begonnen. Mit beweiskräftigen Fällen soll Rössing dann vor Gericht gebracht werden. Diese Studie wird die erste Langzeituntersuchung an Uranbergarbeitern und ihren Angehörigen in einem Land der sogenannten Dritten Welt sein.

1992 veröffentlichten das Namibia Support Committee (NSC) und die „People against Rio Tinto Zinc and its subsidiaries (PARTIZANS)" aus England einen Bericht über die Arbeits- und Umweltbedingungen in der namibischen Uran-Mine von Rössing. Die dort veröffentlichten Dokumente machen deutlich, daß die Staubkonzentration im Tagebau und in der Umgebung der Gesteinsmühlen 20-30 mal höher ist als der Standard, den Rössing angeblich einhält. Außerdem sind Rössings Belastungswerte für die radioaktive Strahlung im Staub sechs mal höher als diejenigen der International Commission for Radiological Protection (ICRP) von 1979 und 36 mal höher als der Grenzwert der US National Academy of Sciences von 1990.

Die Regierung der ehemaligen Befreiungsfront SWAPO, mit einem Direktorenposten im Rössing-Management vertreten, hat den IAEA- Bericht akzeptiert und ist nicht bereit, mit der Gewerkschaft neue Verhandlungen über Verträge im Gesundheits- und Arbeitssicherheitsbereich zu führen. Entsprechend groß ist die Enttäuschung der Arbeiter über die SWAPO.

Willi Germund/Thomas Siepelmeyer

Rio Konkret

Nur wenig mehr als ein Jahr ist es her, seit die Mammutkonferenz UNCED in Rio das Thema "Umwelt und Entwicklung" wenigstens für einige Wochen in den Blickpunkt der Weltöffentlichkeit rückte. Führende Politiker aus zahlreichen Staaten reisten an und produzierten wohlklingende Erklärungen. Die Rettung des Planeten stand auf der Tagesordnung.

Als weltweiter Vorreiter in Sachen Umweltschutz präsentierte sich die deutsche Delegation unter Führung von Kanzler Kohl und Umweltminister Töpfer. Versprochen wurde:

- eine Reduzierung des CO_2-Ausstoßes in der BRD bis zum Jahre 2005 um 25-30% (auf der Grundlage von 1987)
- die "baldmöglichste" Bereitstellung von 0,7% des Bruttosozialproduktes für Entwicklungshilfe
- weitere Schuldenerleichterungen für Staaten der Dritten Welt.

Diese bislang nicht eingelösten Versprechen nehmen die Nord-Süd- Initiative "Germanwatch" und die Zeitung kritischer Christen "Publik-Forum" zum Anlaß für eine Kampagne: Rio Konkret - Verpflichtung zum Handeln. "Unsere Regierung muß beim Wort genommen werden. Sie muß unverzüglich damit beginnen, die Selbstverpflichtung, die sie auf der UNCED in Rio verkündet hat, einzulösen. Es gilt, unsere Politiker zum Handeln zu verpflichten."

Die Initiatoren erarbeiteten hierzu einen 15-Punkte-Katalog (Einführung einer Energiesteuer, Schuldenerlaß für die ärmsten Staaten, Entwicklungshilfegelder sinnvoller einsetzen etc.) der erste Schritte zur Umsetzung der Selbstverpflichtung aufzeigen soll. Dieser Katalog soll nun Bundestags-, Landtagsabgeordneten sowie Kommunalpolitikern vorgelegt werden, die sich in einer Erklärung zur Umsetzung der Maßnahmen verpflichten sollen. Germanwatch wird dabei fortlaufend über die Rückmeldungen der PolitikerInnen berichten.

Zusätzlich wurde eine Arbeitsmappe erstellt, in der Projekte und Modelle für die lokale Umsetzung der Ziele von 'Rio Konkret' aufgezeigt werden. Diese Mappe sowie weitere Informationen können bezogen werden über:

Germanwatch
Riemannstr. 25
53125 Bonn

Erziehung für alle

Seit März 1992 besteht die 'Internationale Gesellschaft zur Förderung des lateinamerikanischen Straßenkindes: 'Educacion para todos'. Sie zählt Freunde und Interessierte aus Südamerika, Deutschland, der Schweiz, Holland und den USA zu ihren Mitgliedern.

Ziel der Gesellschaft ist, sich der in Lateinamerika auf der Straße lebenden Kinder und Jugendlichen (niños de la calle) anzunehmen und zu versuchen, mit lateinamerikanischen Partnern und weiteren interessierten Personen und Institutionen, Wege zu finden, um deren Lebensbedingungen erträglicher werden zu lassen. Der Verein will dem Kind der Straße zu einem neuen gesellschaftlichen Selbstverständnis verhelfen und dazu beitragen, daß die ihm zustehenden Rechte auf Erziehung, Bildung und Gesundheitsfürsorge wiederhergestellt und die allgemeinen Menschenrechte eingehalten werden.

Der Verein will folgende Aufgaben übernehmen: Auf direktem Wege und ohne unnötige Verwaltungsverluste Projekte und Programme für Straßenkinder ideell, konzeptionell, fachlich und auch finanziell unterstützen, die die Konzeption einer Erziehung auf der Straße (educacíon en la calle) gewählt haben und die Eigenverantwortung, Interessen und kulturellen Hintergründe der Kinder berücksichtigen (educacíon popular). Programme aufbauen oder unterstützen, die vorrangig die berufliche Integration der Jugendlichen fördern, die Drogenarbeit machen und psychotherapeutische Hilfen anbieten.

An konkreter Unterstützungsarbeit werden in Chile, Peru, Bolivien und Guatemala Straßenkinderprojekte durchgeführt. Gesundheitsprogramme für Kinder auf der Straße werden in Kolumbien und Guatemala gefördert. In Chile, Uruguay, Guatemala und Mexiko wirkt die Gesellschaft an der Konzeption von berufsbegleitenden Ausbildungsprogrammen für Straßenpädagogen mit.

Weitere Informationen:
Uwe von Dücker
Eckgasse 5
79336 Herbholzheim

betrifft Beitrag "Von der alltäglichen Fremdenfeindlichkeit zur manifesten Gewalt" in blätter des iz3w Nr. 191

Zuzustimmen ist der Analyse vorbehaltlos, wenn sie als Grund für das Auseinanderfallen der westlichen 'Wertegemeinschaft' die Auflösung der Sowjetunion angibt. Damit ist die gemeinsame Klammer, der Hauptfeind, entfallen. Daß die daraus folgende "Frage ... an welchem Vergleichsmaßstab sich westliche Demokratien zu messen haben", mit der "Produktion eines neuen Gegners", nämlich der "Bedrohung von Wohlstand und Sicherheit durch sogenannte Wirtschaftsflüchtlinge und Scheinasylanten" beantwortet wird, ist jedoch nur Teil der Wahrheit.
Denn der Maßstab, das Verhältnis zu den führenden Konkurrenznationen, wird mit dem Titel 'Standort Deutschland' deutlich ausgesprochen. Ganz offiziell wird die ökonomische Spitze in der Staatenwelt als Voraussetzung angestrebt, um "globale Verantwortung" zu übernehmen.
Das 'Feindbild' wird damit nach außen ganz prinzipiell von jeder Nation ausgefüllt, die Deutschland den anvisierten Platz streitig macht oder sich nicht zum Vasallendienst hergeben will (entsprechende Töne sind bereits zu hören).
Nach innen wird es mit allem gespeist, was sich nicht als Dienst am nationalen Programm definieren läßt. Von "Verteidigung des Wohlstands" vernehme ich dabei nichts - im Gegenteil, die Deutschen haben laut Kohl & Co. "über ihre Verhältnisse gelebt". So hat zum Beispiel die schöne Ideologie der Schaffung von Arbeitsplätzen ihrer landesweit propagierten Vernichtung zugunsten der "Standortsicherung" Platz gemacht. Große Teile der Bevölkerung werden so außer Brot gesetzt, nicht zuletzt die Arbeitsmigranten. Und für die weltweit als überflüssig erachteten Flüchtlinge ist damit neben dem politischen Grund, der sie zu Zeiten des Kalten Krieges vorrangig als 'Dissidenten' willkommen hieß, auch der ökonomische entfallen.
Das Verhältnis des neuen Deutschland zu seinen Konkurrenten wird dabei sehr bürgernah als 'Ausländerfrage' inszeniert. So steht die 'Asylantenflut' für die Antwort, daß man sich nichts von fremden Untertanen bieten lassen will - und damit auch nichts von fremden Hoheiten (siehe zum Beispiel die Festschreibung anderer Staaten gegen deren Willen als 'sichere Herkunftsländer')
Es ist im Grunde nichts Neues, daß die Staaten selbst die Grundlage für die Gegensätze ihrer Völker darstellen. Nur wies die Nachkriegsgeschichte eben Bedingungen auf, welche die Illusion eines neuen Zeitalters der Völkerfreundschaft für alle diejenigen nährte, die vergessen wollten, daß die westliche Einheit gegen jemanden gerichtet war. Denn die rechtliche Unterscheidung in Inund Ausländer verweist schon allein sehr grundsätzlich auf die Staatengegensätze (deshalb der Loyalitätsgesichtspunkt!): Die andere Staatshoheit ist immer Beschränkung der eigenen. Ist es in diesem Zusammenhang wirklich eine "Verstrickung", wie A. Scherr meint, wenn er Deutschland dem Widerspruch von Nationalismus und Internationalismus ausgeliefert sieht? Will dieser Staat zum Beispiel in Konkurrenz zu USA und Japan die Potenz mehrerer Nationalstaaten im Projekt 'Europa' bündeln, also für die Mehrung der Macht Souveränitätseinbußen hinnehmen?
Der Staatengegensatz selbst liefert dem Bürger also den Grund für die "alltägliche Fremdenfeindlichkeit", die er dann je nach Konjunktur ausschmücken darf. Wenn er zusätzlich die staatliche Durchführung als zu schwach kritisiert, ist der Übergang zum gewaltsamen Vorgehen gegen 'Schädlinge' jeder Art gemacht, die der anvisierten nationalen Stärke (angeblich) im Wege stehen: Dann nimmt der Bürger den vermeintlichen staatlichen Job der Säuberung selbst in die Hand.
Der Gewalttäter leidet also höchstens an der mangelnden Größe Deutschlands - und nicht daran, "der politischen und ökonomischen Entwicklung auf Wohl und Wehe ausgeliefert zu sein ...". Das ist mir entschieden zu defensiv.

A. Schneid

"Demokratisierung" als Herrschaftsmittel

Tagung am 13. 11. 93 in Köln

Seit dem Ende des Kalten Krieges ist kaum noch von "Entwicklung" die Rede. Das neue Schlagwort heißt "Demokratisierung" der Dritten Welt. Nicht selten haben früher die Staaten der NATO und des Warschauer Paktes in der Dritten Welt aus taktischen Gründen Diktaturen an die Macht gebracht oder gestärkt, um der Gegenseite Einfluß zu verweigern. Dieser Anreiz vermindert sich naturgemäß, wenn der Gegner verschwunden ist. Machtpolitisch gesprochen ließe sich hoffen, daß dadurch die Toleranz der Großmächte für demokratische Experimente gestiegen ist. Aber es zeigt sich, daß das Interesse des Westens an Einfluß oder Kontrolle in und über die Dritte Welt nicht verschwunden ist - die wirtschaftlichen, strategischen und politischen Gründe dieses Interesses waren älter als die Systemkonkurrenz und haben diese überlebt.

Die "Demokratisierung" der Dritten Welt hat einige verlockende Aspekte für westliche Regierungen. Zunächst einmal ist aus ideologischen und innenpolitischen Gründen nur sehr schwer etwas gegen "mehr Demokratie" einzuwenden. Zweitens wird der Demokratiebegriff im Westen häufig in einem Sinne gebraucht, der ihn mit dem westlichen Gesellschaftsmodell gleichsetzt. "Demokratie für die Dritte Welt" kann in einem solchen Zusammenhang bedeuten, dieser keine demokratische und eigenständige Entwicklung zugestehen zu wollen, sondern sie nach dem eigenen Bilde zu formen. Drittens könnte "Demokratisierung" in den konfliktgeschüttelten Regionen der Dritten Welt zur Stabilisierung beitragen. All diese Vorteile erfüllen jedoch für die Eliten der Ersten und Dritten Welt nur dann ihren Zweck, wenn sie die Kontrolle in und über die betreffenden Staaten nicht gefährden.

Auf der Tagung soll diskutiert werden, welche Strategien der Demokratisierung verfolgt, wie sie legitimiert, mit welchen Mitteln sie umgesetzt werden und welche Konsequenzen aus ihnen resultieren.

ReferentInnen: Susan George, Verschuldungsexpertin, Stellvert. TNI-Direktorin, USA/Frankreich; Azim Bishara, Prof. f. Philosophie, Bir Zeit Universität, besetzte Gebiete; Claude Ake, Prof. am Center f. Advanced Research in Social Sciences, Nigeria; Gaby Gottwald, angefragt; Jochen Hippler, TNI-Direktor, Köln/Amsterdam; Hector Silva, Wahlkampfleiter von Ruben Zamora/El Salvador; Peter Schraeder, Prof. an der Loyola University of Chicago, USA.

Veranstalter: Buntstift e. V. in Zusammenarbeit mit dem Transnational Institute, Amsterdam; Anmeldung und Information bei: Andrea Lueg, Neusserstr. 263, 50733 Köln, Tel. 0221-7393220



Nachdem sich die Solidaritätsgruppen für die emanzipatorischen Bewegungen Zentral- und Lateinamerikas größtenteils aufgelöst haben, ist auch das Interesse an politischer Literatur aus diesen Ländern hierzulande stark zurückgegangen.
In den Zeiten, in denen auch dort keine spektakulären Siege in Guerillakriegen zu erwarten sind, werden die aktuellen Versuche zu wenig beachtet, von den Volksbewegungen erkämpfte demokratische Öffnungen zur Aufarbeitung der jüngsten Geschichte zu nutzen.
Dafür ist das Buch des katholischen Theologen Ricardo Falla aus Guatemala ein gutes Beispiel. Als Ergebnis seiner jahrelangen Recherchen im Gebiet zwischen den Flüssen Ixcan und Xalbal legte er Ende letzten Jahres sein Buch '**Masacres de la selva**' vor. In der militärischen überwachten Kasernenhofdemokratie Guatemalas, jüngst erneut in den Schlagzeilen, rührte Fallas Buch an einem Tabu. Jede Kritik am allmächtigen Militär kam bisher einem Todesurteil gleich. Auch Ricardo Falla mußte nach Mexiko emigrieren, nachdem er wegen des Buches Todesdrohungen erhalten hatte. Dieses Buch führt uns in die blutige Periode der Jahre 1975-1982, in denen das guatemaltekische Militär mit Unterstützung der USA mit Massakern an der Bevölkerung ganzer Dörfer und kleiner Städte der wachsenden Oppositionsbewegung der größtenteils indigenen Bevölkerung Herr zu werden versuchte.
Im Vorwort stellt Falla die Frage "Für wen schreibe ich über die Massaker? Warum rufe ich die Erinnerungen an diese Greuel wieder wach?" Er antwortet gleich selber damit, daß diese Zeugnisse der Überlebenden neben dem emotionalen "Schreib es auf, damit es nie wieder vergessen wird" auch positive Zeichen sind. "Zwischen dem Grauen ist das Zeugnis der erstaunlichen Realität: Ich bin am Leben geblieben. Dieses Buch will die hunderte Zeugen in die Nationen der Welt rufen lassen. Wir leben unerhörter Weise, wir leben."
Im Anschluß daran findet sich ein knapper Abriß der guamaltekischen Geschichte der letzten 30 Jahre, der mit dem Erstarken der Volksbewegung und der Guerilla in den Jahren 1966-1982 endet. Angespornt durch den Sieg der SandinistInnen 1979 in Nicaragua war für große Teile vor allem der indigenen Landbevölkerung die Revolution wahrscheinlich und erstrebenswert. Die Antwort der Militärs waren jene Massaker, deren Untersuchung Gegenstand des Buches ist.
Nach Militärangaben wurden 440 Dörfer dem Erdboden gleichgemacht. Die Zahl der Ermordeten schwankt zwischen 10-20 tausend (konservative Kreise) und 50-75 tausend (Untersuchungen der Volksbewegungen).
In mühsamer Kleinarbeit besuchte Falla diese Stätten der Massaker und brachte die wenigen Überlebenden zum Sprechen. Was er aufführt, ist eine Statistik des Grauens. In zahlreichen Tabellen werden die Opfer der Massaker angeführt, ihr Alter, ihre Verwandtschaftsbeziehungen. Beispielsweise führt Falla die Massaker in Cuarto Pueblo vom 14.-17. März 1992 auf, die in der Weltpresse unbeachtet blieben (S. 114 ff). Die jüngsten Opfer waren 6 Monate alt, die ältesten 80 Jahre.
Mit derselben Akribie werden die anderen Massaker chronologisch aufgeführt, ihr Ablauf, soweit möglich, rekonstruiert und die Daten der Ermordeten dokumentiert.
Im letzten Kapitel widmet Falla sich den Refugiados (vor dem Militär Geflohene, die nun nach Guatemala zurückkehren wollen) und den BewohnerInnen der „Comunidades de Populacion en Resistencia" (CPRs). Das sind Widerstandsdörfer im schwer zugänglichen Regenwald, in die sich viele Indigenas vor dem Staatsterror geflüchtet haben. Sie fordern ihre Anerkennung als Zivilbevölkerung. Mit diesen Zeugnissen unterstützt Falla die aktuelle Kampagne zur Rückkehr der Flüchtlinge und der Eingliederung der CPRs ins zivile Leben.
Es wäre wünschenswert, wenn mit einer baldigen Übersetzung des Buches ins Deutsche diese Forderungen hierzulande bekannt und popularisiert würden.

Peter Nowak

Falla Ricardo: Masacres de la Selva, Ixcan, Guatemala, (1975-1982) Editorial Universitaria, Coleccion 500 Anos, Guatemala-City 1993, 253 Seiten, 43 Quetzal, ca. 8,- DM. Vorerst kann die spanisch-sprachige Ausgabe bestellt werden bei der: Informationsstelle Guatemala, Oscar-Romero-Haus, Heerstr. 205, 53111 Bonn.



Unter dem Titel **"Blumenträume-Wirtschaftsmacht"** ist in der Reihe "Entwicklungspolitik" des DGB-Bildungswerkes (Nord-Süd-Netz) ein Heft erschienen, das über die sozialen und ökologischen Probleme der Schnittblumenproduktion in der Dritten Welt berichtet.
Blumen müssen als "moderne Kolonialwaren" auch im Rahmen der Weltwirtschaftsordnung gesehen werden: Blumenexporte von Dritte-Welt-Ländern sind oft das Ergebnis von deren Suche nach Marktnischen, in denen wertvolle Devisen verdient werden können, um die Zinslasten aus der stetig steigenden Verschuldung begleichen zu können.
Einen Schwerpunkt des Heftes bilden die Bedingungen des Blumenanbaus in der Sabana de Bogotá in Kolumbien. Die Arbeitsbedingungen, die gesundheitlichen und ökologischen Gefährdungen durch den Pestizideinsatz, die Behinderung gewerkschaftlicher Betätigung und andere Probleme der Blumenproduktion werden anschaulich beschrieben. In der Gewerkschaftspublikation wird auch nicht vergessen, daß die Arbeitsbedingungen der Floristinnen in der BRD nicht die besten sind. Billige Blumen für die KonsumentInnen fordern auch hier ihren Preis.
Pestizide werden im Blumenanbau massiv eingesetzt (oft aus BRD-Produktion - Bayer, Höchst, BASF und Schering sind die größten Gewinner). Spätestens hier wird ein großer Vorteil der Broschüre klar: die AutorInnen setzen sich aus Fachleuten verschiedener Organisationen zusammen, die gemeinsam ein rundes Bild des Blumenanbaus zeichnen: Für den Pestizideinsatz liefert PAN (Pestizid-Aktions-Netzwerk) die Informationen, die menschenrechtlichen Aspekte beleuchtet FIAN (Food First Information & Action Network), die Situation in Kolumbien wird von der Informationsstelle Kolumbien beschrieben, spezielle Frauenaspekte beleuchtet Frauensolidarität aus Wien, gewerkschaftliche Fragen DGB und GGLF (Gewerkschaft Gartenbau, Landwirtschaft und Forsten) und über Gentechnik im Blumenanbau informiert das Genethische Netzwerk.
Am Schluß des Heftes steht ein Bericht über die Aktivitäten der Blumenkampagne, die seit 1991 versucht, von Europa aus den Kampf der kolumbianischen BlumenarbeiterInnen um ihre Rechte zu unterstützen. Klargemacht wird, daß dies kein einfaches Unterfangen ist: "Boykott als Solidarität hieße, unsere scheinbare Radikalität auf dem Rücken der ArbeiterInnen in der Dritten Welt auszutragen." Anders als etwa die Schwarzen-Organisationen in Südafrika fordern die BlumenarbeiterInnen in Kolumbien keinen Boykott kolumbianischer Blumen, da dies nur den Verlust ihrer Arbeitsplätze, nicht aber die von ihnen angestrebte Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen mit sich bringen würde. Die Verhältnisse in Kolumbien erfordern andere Reaktionen als die Verhältnisse in Südafrika. Wichtig ist, daß sich die Kampagnen in Europa an den Forderungen und Wünschen der direkt Betrofffenen orientieren.
Schade nur, daß die Redakteure der Broschüre die Zahlenangaben nicht genauer Korrektur gelesen haben. Das Layout ist dafür um so ansprechender.

br

Blumenträume - Wirtschaftsmacht, Heft 26 der Reihe Entwicklungspolitik des DGB-Bildungswerkes (Nord-Süd-Netz), 1992, 48 Seiten, DM 4,- plus Porto, Bezug: FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne.

Zu diesem Thema gibt es (gut an einem Straßenstand vermittelbare) Basisinformation;

Blumen-Zeitung, 6 Seiten, 1992, DM 5,— pro 100 Stück, Bezug über: FIAN, Overwegstraße 31, 44625 Herne.



Menschenrechte in der Neuen Weltordnung heißt eine kleine Informationsschrift des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit, die im Vorfeld der Wiener Konferenz für Menschenrechte verfaßt wurde. In einleitenden Beiträgen wird die 'Allgemeine Erklärung der Menschenrechte' der Realität der Menschenrechtsverletzungen gegenübergestellt und die drei Generationen der Menschenrechte (Bürgerliche Freiheitsrechte, Soziale Rechte und Recht auf Entwicklung) werden erläutert.

Danach stehen die aktuellen Kontroversen zur Debatte: der Streit um die universelle Gültigkeit, die Unteilbarkeit und den internationalen Schutz der Menschenrechte, alles auch Themen der Menschenrechtskonferenz in Wien. Dabei wird klar, daß die Rollen keineswegs eindeutig verteilt sind. Es geht nicht um den Kampf des 'guten Nordens' gegen den 'bösen Süden' oder um den Streit der 'reichen Engel' mit den 'armen Teufeln'.

Bei den heißen Eisen 'Politische Konditionalität' und 'humanitärer Interventionismus' werden viele Widersprüche der offiziellen Politik aufgedeckt, eine Strategie für die Nichtregierungsseite wird allerdings nicht entworfen.

Abgerundet wird die Broschüre durch zwei Forderungskataloge. Die Erklärung von San José (Costa Rica) der Nichtregierungsorganisationen Lateinamerikas und der Karibik' dokumentiert die Sicht lateinamerikanischer regierungsunabhängiger Stellen. Die Konzentration auf Lateinamerika erklärt sich dadurch, daß der Schwerpunkt der Menschenrechtsarbeit des Ökumenischen Büros in Mittelamerika liegt. Und die 'Forderungen an eine konsequente und glaubwürdige Menschenrechtspolitik von Bundestag und Bundesregierung', die von über zwanzig bundesdeutschen Menschenrechtsorganisationen auf dem Hearing über 'Menschenrechte in der deutschen Innen- und Außenpolitik' im Mai 1993 in Bonn erhoben wurden.

Menschenrechte in der Neuen Weltordnung. Eine Informationsschrift des Ökumenischen Büros für Frieden und Gerechtigkeit anläßlich der Weltkonferenz für Menschenrechte in Wien 1993. 20 Seiten Din A4, 2.-DM plus Porto. Bezug: Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V., Pariser Str.13, 81667 München, Tel: 089/4485945, Fax: 089/487673.



Nichtregierungsorganisationen (NGO) spielen in einer Zeit rapiden sozialen Wandels und zunehmender ökonomischer und ökologischer Probleme in vielen Staaten des Südens eine immer wichtigere Rolle. Die NGO-Szene ist dabei oft ausgesprochen vielfältig, das Wissen im Norden über Struktur und Arbeitsschwerpunkte der verschiedenen NGOs oft sehr beschränkt. Diesem Manko versucht die Studie von Claudia Pfirrmann und Dirk Kron **"Environment and NGOs in Thailand"** zumindest für Thailand abzuhelfen.

Die Studie gliedert sich in zwei Teile. Im ersten Teil werden, nach geographischen Regionen getrennt, die gravierendsten ökologischen Probleme Thailands dargestellt und die Bedeutung und Struktur der NGOs in den jeweiligen Regionen analysiert. Bei den NGOs handelt es sich in erster Linie um kleine "Grassroot-Initiativen". Als größte Herausforderung für die NGOs stellen sich die durch die rasante industrielle Entwicklung Thailands verschärften Umweltprobleme dar. Die NGOs sehen sich dabei als Anwälte der durch die Entwicklung Benachteiligten. Sie unterstützen und propagieren alternative Entwicklungsstrategien, die der lokalen Bevölkerung ein größeres Mitspracherecht bei der Nutzung der natürlichen Ressourcen sichern soll. Nur durch ein ökologisch verträgliches Ressourcenmanagement kann der Teufelskreis von Armut und ökologischer Zerstörung durchbrochen werden, und in diesem Zusammenhang spielen die NGOs eine Schlüsselrolle.

Im zweiten Teil wird die Studie ergänzt durch Porträts von insgesamt 23 NGOs, die von den Autoren besucht wurden. Alles in allem eine lesenswerte Studie, die ein weiteres Mal mit der Legende aufräumt, es mangele den Menschen in der sogenannten Dritten Welt am nötigen Umweltbewußtsein.

Claudia Pfirrmann/Dirk Kron, Environment and NGOs in Thailand, Bangkok 1992, 150 Seiten, Bezug: Ökostation, z.Hd.Dirk Kron, Am Seepark, 79110 Freiburg.



Wen die Diskussion um **'Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit'** interessiert, dem/der sei die Tagungsdokumentation der Deutschen Welthungerhilfe zu diesem Thema empfohlen. Am 8. und 9. Oktober 1992 fand in Bonn die Fachtagung zum oben genannten Thema statt, an der Vertreter aus Politik, Wissenschaft und von Nichtregierungsorganisationen teilnahmen. Die Menschenrechtskonditionalität, das Recht auf Entwicklung und die Aufgaben der Nichtregierungsorganisationen standen zur Diskussion. Einig waren sich die Tagungsteilnehmer, daß Intervention bei Menschenrechtsverletzungen notwendig sei. Menschenrechtskonditionalität soll aber nicht als Fallbeil benutzt, sondern als Dialog begriffen werden. Wobei der Dialog besser nicht in nationalen, sondern im multilateralen Raum zu geschehen habe. Außerdem sei wichtig, sich einer Selbstkontrolle zu unterziehen, inwiefern bundesdeutsche Politik durch ökonomische und politische Entscheidungen nicht selbst die Verantwortung für Menschenrechtsverletzungen in der Dritten Welt trägt. In welcher Weise sich die Menschenrechtsfrage in der konkreten Entwicklungszusammenarbeit stellt, wird sowohl an einem Länderbeispiel (Peru nach dem Putsch) als auch von den Nichtregierungsorganisationen Misereor und Deutsche Welthungerhilfe erläutert.

Menschenrechte und Entwicklungszusammenarbeit in Theorie und Praxis. Dokumente Tagungsberichte der Deutschen Welthungerhilfe e.V. Band 1. 64 Seiten Din A4. Bezug: Deutsche Welthungerhilfe e.V., Adenauerallee 134, 53113 Bonn.



Wer die Debatte innerhalb der Communist Party of the Philippines (CPP) und der eng mit ihr liierten National Democratic Front (NDF) sowie der New Peoples Army (NPA), die in der vorletzten Ausgabe der blätter des iz3w (Nr. 190, S. 43-46) kurz dargestellt wurde, eingehender betrachten will, dem/der sei die Schrift Rainer Wernings empfohlen. In einer profunden Analyse werden hier nicht so sehr die Personen als die Positionen in der Auseinandersetzung um den zukünftigen Weg der Partei ins Zentrum der Betrachtung gerückt. Neben aller Wissenschaftlichkeit wird dabei Stellung bezogen für eine als "Zivilisierung des Politischen" bezeichnete Öffnung der Partei für Diskussionen. Eine Aufarbeitung der Geschichte der linken Bewegung wie auch eine breit und offen geführte Debatte um gesellschaftliche Alternativentwürfe werden gefordert.

Die von oben eingeleitete "Berichtigungskampagne" der CPP wird anhand zentraler Parteidokumente kritisch nachgezeichnet. Die Konzentration auf Positionen statt Personen und das Bemühen um Wissenschaftlichkeit bei gleichzeitigem Mut zum Positionsbezug machen diese Schrift wertvoll und geben dem/der LeserIn genügend Informationen für eine eigene Position in der Debatte. Für Fragestellungen wie beispielsweise, welche Chancen dem "Kommunismus" als Weltsicht und Kampfziel gegenwärtig noch verbleiben, werden die philippinischen Erfahrungen durch diese Schrift zugänglich gemacht.

Mit diesem Text präsentiert sich zugleich eine neue Zeitschrift: focus philippinen, das Journal der Stiftung für Kinder (SFK). Sollten, was zu hoffen ist, die späteren Ausgaben dieser ersten in Tiefgang, Begründungsfreude der Positionen und Kritik ähneln, dann stellt sich dieses Journal neben andere Veröffentlichungen zur Problematik der "Dritten Welt" und nicht in Konkurrenz zu diesen.

Stefan Rohde-Enslin

Rainer Werning "CPP: Phönix aus der Asche oder im Abwind?", focus philippinen - Journal der Stiftung für Kinder, Nr. 1, Freiburg 1993, 97 S., 15 DM, Bezug: Wurf Verlag, Ahornweg 13, 48341 Altenberge.

Drogenkontrolle in Kolumbien, Peru und Bolivien

Zu den seit Jahren wachstumsstärksten Branchen der Weltwirtschaft gehört der Handel mit illegalen Drogen. Die enormen Auswirkungen dieses Handels, der heute über 500 Milliarden US-Dollar pro Jahr umsetzt, spüren allen voran Länder wie Kolumbien, Peru und Bolivien, die Hauptproduzenten von Koka/Kokain. Angesichts des zunehmenden Drucks der westlichen Konsumentenländer, vornehmlich der USA, sahen sich die Regierungen in diesen Staaten in den letzten Jahren gezwungen, Anti-Drogengesetze zu verabschieden.

Dieses Thema behandelt die im Frühjahr 1993 erschienene Doktorarbeit 'Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien, Peru und Bolivien' des Juristen Kai Ambos. Der Autor beläßt es nicht bei der Darstellung und der vergleichenden Analyse des geltenden Drogenrechts, sondern untersucht dessen tatsächliche Wirksamkeit. Diesem Aspekt kommt besondere Bedeutung zu, weil die mit den Anti-Drogengesetzen verbundenen rechtsstaatlichen Einschränkungen in den allenfalls formalen Demokratien der untersuchten Länder für Polizei und Militär gefährliche Freiräume für Menschenrechtsverletzungen schaffen.

Nach einer Einführung in das Thema - 'Koka ist nicht Kokain' - gilt die Aufmerksamkeit des Autors zunächst den wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen in der Region. Neben der fortschreitenden Kokaisierung der Volksökonomien üben die Drogenkartelle mittels Korruption und Gewalt auch zunehmenden Einfluß auf Staat und Gesellschaft aus. Das Drogenproblem in Kolumbien, Peru und Bolivien ist "weniger (straf)rechtlicher als vielmehr sozialpolitischer und sozioökonomischer Natur" (S.123). Die derzeitige Anti-Drogengesetzgebung, die strafrechtlich- repressive Maßnahmen statt präventive und substitutive Handlungsalternativen bevorzugt und die den traditionellen Kokaanbau und -konsum faktisch mitkriminalisiert, muß deshalb zum Scheitern verurteilt sein.

Bei der Bewertung von Substitutionsprojekten (Förderung alternativer landwirtschaftlicher Produkte) in der Region gelangt der Autor, der selbst vor Ort recherchierte, zu dem Schluß, daß, obschon im Ansatz durchaus löblich, diesen keine wirklichen Erfolge beschieden seien. Die Substitutionspolitik muß überall dort an ihre Grenzen stoßen, wo die Rentabilitätsvorteile der Kokapflanze (hohe Produktivität, sichere Absatzmärkte, letztlich immer höherer Preis als alternative landwirtschaftliche Produkte) zum Tragen kommen.

Als erfolglos erweist sich auch die Repressionspolitik. Die Zerstörung der Kokaanbauflächen wirkt sogar kontraproduktiv, weil sich damit das Angebot verknappt und der illegale Kokainpreis dadurch nur erhöht wird. Polizeiliche Festnahmen treffen mit den Kokabauern und Kleinhändlern als den schwächsten Gliedern der Kette die Falschen und legen die Interpretation nahe, die strafrechtliche Verfolgung diene nur der Demonstration symbolischer Stärke. Ferner hat der Einsatz der Armee bei der Drogenbekämpfung in der Region insgesamt zu einer Militarisierung der Gesellschaften geführt, mit zum Teil massiven Menschenrechtsverletzungen in den Anbaugebieten.

In einem Exkurs über 'Drogenkrieg, Menschenrechte und Aufstandsbekämpfung' stellt der Verfasser klar heraus, daß der derzeitige, unter erheblichem US-amerikanischem Einfluß stehende 'war on drugs' nur allzu oft als Vorwand für die Bekämpfung der politischen Opposition und von Aufständischen herhalten muß.

Der Autor betont schließlich die Notwendigkeit einer neuen Drogenpolitik. Deren Elemente, wie Entkriminalisierung und kontrollierte Legalisierung von Drogenproduktion, -besitz und - konsum sind bekannte Forderungen aus der bundesdeutschen Debatte um eine beschränkte Drogenfreigabe. Drohende Arbeitsplatzverluste in den Anbauländern sollten durch eine stärkere staatliche Vermarktung der Koka, etwa auch durch Gründung einer 'Organisation Kokainexportierender Länder' wettgemacht werden. Parallel dazu müßten die restriktiven Betäubungsmittelgesetzgebungen in den Industrieländern fallen und diese ihre Märkte für Kokaprodukte öffnen. Zu denken wäre an Kokatee, aber auch an Kokahonig, -zahnpaste, -arzneimittel, - kaugummi, -wein und -sirup.

Neben der enormen Fülle des zum Teil unveröffentlichten bzw. vertraulichen Materials, das der Verfasser aufgearbeitet hat, beeindruckt seine vor Ort geleistete Arbeit. Die über hundert Gesprächspartner, angefangen vom Kommandanten der kolumbianischen Volksbefreiungsarmee (EPL) bis hin zum Direktor der US-amerikanischen Drogenbehörde (DEA) in Lima, belegen dies.

Weil Ambos jedoch alles, was seine Recherchen zutage förderten, mitteilt, droht die Darstellung bisweilen in der Fülle der Details zu ersticken. Hilfreich wäre ein Personen- und Sachregister gewesen, zumal die zahlreichen Querverweise auf Gesagtes bzw. Kommendes keine Seiten, sondern reine Gliederungsverweise sind.

Mit Ambos' Arbeit steht jetzt eine umfassende Analyse der komplexen Drogenproblematik in den lateinamerikanischen Anbauländern bereit. Obgleich im Untertitel als 'kriminologische Untersuchung' bezeichnet, stellt das Buch mit seinem interdisziplinären Ansatz und seiner gefälligen Sprache auch für Laien eine bereichernde Lektüre dar.

Michael Radseck

Kai Ambos: Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien, Peru und Bolivien. Eine kriminologische Untersuchung aus Sicht der Anbauländer unter besonderer Berücksichtigung der Drogengesetzgebung. Eigenverlag des Max-Planck-Instituts für ausländisches und internationales Strafrecht, Freiburg i.Br. 1993, 488 Seiten, 39.80DM

Christine Farwer, **Afrikanische Flüchtlinge - Vertreibung und internationale Migration**, Eine Auswahlbibliografie, Deutsches Übersee-Institut, Hamburg 1993, 106 S., Neuer Jungfernstieg 21, 20354 Hamburg.

Hamburger Arbeitskreis Asyl e. V., **"Chronik eines angekündigten Todes"** - Zur Liquidierung des Grundrechts auf Asyl, Leitfaden zum neuen Asylrecht vom 1.7.1993, Asyl Nr. 8, Hamburg 1993, 112 S., 10,-DM plus Porto. Bestellungen an: Arbeitskreis Asyl, Werkstatt 3, Nernstweg 32, 22765 Hamburg.

Axelle Kabou, **Weder arm noch ohnmächtig, eine Streitschrift gegen schwarze Eliten und weiße Helfer**, Lenos Verlag, Basel 1993, 260 S., 34,-DM.

Thomas Kacza, **Äthiopiens Kampf gegen die italienischen Kolonialisten 1935-1941**, Centaurus-Verlagsgesellschaft, Pfaffenweiler 1993, 95 S..

Peter Mohn/H. G. Hrach, **Evaluierung des Nachkontakt-Programm für zurückkehrende Flüchtlinge in Namibia**, Otto Benecke Stiftung e. V. , Bonn 1993, 50. S.; Bonner Talweg 57-63, 53113 Bonn.

Sebastian Oberthür, **Politik im Treibhaus**, Die Entstehung des internationalen Klimaschutzregimes, Edition Sigma, Berlin 1993, 195 S., 29,80 DM.

Peter J. Opitz, **Flüchtlings- und Migrationsbewegungen: Herausforderungen für Europa**, Arbeitspapiere Nr. 14, Forschungsstelle Dritte Welt, Uni München 1993, 22 S., 5,-DM; Ludwigstr. 10, 41061 München.

Charles Pauli, **Wirtschaftsreform in Osteuropa**, Markt-Krise- Hinterhof, isw Report Nr. 3, München 1993, 32 S., 5,-DM; isw e. V., Georg Wopfner-Str. 46, 80939 München.

Gabriele Scheidler, **Haiti: Migrationstraditionen und Flucht**, Verlagsabteilung des Berliner Instituts für vergleichende Sozialforschung e. V., Berlin 1993, 28 S.; Edition Parabolis, Postfach 301125, 10722 Berlin.

Dieter Senghass, **Frieden als Zivilisierungsprojekt**, Arbeitspapiere Nr. 12, Forschungsstelle Dritte Welt, Uni München 1993, 29 S., 5,-DM; Ludwigstr. 10, 41061 München.

Doris Schroeder-Maul, **Japan und die UNO**, Dilemmata einer pazifistischen Sicherheitspolitik, Arbeitspapiere Nr. 11, Forschungsstelle Dritte Welt, Uni München 1993, 28 S., 5,-DM.

Carsten Wirth/Wolfgang Stather, **Zum Wandel in der Arbeitswelt: Betriebsräte und Gewerkschaften ohne Perspektive?**, Werkstatt Ökonomie, Bericht Nr. 12, Heidelberg 1993, 52 S., 8,-DM; Obere Seegasse 18, 69124 Heidelberg.

Entwicklung eigenständiger Ökonomien - Stand und Perspektiven von community-development-banking-Ansätzen in der Entwicklungszusammenarbeit. 15.-17. Oktober in der Ev. Akademie Loccum D-31545 Rehberg Loccum. Tel (0 57 66) 8 10

Asyl - Migration - Rassismus. 16-17. Oktober in Köln. Infos bei: Ökologie-Stiftung NRW, Tel. (02 31) 7 21 40 82

Die Dritte Welt im Fernsehen - Gordian Troeller und andere Bildermacher. Filme, Werkschau, Seminar, Podiumsgespräch: 22.- 24. Oktober in Münster. Infos bei: Vamos e.V., Achtermannstr. 10, 48143 Münster.

Migration und Bevölkerungsentwicklung. Entwicklungspolitisches Wochenende zur Argumentationshilfe im Alltag. 29.-31.Oktober, Comboni Missionare, Postfach 12 52, 73472 Ellwangen/Jagst.

Entwicklung der Bananenkampagne. 15.-16. Oktober in Wuppertal. Infos bei: BUKO Agrar Koordination, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg.

Internationaler Kongreß
Reform oder revolutionäre Theorie und Praxis in Lateinamerika und Europa, 2. u. 3. Oktober 1993, Universität Frankfurt, Infos bei: monimbó e.V., Darmstädterstr. 23, 63128 Dietzenbach.

Bildung + Aktion = Veränderung? 29.-31. Oktober in Barnsdorf bei Bremen. Infos bei: VBN * VEN Bahnhofstr. 16, 49406 Barnsdorf.

Antimilitaristischer Kongreß der Uni Potsdam vom 1.-3. Oktober. Infos bei: IDK, Gneisenaustr.2a, 10 961 Berlin.

Wandel im Planen und Bauen in der Dritten Welt? 10 Jahre TRIALOG 22.-23. Oktober an der TH Darmstadt. Infos bei: Hassan Ghaemi, Rhönring 117, 64289 Darmstadt Tel:(0 61 51) 71 77 74

Mosambik - Rückkehr zum Kolonialismus? "Neue Saat in alte Furchen" 1.-3. Oktober in Iserlohn. Anmeldung an: Koordinierungskreis Mosambik, Klasinger Str. 17, 33602 Bielefeld Tel: (05 21) 12 47 42

Aktion Dritte Welt-Handel für EinsteigerInnen. Seminar vom 8.- 10. Oktober in Berlin. Infos bei: AG3WL Geschäftsstelle, Elisabethenstr. 51, 64283 Darmstadt Tel:(0 61 51) 2 19 11

Kuba: Ein ökologischer Weg aus der ökonomischen Krise. Seminar zu Ansätzen aus dem Bereich der angepaßten Technologie an der TU Berlin vom 22.-23. Oktober. Anmeldung bei: KATE, Zionskirchstr. 23, 10119 Berlin Tel: (0 30) 2 82 33 98

Indigenas in Paraguay. Einflüsse, Bewegungen, Solidaritätsarbeit. Seminar der Paraguay AG vom 29.-31. Oktober in Bornheim bei Bonn. Anmeldung bei: PAG, Wiedemannstr.4, 41199 Mönchengladbach Tel: (0 21 66) 8 03 68

Menschenrechte: Zur Problematik der Menschenrechtsdiskussion im israelisch - palästinensischen Konflikt. Tagung vom 22.-24. Oktober in Arnoldshain. Infos bei: Ev. Akademie Arnoldshain, 61389 Schmitten Tel. (0 60 84) 4 00

Solidarische Welt Nr. 142
Schwerpunktthema: Flüchtlinge * Weltflüchtlingssituation im Überblick * Mosambik: Flüchtlinge kehren zurück * Interviews mit AsylbewerberInnen aus Afrika, Afghanistan * 2. Reform des Asylrechts * Indien: Binnenflüchtlinge * Kap Verde: Emigration * Hinweise auf Initiativen zu Flüchtlingen und Rassismus * ASW und „Spendenprüfsiegel" * Narmada-Kampagne * Selbsthilfeprojekt in Peru.
Einzelheft: DM 3,- (incl. Porto)
Bezug: ASW, Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt e.V., Hedemannstr. 14, 10969 Berlin

Argentinien-Nachrichten Nr. 16 / Juli 93
Menemismus und christliche Demokratie. Die ideologischen Wenden einer argentinischen Bewegung * Der Renner des Jahres: Der private Rentenmarkt * Gesetzesprojekt zur politischen Strukturreform * Von Bukarest nach Buenos Aires. Mehr als 11.000 RumänenInnen wollen nach Argentinien auswandern * Ich ? ArgentinierIn und unpolitisch! Die Mehrheit der ArgentinierInnen hat (k)einen ideologischen Standpunkt * Zweifelhafte Auszeichnungen * Menem-Al Kassar: Nachbarn, Freunde oder Partner? * Hurra nach 23 Monaten Plan Cavallo * Jetzt im Kino: „El Viaje" von Fernando Solanas * Das politische Kino 1982-92 - Die Veränderungen zum Dr. Rana * Deregulierung der Sozialwerke * Argentinien wird zum Land der potentiellen Organspender * Atom-Terror gegen Juan Schröder (Greenpeace Argentina)
Preis: DM 5,-; Jahresabo: DM 18,- Bezug: Argentinien Gruppe Stuttgart, c/o BDKJ, Schwabstr. 70a, 70197 Stuttgart

Bolivia 101 Mai/Juni 1993:
Strategie und Probleme der Kokasubsition in Bolivien * Kokasubstition: Ein gescheitertes Projekt? * Drogenkonsum und Drogenbekämpfung in der BRD * Deutliche Mehrheit für Gonzalo Sánchez de Lozada („Goni") * Der Weltbankprojekt „Tierras Bajas" und dessen Auswirkungen auf Bolivien * Die Handhabung der Ökologie in Bolivien - einige Beispiele.
Bezug: Bolivia, Kottbusser Damm 101, 10967 Berlin

Brasilien-Nachrichten 113/1993
Themenschwerpunkt: Indianer zwischen Tradition und Moderne * Indigene Widerstandsbewegungen und Indianerpolitik 1974-1991 * Indianerpolitik der Regierung Itamar * Demarkation und effektive Sicherung von Indianerland * Auf der Suche nach der Zukunft * Tuxá sitzen auf dem Trockenen * Bericht vom Besuch Ignácio Lula da Silva und Marc Aurelio Garcia im Dezember 92 in Berlin * Die Dürre im Nordosten Brasiliens und die Machenschaften der Großgrundbesitzer in der Stadt Pedro II.
Bezug: Brasilien Nachrichten, An der Illoshöhe 30, 49078 Osnabrück

Partnerschaft Nr. 133
Die „Partnerschaft" berichtet über das neue Helvetas-Umweltprogramm auf der Dominikanischen Republik, wo wegen Entwaldung, Übernutzung labiler Gebiete und dem Massentourismus die Umwelt zunehmend bedroht ist. Ein weiterer Artikel schildert die eindrücklichen Selbsthilfebemühungen im nepalischen Dorf Bagale als Beispiel für die Helvetas-Entwicklungszusammenarbeit. „Entwicklung muß von unten und von innen kommen", heißt es darin. Der partnerschaftliche Ansatz in der Entwicklungshilfe, das zeigt Bagale, ist möglich und richtig. Dazu braucht es eher weniger Schweizer Experten als früher. Helvetas entsandte noch 1982 über hundert Fachleute, während heute noch 64 Experten in gegen 20 Ländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas tätig sind, wie in der Zeitschrift ausgeführt wird.
Redaktion „Partnerschaft", Helvetas, Schweiz. Gesellschaft für Entwicklung und Zusammenarbeit, Postfach, 8042 Zürich, Tel. 01/3635060.

Leopoldo Mármora - Ein Nachruf

Am 3. August 1993 starb Leopoldo Mármora. Weder seine unbändige Lebenslust, die ansteckende Dynamik, die seinen Lebensalltag prägten, der unbeschreibliche Optimismus und Tatendrang, den seine Freunde und Kollegen an ihm kannten und schätzten, noch der Mut und der Überlebenswille, die er in den letzten Monaten immer wieder mobilisierte, reichten aus, um die Krebskrankheit zu besiegen, von der er Ende letzten Jahres erfuhr.

Leopoldo Mármora wurde 1945 in Buenos Aires geboren und kam Ende der 60er Jahre in die Bundesrepublik, um hier Soziologie zu studieren - ein Fach, das unter den sich abwechselnden argentinischen Militärregimes als staatsfeindlich galt. Die ersten Jahre in der BRD verbrachte Leopoldo in Freiburg, wo er sich einer Vereinigung lateinamerikanischer Studenten anschloß, der es um die Unterstützung von demokratischen Befreiungsbewegungen sowie reformorientierten Regierungen in Lateinamerika ging, und das hieß zum damaligen Zeitpunkt vor allem Solidarität mit dem Projekt der Unidad Popular in Chile unter Salvador Allende. Leopoldo, ausgestattet mit seiner enormen wissenschaftlichen Neugier und politischen Begeisterungsfähigkeit, entwickelte sich zu so etwas wie einem Vordenker dieser Gruppe. Ähnliche entstanden in den 70er Jahren - unter dem Eindruck des Terrors der lateinamerikanischen Militärs - in der ganzen Bundesrepublik. In Freiburg waren es etwa 30 Studenten, die meisten aus Lateinamerika, einige Spanier, Gegner der Franco-Diktatur, sowie deutsche Kommilitonen, die sich wöchentlich trafen, um Texte über Nationalismus und Sozialismus sowie die frühen Dependencia-Vertreter zu diskutieren. Was manchmal wie ein studentischer Debattierclub aussah, wurde bitterer Ernst, als einzelne aus der Gruppe nach Lateinamerika zurückkehrten: Claudio Zieschank aus München wurde im März 1976 von argentinischen Militärs zu Tode gefoltert, der Freiburger Arzt Tonio Pflaum 1983 von den Contras in Nicaragua ermordet. Leopoldo selbst konnte, aufgrund seiner vielen Veröffentlichungen und politischen Aktivitäten gegen die massiven Menschenrechtsverletzungen in seinem Land, während der Militärdiktatur zwischen 1976 und 1983 nicht nach Buenos Aires reisen, wo seine Familie lebt.

Mit seiner Frau Brigitte ging Leopoldo 1974 zunächst nach Brüssel, wo er bis 1977 Leiter eines europäischen Dienstes lateinamerikanischer Studenten war. Später zog er nach Berlin. Dort promovierte er und habilitierte sich am Otto-Suhr-Institut der Freien Universität und war als wissenschaftlicher Mitarbeiter lange am dortigen Lateinamerika-Institut beschäftigt. Seit zwei Jahren arbeitete er bei der Forschungsstelle der evangelischen Studiengemeinschaft in Heidelberg.

Den iz3w-Lesern ist Leopoldo Mármora als Autor einer Vielzahl von Beiträgen bekannt. Seine Publikationen kreisten um Themen, für die er als deutscher Argentinier und argentinischer Deutscher prädestiniert war. Als jemand, der die Verhältnisse in Industrie- und Entwicklungsländern aus eigener Anschauung kannte, sich in Europa wie in Lateinamerika "zu Hause" fühlte, dessen Lebensweg und Erfahrungshorizont also mit den Entwicklungen der beiden Pole unserer Weltgesellschaft eng verbunden war, arbeitete er über "Nord-Süd-Beziehungen", "Entwicklungsperspektiven Lateinamerikas", „Verhältnis von Nation und Internationalismus", "Demokratie, Menschenrechte, soziale Gerechtigkeit in der sich herausbildenden Weltgesellschaft und -wirtschaft", "Globale Umweltkrise und Entwicklungsperspektiven der Länder des Südens".

Sein profundes Wissen versteckte er häufig hinter seinem liebenswürdigen Auftreten in der Öffentlichkeit - jeder Anflug von Arroganz war ihm fremd; dies machte ihn zu einem exzellenten Lehrenden in der Universität und angenehmen Kollegen in wissenschaftlichen und politischen Debatten - die er, der leidenschaftliche Diskutant, so liebte. Sein Ideenreichtum war belebend und wirkte ansteckend und mitreißend auf andere. Immer wieder hat er als Argentinier von Geburt und Deutscher nach seiner Wahl auf wesentliche Themen hingewiesen. Dazu gehörten insbesondere die Frage nach der nationalen Identität, der Toleranz im Umgang mit dem Anderen, das Thema der Demokratie und der sozialen Gerechtigkeit im Weltmaßstab. Daß er die beiden Welten in der einen Weltgesellschaft so viel intensiver kannte als die meisten seiner Kollegen, machte ihn hellhörig für viele Vor- und Fehlurteile, die im Süden über den Norden und im Norden über den Süden entstehen und gepflegt werden. Als ein "Mittler zwischen den Welten", der immer in der Solidaritätsbewegung engagiert war und stets die Fehlentwicklungen im Norden und die fatalen Auswirkungen des "oligarchischen Lebensstils" der Industrieländer auf die Dritte Welt thematisierte, hat er auch auf deren Schwächen hingewiesen. Zur Kritik ökofundamentalistischer Positionen in der Solidaritätsbewegung schrieb er vor einem Jahr in den blättern (Nr.182, Juli 1992): "Wer Subsistenzwirtschaft und ein "einfaches Leben" propagiert, muß dies auch für die Industrieländer tun... Diese Position hat ihre Begründung in Wünschen und Sehnsüchten, die ihren Ursprung in Wirklichkeit in den Überflußgesellschaften des Nordens haben. Für die Masse der Bevölkerung in den meisten Entwicklungsländern ist es geradezu grotesk, von den Gefahren des überflüssigen Konsums zu reden... Entwicklungspolitiker (und -engagierte) im Norden sollten den Menschen im Süden keine Entwicklungswege (die reine Marktwirtschaft der Neoliberalen oder die Subsistenzwirtschaft der Ökofundamentalisten) anempfehlen, die sie sich selbst und ihrer Gesellschaft nicht zumuten würden. Der Süden darf nicht als Projektionsfläche für Phantasien herhalten, die im Norden unrealisierbar sind... Die Menschen der südlichen Hemisphäre... (können) nicht sozusagen unter Naturschutz gestellt (werden)."

Leopoldos Arbeiten waren erfrischend, anregend und weiterführend, weil ihn Klischees, Denktabus und Stereotype langweilten. Er war jedoch nicht nur ein brillanter, emphatischer Wissenschaftler. Viele werden ihn vor allem als einen wertvollen Menschen und großartigen Freund in Erinnerung behalten, der durch seine warmherzige Ausstrahlung, seinen leidenschaftlichen Optimismus und seine sprühende Kreativität anderen viel zu geben vermochte.

Leopoldo ist "vor der Zeit gestorben", wie es der Befreiungstheologe Gustavo Gutiérrez einmal in einem anderen Kontext ausgedrückt hat. Ihn faszinierten die rasanten Umbrüche in der Weltgesellschaft nach 1989 und ihn ärgerten die kurzsichtigen Apologeten, die da das "Ende der Geschichte" ausriefen. Als aufklärerischer Geist im besten Sinne begriff er die Umwälzungen als Herausforderung zu einem erneuten Anlauf, um nach dem Scheitern der staatssozialistischen Regime Demokratie und Menschenrechten im globalen Maßstab zum Durchbruch zu verhelfen sowie längst erstarrte Strukturen und obsolete Denktabus zu überwinden. Noch in den letzten Wochen und Tagen hat er, fernab jeder Niedergeschlagenheit, Bücher gelesen und Artikel konzipiert. Von ihm durften wir uns wissenschaftlich und publizistisch noch viel erwarten. Die Fragen, die ihn immer bewegten, stehen weiter auf der Tagesordnung. Viele seiner Publikationen sind daher von großer Aktualität. Seine unbändige Lebensfreude, der Ausdruck seiner lustigen, lebendigen, Optimismus ausstrahlenden Augen und seine mitreißende Schaffenskraft werden vielen fehlen.

Dirk Messner/Nikolaus Werz



„Endlich sind wir unter uns."